



Familie und Medien - vernetzte Familie

- Chancen fördern
- Teilhabe sichern
- Risiken vermeiden

Beratungsergebnisse des Bundesforums Familie
2000 - 2002

Impressum:

Herausgeber:
Bundesforum Familie
Arbeitsgemeinschaft der deutschen Familienorganisationen e.V.
Celsiusstraße 112, 53125 Bonn

Verantwortlich:
Agathe Sering-Muth

Redaktion:
Norbert Hocke, Sprecher des Bundesforums Familie
Agathe Sering-Muth

Gesamtherstellung / Druck:

Juni 2002

ISBN

Die Herstellung wurde ermöglicht durch die Finanzierung des
Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend.

Familie und Medien - vernetzte Familie

- Chancen fördern
- Teilhabe sichern
- Risiken vermeiden

Beratungsergebnisse des Bundesforums Familie 2000 - 2002

Bundesforum Familie · Geschäftsstelle · Celsiusstraße 112 · 53125 Bonn
Telefon (02 28) 25 84 64 · Telefax (02 28) 25 41 79
Internet: <http://www.bundesforum-familie.de>

MITGLIEDER DES BUNDESFORUMS FAMILIE

Arbeitsgemeinschaft für katholische Familienbildung
Arbeiterwohlfahrt – Bundesverband
Arbeitskreis Neue Erziehung
Bayerisches Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Gesundheit
Bundesarbeitsgemeinschaft der Mütter- und Familienselbsthilfe
Bundesarbeitsgemeinschaft der Seniorenorganisationen
Bundesarbeitsgemeinschaft Elterninitiative
Bundesarbeitsgemeinschaft Evangelischer Familienbildungsstätten
Bundesarbeitsgemeinschaft Katholischer Familienbildungsstätten
Bundesarbeitsgemeinschaft Selbsthilfegruppen Stieffamilien
Bundesausländerbeirat
Bundeselternrat
Bundesfachausschuss Familien- und Jugendpolitik der CDU
Bundeskongress Erziehungsberatung
Bundesverband der Katholischen Arbeitnehmer-Bewegung
Bundesverband der Mütterzentren
Bundesverband der Pflege- und Adoptivfamilien
Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände
Bundesvereinigung Lebenshilfe für Menschen mit geistiger Behinderung
Deutsche Angestellten-Gewerkschaft - ver.di
Deutsche Arbeitsgemeinschaft für Jugend- und Eheberatung
Deutsche Bischofskonferenz
Deutsche Evangelische Arbeitsgemeinschaft für Erwachsenenbildung
Deutsche Gesellschaft für Hauswirtschaft
Deutsche Gesellschaft für Sozialpädiatrie und Jugendmedizin
Deutsche Liga für das Kind in Familie und Gesellschaft
Deutscher Bauernverband
Deutscher Bundestag, Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
Deutscher Caritasverband
Deutscher Familienverband
Deutscher Frauenring
Deutscher Frauenrat
Deutscher Gewerkschaftsbund
Deutscher Hausfrauen-Bund
Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband – Gesamtverband
Deutscher Sportbund
Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge
Deutscher Verkehrssicherheitsrat
Deutsches Kinderhilfswerk

Deutsches Rotes Kreuz
Diakonisches Werk der Evangelischen Kirche in Deutschland
Evangelische Aktionsgemeinschaft für Familienfragen
Evangelische Fachhochschule Berlin
Evangelische Konferenz für Familien- und Lebensberatung
Familienbund der Katholiken
Fokolar-Bewegung
Forschungsgruppe Kommunikation und Soziales
Freie und Hansestadt Hamburg, Behörde für Soziales und Familie
Gesellschaft für Geburtsvorbereitung, Familienbildung und Frauengesundheit
Gesellschaft für Medienpädagogik und Kommunikationskultur
Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft
Haushalt in Bildung und Forschung, Bundesfachgruppe
Hessisches Sozialministerium
Institut für Entwicklungsplanung und Strukturforschung
Institut für Medienpädagogik in Forschung und Praxis
Institut Wohnen und Umwelt
Internationaler Sozialdienst
Islamrat für die Bundesrepublik Deutschland
Karl-Kübel-Stiftung für Kind und Familie
Katholische Elternschaft Deutschlands
Katholische Frauengemeinschaft Deutschlands
Katholischer Siedlungsdienst
Kolpingwerk Deutschland
Landeszentrale für private Rundfunkveranstalter Rheinland-Pfalz
Ministerium für Arbeit, Soziales, Familie und Gesundheit des Landes Rheinland-Pfalz
Niedersächsisches Ministerium für Frauen, Arbeit und Soziales
Prager Eltern Kind Programm
PRO FAMILIA Bundesverband
Sächsisches Staatsministerium für Soziales, Gesundheit und Familie
Sozialdienst katholischer Frauen
Sozialministerium Mecklenburg-Vorpommern
SPD-Bundestagsfraktion
spiel gut – Arbeitsausschuss Kinderspiel und Spielzeug
Staatsinstitut für Familienforschung an der Universität Bamberg
Staatsinstitut für Frühpädagogik
Stiftung Lesen
Tagesmütter Bundesverband für Kinderbetreuung in Tagespflege
Thüringer Ministerium für Soziales, Familie und Gesundheit
Verband Alleinerziehender Mütter und Väter

Verband Bildung und Erziehung
Verband der Familienfrauen und -männer
Zentralkomitee der deutschen Katholiken

Ständige Gäste:

Arbeitsgemeinschaft für Jugendhilfe
Bundesarbeitsgemeinschaft der Landesjugendämter
CDU/CSU-Fraktion des Deutschen Bundestages
Deutscher Landkreistag
Deutscher Städte- und Gemeindebund
Deutscher Städtetag
Deutsches Jugendinstitut

Inhalt

Vorwort

Thema des Bundesforums Familie: Familie und Medien – vernetzte Familie

Familie und Medien – die vernetzte Familie
Familienpolitik und Medien
Diskurse führen – Konsens schaffen

Zentrale Aussagen

Familie und Medien – vernetzte Familie

Gesamtgesellschaftliche Aufgabe erkennen
Medienkompetenz fördern
Teilhabe sichern
Risiken vermeiden
Chancen in der Arbeitswelt nutzen
Handlungserfordernisse aufnehmen

A. Veränderte Medienwelten – veränderte Familienwelten

- 1. Kindliche Mediennutzung im Familienalltag**
- 2. Medienkommunikation – Spezifika und Leistungen medienvermittelter Kommunikation**
- 3. Familie als Kommunikationsgeschehen – Qualitäten und Leistungen familialer Interaktion**
- 4. Die ökonomische, kulturelle und soziale Situation von Familien und die Bedingungen für die Mediennutzung**
 - Einfluss durch interne Strukturen
 - Einfluss durch externe Strukturen
- 5. Gesetzlicher und erzieherischer Jugendschutz**
- 6. Die Rolle der Politik als Organ für Ansprache und Umsetzung von Forderungen**

B. Herausforderungen für die medienpädagogische Praxis

- 1. Förderung der Medienkompetenz im Bereich der Elternbildung, Arbeit mit Familien und Beratung von Familien**
- 2. Förderung der Medienkompetenz im Bereich der Tageseinrichtungen für Kinder**
- 3. Förderung der Medienkompetenz im Bereich von Grundschulen**
- 4. Förderung der Medienkompetenz in Schulen**
 - Sekundarstufe I**
 - Sekundarstufe II**
- 5. Zur Rolle der offenen Kinder- und Jugendeinrichtungen**
- 6. Zur Rolle von Vereinen und Verbänden**
- 7. Zur Aufgabe von Bibliotheken und Mediotheken**
- 8. Förderung der Medienkompetenz durch private wie öffentlich-rechtliche Medienanbieter**

C. Familie und Arbeitswelt in der Mediengesellschaft

1. Handlungserfordernisse im Umgang mit neuen Medien und veränderten Erwerbssituationen aus Arbeitnehmer/-innensicht

Wandel von Familien – Förderung der Kinder ist notwendig
Die Segregation des Arbeitsmarktes gilt es zu überwinden
Familienorientierte Politik ist unerlässlich
Gemeinsame Zeiten für Familien gilt es zu ermöglichen
Anpassung und Ergänzung der Unterstützungssysteme sind erforderlich

2. Handlungserfordernisse in Bildung und Ausbildung für die Vorbereitung auf eine veränderte Erwerbswelt unter Einbeziehung der neuen Medien

Zukunftsfähiges Bildungssystem – Erwerb von Schlüsselkompetenzen notwendig
Die digitale Spaltung der Gesellschaft gilt es zu verhindern
Strukturwandel der Arbeitswelt erfordert stetige Qualifizierung

3. Handlungserfordernisse zur Realisierung familienfreundlicher Rahmenbedingungen in Betrieben, Einrichtungen, Politik und Gesellschaft – Familienpolitik als Querschnittsaufgabe

Familienfreundliche Maßnahmen – der Schlüssel zum Unternehmenserfolg
Bildung ist mehr als Unterricht
Familie und Familienleben ermöglichen – Unterstützungssysteme verbessern
Mehr Zeit für Familie – Wünsche von Familien ernst nehmen

Anhang

Mitwirkende im Beratungsprozess 2000 – 2002
Statuten des Bundesforums Familie
Dokumentation der Impulsreferate aus der Eröffnungsveranstaltung „Die vernetzte Familie“ am 11./12. September 2000, Berlin

VORWORT

Thema des Bundesforums Familie: Familie und Medien – die vernetzte Familie

Medieneinflüsse prägen immer stärker die gesellschaftliche Realität. Im Lebensalltag der Menschen haben die medialen Wirklichkeiten massiv Einzug gehalten. Familien sehen sich einer Entwicklung ausgesetzt, die aktives Handeln als Eltern, neue Kommunikationswelten für Kinder, veränderte Rollenidentitäten von Jugendlichen und erweiterte Erfahrungsräume für Senioren bedeuten.

Diese Tatsache war der Hintergrund für die Entscheidung von achtzig Vertreterinnen und Vertretern aus familienbezogen arbeitenden Organisationen, Verbänden und Einrichtungen Ende 1999 mit dem Thema „Familie und Medien“ einen Problemkreis aufzunehmen, der eines nachhaltigen Diskurses von gesellschaftlicher Verantwortung bis hin zu neuen Anforderungen in Schul- und Erziehungspraxis bedurfte. Als Bundesforum Familie wurden die Fragen im Kreis von über 90 Mitgliedern diskutiert, über Verbesserungen beraten, neue Lösungsansätze entwickelt und Forderungen – auch an die eigene Adresse – formuliert. Mit dem gefundenen Konsens über Einschätzungen, Bedarfsanzeigen und Aufträgen an staatliche und nicht-staatliche Ebenen liegt nun ein Dokument vor, das in einem breiten Ansatz Stellung nimmt zur Entwicklung der Mediengesellschaft in Deutschland und die Wirkungen für Familien, Kinder, Jugendliche und Senioren aufgreift.

Das Bundesforum Familie ist in den vergangenen zwei Jahren seinem Auftrag gerecht geworden, ein zentrales gesellschaftliches Anliegen zu bearbeiten und dieses für die Lebenswelten von Familien zu hinterfragen und Schlussfolgerungen für sie zu ziehen. Durch die aktive Mitarbeit unterschiedlichster gesellschaftlicher Gruppen kann der eingeschlagene Weg positiv bewertet werden. Die abschließenden Empfehlungen des Bundesforums Familie richten sich nicht nur an Gesellschaft und Politik sondern auch an die Mitglieder des Bundesforums Familie selbst. Somit werden die Empfehlungen in eine breite öffentliche Verantwortung gestellt, die ihnen einen hohen Grad an Verbindlichkeit verleiht.

Das Bundesforum Familie hat sich vor zwei Jahren als Zusammenschluss bundesweit tätiger gesellschaftlicher Kräfte gegründet, die aktiv Verantwortung für eine familienfreundliche Gesellschaft übernehmen. Aus den unterschiedlichen gesellschaftlichen Bereichen heraus soll ein gesamtgesellschaftliches Bewusstsein für Veränderungen geschaffen werden, die für Familien zukunftsfördernde Bedingungen sicher stellen. Ziel des Bundesforums Familie ist eine in die Zukunft gerichtete, kreative und innovative Auseinandersetzung zwischen Wissenschaft, Wirtschaft, Sozialem, Politik und Kultur im Sinne einer die Familie in ihren unterschiedlichen Formen fördernden Weise. Das Bundesforum Familie arbeitet auf Projektbasis jeweils zu einem inhaltlichen Schwerpunkt mit einer Laufzeit von in der Regel zwei Jahren.¹ Das Thema „Familie und Medien“ wurde auf der Gründungsversammlung als erstes Schwerpunktthema gewählt.

Familienpolitik und Medien

Der rasante Wandel, der sich aus den veränderten technologischen Möglichkeiten für Information und Kommunikation ergibt, umfasst alle gesellschaftlichen Lebensbereiche und hat

¹ Vgl. Statuten des Bundesforums Familie im Anhang.

nachhaltigen Einfluss auf die Arbeitswelt und das Alltagsleben. Die gesellschaftliche, familiäre und individuelle Kommunikation verändern sich. Hier liegen **Chancen** – diese gilt es zu **fördern**.

Diese Entwicklung lässt Familienleben komplexer werden und macht Herausforderungen deutlich, die den Lebensstil von Familien, die familiären Entwicklungen und Eigenkräfte, die Bewältigung von verschiedenen Lebensereignissen durch Familie sowie deren Bezüge in sozialen Netzen betreffen. Der Familienpolitik als soziale Mitverantwortung für Familien kommt in diesem Spannungsfeld eine entscheidende Aufgabe zu. Sie muss die **Teilhabe der Familie** an diesen Prozessen **sichern**.

Wie Familien ihren Alltag gestalten können, unter welchen Bedingungen Eltern mit ihren Kindern leben und welche Kompetenzen in der Familie entwickelt werden, hängt von externen und internen sozialen, wirtschaftlichen, kulturellen und pädagogischen Ressourcen ab. Mit Blick auf die Verfügbarkeit und Nutzung der Medien treten veränderte familienpolitische Handlungserfordernisse auf. Hier gilt es **Risiken für Familien zu vermeiden**.

Diskurse führen – Konsens schaffen!

Der bewusst geführte Dialog als Arbeitsprinzip über zwei Jahre stellt mit dem vorgelegten Dokument Entwicklungen und keinen Abschluss dar. Das Bundesforum Familie empfiehlt das Thema zur Weiterarbeit seinen Mitgliedsorganisationen aber auch anderen Verbänden und gesellschaftlichen Gruppen. Die vorliegenden Ergebnisse können für Fachtagungen und Konferenzen sowie für eine lebhaftige Diskussion im Internet genutzt werden.

Drei Arbeitsgruppen haben sich auf diesen Weg der Beratung begeben und legen mit den Empfehlungen ihre Ergebnisse vor. Den Mitgliedern der Arbeitsgruppen gilt ein besonderer Dank für ihr Engagement. Besonders hervorzuheben sind die Sprecherinnen und Sprecher, die die schwierige Aufgabe übernommen hatten, einen Prozess zu moderieren, dessen Ausgang offen war und darüber hinaus die Ergebnisse so zusammen zu fassen, dass sie über den Tag hinaus weiter Bestand haben. Auch wenn die neuen Medien uns geholfen haben, die Zwischentexte untereinander schnell auszutauschen und auf diese Art und Weise eine breite Kommunikation unter den Arbeitsgruppen möglich war, so lag es doch in den Händen der Mitarbeiterinnen der Geschäftsstelle des Bundesforums Familie, ein abschließendes Dokument zu erstellen. Auch dafür meinen herzlichen Dank!

Für die Steuerungsgruppe



Norbert Hocke
Sprecher Bundesforum Familie

ZENTRALE AUSSAGEN

Familie und Medien – vernetzte Familie

Mit der Veränderung des Medienangebotes und der Mediennutzung verbinden sich gravierende Einflussnahmen auf die Kommunikation in der Gesellschaft wie auch in den Familien selbst. Der Umgang mit Medien in der Familie prägt die familiäre Interaktion, die in ihrer Vielfalt im jeweiligen Kontext des Lebensalltags und der Lebenslage der Familie steht. Um Kommunikationsprozesse in der Familie aktiv zu gestalten, sind Eltern herausgefordert, sich bewusst auseinander zu setzen und kompetent zu machen sowie auf Veränderungen zu reagieren. Angesichts der hohen Komplexität der gesellschaftlichen Wirklichkeit zeigt sich ein erhöhter Aufwand und intensiverer Einsatz von Eltern in der Erziehung und Ausbildung in der Familie, die stärker von Kommunikations- und Aushandlungsprozessen gekennzeichnet sind.

Die ersten Medienerfahrungen werden in der Familie gemacht. Familie bietet als Kommunikationsraum für Kinder eine Erfahrungswelt auf, in der Kinder im Spiegel der Interaktionen Selbstbewusstsein und Identität bilden. Gerade in den ersten Lebensjahren (vor allem im Alter von drei bis sechs Jahren) entscheidet das Medienklima in der Familie über den kindlichen Medienkonsum. Die medienbezogene Ausstattung der Familie, das Vorbildverhalten, die erzieherische Bewertung und Anregungen zur Nutzung von Medien sind dafür kennzeichnend. Mit Blick auf unterschiedliche Nutzerverhalten der Kinder und Jugendlichen bei einzelnen Medien sind weitere Faktoren wichtig, so wie das soziale Netzwerk der Familien und die Infrastruktur, von denen sie umgeben sind. Die notwendigen Aushandlungsprozesse über Einsatz und Nutzung der Medien in der Familie können jeweils besser oder schlechter gelingen, ohne Hinweise und Unterstützung durch fördernde Rahmenbedingungen oder kompetenzbildende Angebote von außen jedoch nur unter schwierigeren Voraussetzungen.

Gesamtgesellschaftliche Aufgabe erkennen

Als wesentliche Sozialisationsbedingung der Kindheit heute sind Medien in ihren Veränderungen mit entscheidend für die Entwicklung der Lebens- und Kommunikationsbedingungen. Auf die Frage, wie Kinder und Eltern unterstützt werden sich auf diese Entwicklung einzustellen und vorzubereiten, ist noch keine Beantwortung in der Gesellschaft insgesamt und in der politischen Verantwortung gefunden. Den Anliegen der Familien, die sich um eine kompetente Mediennutzung bemühen und in der Medienerziehung fähiger werden wollen, wird nur unzureichend Rechnung getragen. Wenn auch die gesellschaftlichen Anforderungen primär den Eltern zugeschrieben werden, sind die Möglichkeiten der Begleitung und Unterstützung im Rahmen öffentlicher Verantwortung zu sehen und das Bewusstsein für die Chancen und Risiken der kindlichen Mediennutzung zu schärfen. Aus der Gestaltungsverantwortung für die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen unter denen Erziehungsprozesse stattfinden, lassen sich medienpolitische und –pädagogische Entscheidungen nicht ausklammern. Entscheidungsträger in Politik, Gesellschaft und Wirtschaft sind herausgefordert, die öffentliche Verantwortung zu erkennen und wahrzunehmen.

Um Medienkompetenz zu fördern, ist ein Bildungskonzept für Familien zu entwickeln, das die Kinder und Eltern sowohl mit ihrem jeweils besonderen Entwicklungsbedarf im Blick hat als auch Angebote und Formen gemeinsamen Lernens in Gang setzt. Die innerfamilialen Ressourcen und die Mitwirkung von Eltern und Kindern sind dabei für die Entwicklung von Maßnahmen und Angeboten wichtig.

- Die Chancen zur Kompetenzvermittlung, die im öffentlichen, freien wie institutionellen bzw. formellen wie informellen Bildungsbereich für Eltern und Kinder bestehen, müssen stärker gefördert und koordiniert werden.
- Der Ausbau von familiengerechten Angeboten der Medienpädagogik, die die Medienkompetenz von Eltern und Kindern stärken und so die Kommunikation in der Familie vertiefen und die Handlungsmöglichkeiten erweitern, muss gewährleistet werden.

Medienkompetenz fördern

Als Kulturtechnik und Schlüsselqualifikation ist so die Förderung von Medienkompetenz eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die in den Bereichen Politik, Wissenschaft, Bildung, Medien und Wirtschaft angesiedelt werden und in der Bildung von Netzwerken ein vorrangiges Ziel sehen muss. Unter dem Stichwort "Vernetzung" sind zum einen die bereits vorhandenen unterschiedlichen Ressourcen zu bündeln und ergänzend zusammenzuführen, zum anderen müssen zusätzliche, insbesondere finanzielle und personelle Ressourcen bereitgestellt werden.

Medienpädagogische Arbeit mit Familien muss sowohl die Kinder als auch die Eltern selbst als Zielgruppe im Blick haben. Auch wenn Eltern Medien nutzen, bedeutet dies noch nicht, dass sie auch über medienpädagogische Kompetenz verfügen, wie z.B. kritischer Umgang mit Medien, Filterfähigkeit, Kenntnis der Strukturen des Mediengeschäftes u.v.m.

Die Vermittlung von Medienkompetenz soll nicht nur an den üblichen Einrichtungen der Familienbildung angeboten werden, sondern auch an Orten, die zwar nicht ausdrücklich für Familienbildung zuständig sind, an denen aber breitenwirksam Bildungsarbeit geleistet werden kann, weil sie von den meisten Familien aufgesucht werden und über eine geeignete Infrastruktur verfügen. Das gilt insbesondere für Kindertagesstätten, (Grund)Schulen und Bibliotheken. Dazu ist es notwendig, für diese Orte neue Konzepte zu erarbeiten, die alle Familienmitglieder ansprechen. Voraussetzung hierfür ist, dass sich diese Orte für neu zu gewinnendes Publikum wie beispielsweise Grundschulen für Eltern im Zusammenhang mit der Vermittlung von Medienkompetenz öffnen und ein entsprechendes Aufgabenverständnis entwickeln bzw. entwickeln können, wie z.B. durch erweiterte Aufgabenbeschreibungen für Kindertagesstätten und Grundschulen in Bezug auf Elternarbeit.

- Es sind daher verstärkt gemeinsame Begegnungsorte auch für ältere Kinder bzw. Jugendliche und Eltern zu schaffen und zu unterstützen, damit Eltern ihre Kinder als aktive und gestaltende Mediennutzer/-innen entdecken, wahrnehmen und ihr eigenes Medienverhalten reflektieren können.

Alle Bildungs- und Erziehungseinrichtungen haben die zentrale Aufgabe zur Förderung von Medienkompetenz. Nicht zuletzt ist es ihr Auftrag, Zugangsgerechtigkeit zu den neuen Medien zu schaffen und Chancengleichheit im Umgang mit den Medien zu gewährleisten.

- Bei der Entwicklung von pädagogischen und organisatorischen Konzepten für Tageseinrichtungen für Kinder müssen die medienpädagogischen Herausforderungen und Angebote für und mit Kindern und Eltern entsprechend Berücksichtigung finden. Eltern und Kinder in dieser Lebensspanne brauchen Raum, Zeit und professionelle Begleitung, um ihre Medienerfahrungen und Alltagsprobleme rund um Fernsehen und Computer in der Familie in einem gemeinsamen Lern- und Bildungsprozess einbringen zu können.
- Die Ausformung von Medienkompetenz muss als Querschnittsaufgabe Eingang in die Ausbildung von Lehrerinnen und Lehrern finden. Medien können und sollten in allen Unterrichtsfächern eingesetzt und von den Schülerinnen und Schülern genutzt werden können.

- Die Förderung der Medienkompetenz und demzufolge der Medienpädagogik sollte als zentrale Aufgabe Eingang in die Ausführungsbestimmungen der Länder zum Kinder- und Jugendhilferecht finden.

Teilhabe sichern

Der Umgang mit Medien als Teil des Lebensalltages von Familien, insbesondere Kindern und Jugendlichen ist unterschiedlich ausgeprägt und bindet einen erheblichen Teil der Freizeit. Die Teilhabe der Kinder und Jugendlichen an den Entwicklungen der Kommunikations- und Informationstechnologie misst sich wesentlich am Bildungsniveau in der Familie, das zumeist auch der materiellen Ausstattung entspricht. Daneben sind die Geschlechterzugehörigkeit und der ethnische bzw. staatsbürgerliche Hintergrund Faktoren der Einflussnahme. Je höher der Bildungsgrad, um so eher wird die Nutzung z.B. des Internets in der Familie gefördert - von Studierenden eher selbst initiiert - als z.B. von berufstätigen Jugendlichen. Markante geschlechtsspezifische Unterschiede ergeben sich immer noch bei der Computernutzung von Jungen und Mädchen. Mädchen verfügen weniger über eigene Geräte und nutzen den Computer eher als Kommunikationsmittel und zur Herstellung von Sozialkontakten, wobei vermehrt eigene Zugänge zu den Informations- und Kommunikationsmöglichkeiten erworben werden. Im Vergleich der Zugangsmöglichkeiten von deutschen und türkischen Jugendlichen zeigt auch die 13. Shell Jugendstudie, dass eine überwiegende Mehrzahl türkischer Jugendlicher (70 %) über keinen eigenen Computer verfügen können.

Für eine gleichberechtigte Teilhabe ist es unverzichtbar, die Möglichkeiten der Medien für Kinder und Jugendliche erfahrbar und nutzbar zu halten, sie in ihrer Medienkompetenz zu stärken und gleichzeitig Gefährdungen für ihre Entwicklung zu vermeiden. Es liegt in der öffentlichen Verantwortung, dass Kinder und Jugendliche – ungeachtet der ökonomischen und kulturellen Situation ihrer Familie – eine Chance erhalten, Zugang zu gewinnen und Medienkompetenz zu erlangen. Die Gefahr einer wachsenden Spaltung zwischen z.B. Computernutzern und Familien, die über keine Zugangs- und Lernmöglichkeiten verfügen, ist erheblich. Die Entwicklungsmöglichkeiten von Kindern und Jugendlichen sind daher insbesondere bei benachteiligten Familien zu sichern, ihr aktives Medienverhalten ist zu unterstützen.

- Es ist eine Aufgabe des Bildungsbereiches, Unterschiede abzubauen und mit entsprechenden Angeboten die Chancen der neuen Medien erfahrbar und nutzbar zu machen.
- Schulische Lernprozesse müssen so gestaltet sein, dass sie beiden Geschlechtern gerecht werden.
- Dem Bildungssystem kommt die Aufgabe zu, Kindern und Erwachsenen die Gestaltungsmöglichkeiten der neuen Medienentwicklungen zu vermitteln und zu gewährleisten, dass alle partizipieren können und gesellschaftliche Ungleichheiten nicht fortbestehen.

Risiken vermeiden

Medien sind in vielfältiger Weise im Alltag der Familien präsent und gestalten ihre Kommunikation mit. Sie sind für die Orientierung in der Welt unverzichtbar und können die Kommunikation in der Familie bereichern. Allerdings kann ein ungestalteter Medienkonsum auch die Kommunikation in der Familie überlagern und zu ihrer Verarmung beitragen. In der Gestaltung der Mediennutzung sind Eltern und Kinder zu unterstützen, kompetent und verantwortungsbewusst mit den neuen Medien umzugehen. Sie dürfen mit dieser Aufgabe allerdings nicht allein gelassen werden. Von der Politik wird erwartet, dass der von ihr gestaltbare Verantwortungsbereich nicht auf die Beobachtung der Medien- und Familienentwicklung beschränkt ist.

- Die verantwortliche Gestaltung von Rahmensetzungen und Regelungen medienpolitischer Maßnahmen ist noch nicht ausgeschöpft und wird den technologischen Entwicklungen und Möglichkeiten nicht ausreichend gerecht.
- Die Sicherung der öffentlich-rechtlichen Sender hat im Blick auf die Familie einen hohen Stellenwert. Er bietet insbesondere am ehesten Gewähr für ein an Qualitätskriterien orientiertes, werbefreies Programm für Kinder.

Mit Blick auf die wirtschaftlichen Interessen, denen der Medienbereich und seine Entwicklung wesentlich unterliegen, werden staatliche Regulative besonders herausgefordert. Meinungs-Kommunikations- und Medienfreiheit gehören zu den zentralen Errungenschaften unserer Gesellschaft. Diese Freiheiten stoßen aber dort an Grenzen, wo Medieninhalte die Entwicklung von Kindern und Jugendlichen gefährden können und die Würde des Menschen verletzen. Die Gesellschaft ist verantwortlich für das, was Kindern und Jugendlichen in Wort und Bild gedruckt oder elektronisch vermittelt wird.

- Die bestehenden Instrumente und Einrichtungen des Kinder- und Jugendmedienschutzes von der freiwilligen Selbstkontrolle bis zu den öffentlichen Kontrollinstanzen sind zu stärken, gezielter anzuwenden und weiter zu entwickeln.
- Der grenzüberschreitende Charakter der neuen Medien erfordert internationale Vereinbarungen im Jugendschutz. Der Schaffung gesetzlicher Grundlagen für den Schutz der Kinder vor ungeeigneten Medieninhalten ist konsequenter Rechnung zu tragen.
- Auch Werbung muss dem Jugendschutz gerecht werden. Werbung für Tabak und Alkohol ist zu verbieten.
- Die öffentliche Förderung des Online-Zugangs, die Schaffung von Diskussionsforen und modellhaften Praxisprojekten müssen verstärkt werden. Ein ungeregelter Zugang zu Online-Shopping und kostenträchtige Internetangebote sind ein wirtschaftliches Risikopotential für Kinder und Jugendliche, das grundlegend zu verringern ist.

Chancen in der Arbeitswelt nutzen

Die Veränderungen der Mediengesellschaft in Deutschland kennzeichnet auch den Übergang von der Industriegesellschaft zur Wissensgesellschaft. Neue Technologien haben vielfältige Kommunikationsmedien hervorgebracht und prägen zunehmend die Arbeitsplätze sowie die Inhalte und Organisation der Arbeit in der Bundesrepublik Deutschland.

Arbeitsorte und Arbeitszeiten werden flexibler, Arbeitsabläufe werden einfacher und schneller, Informationszuwachs erfolgt unmittelbarer, Arbeitsergebnisse verbreitern sich schneller und werden dadurch schneller anwendbar, die Kommunikationswege werden kürzer, transparenter und enthierarchisiert. Die rasanten Weiterentwicklungen technischer Möglichkeiten setzen Arbeitnehmende aber auch zunehmend unter Druck. Nicht alles sofort zu begreifen und anwenden zu können, führt zum unerträglichen Stress. Es entsteht Angst vor dem „Hinterherhinken“ und vor möglichen beruflichen Nachteilen.

Die neuen Technologien erfordern flexibles Handeln und stellen die Arbeitnehmenden und ihre Familien vor neue Herausforderungen. Grenzen zwischen Erwerbsalltag und Privatleben zerfließen immer mehr. Die Vorteile, wie z.B. bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie durch flexibilisierte Arbeitszeiten, alternierende Telearbeit, und die Nachteile, wie z.B. ständige Verfügbarkeit durch Handy und e-mail bei unveränderten Infrastrukturmaßnahmen für Familien, liegen eng beieinander.

Mit den zunehmenden Möglichkeiten flexibilisierter Arbeitszeiten entstehen für den Einzelnen neue zeitliche Freiräume, die nicht der mit der Familie verbrachten Zeit entspricht, da die freien Zeiten der Familienmitglieder voneinander entkoppelt sind. Hieran werden Anforderungen an neue Vereinbarungen deutlich, um gemeinsame Familienzeiten zu schaffen und zu erhalten.

Die Vorteile der räumlichen und zeitlichen Variabilität werden wesentlich mit der Telearbeit verbunden. Gefahren aus dem Zeit- und Arbeitsdruck oder der Fehleinschätzung der eigenen Management- und Belastungsfähigkeiten sind damit jedoch nicht vermieden. Gesetzliche wie rechtliche Rahmenbedingungen sind darauf abzustellen.

- Vereinbarungen zur Flexibilität zwischen Betrieben und Arbeitnehmern können für Familien mehr Freiräume für Familienarbeit schaffen. Erwerbsarbeitszeit muss dabei verlässliche gemeinsame Familienzeiten ermöglichen.
- Ein fehlendes Telearbeitsgesetz und ein Arbeitnehmer/-innen-Schutzgesetz für Telearbeitsplätze charakterisieren den Handlungsbedarf.

Die Auswirkungen mediengestützter Arbeitsplätze auf das Familienleben sind vielfach noch nicht bekannt. Der Strukturwandel in der Arbeitswelt ist nur unzureichend in seinen Wirkungen auf den Alltag der Familien untersucht worden.

- Für die Bewertung der Vereinbarkeit von Erwerbstätigkeit und Betreuungsleistungen für Kinder und/oder pflegebedürftige Angehörige bedarf es entsprechender Wirkungsanalysen.

Der Strukturwandel in der Arbeitswelt erfordert eine stetige Qualifizierung. Die Einflüsse der Mediennutzung verändern viele Tätigkeitsprofile und Arbeitsplätze. Um mit den Arbeitnehmenden diese Entwicklungen zu gestalten, bedarf es qualifizierter Aus-, Fort- und Weiterbildungsangebote.

- Deutschlands Bildungssystem muss Lernenden und Lehrenden Schlüsselkompetenzen vermitteln, um den Anforderungen der Informationsgesellschaft angemessener begegnen zu können. Nicht nur Fachwissen ist gefragt, sondern auch Unterstützung der Lebensbewältigungskompetenzen des und der Einzelnen.
- Für die Weiterbildung und deren Schwerpunkte sind geeignete Vereinbarungen unter Beteiligung aller Partner zu erarbeiten. Dabei sind auch individuelle Lösungen, die auf die Situation von Arbeitnehmenden und Betrieben abgestellt sind, anzustreben.
- Die Qualifizierung von Lehrpersonal und die Erneuerung der Ausbildungsordnungen sind in Bezug auf die Entwicklung der Informationstechnologien dringlich.

Handlungserfordernisse aufnehmen

In diesem Überblick über die Themenbereiche, zu denen im Bundesforum Familie Forderungen und Positionen gemeinsam formuliert wurden, kommen die unterschiedlichsten Aspekte und Perspektiven zum Tragen und reflektieren die vielfältigen Arbeitsbereiche der Mitwirkenden. Vertreter/-innen von Institutionen aus Wissenschaft und Forschung, von Trägern der freien Wohlfahrtspflege, von Gewerkschaften, von Familienverbänden, von Trägern der Familienbildung und der Familienarbeit, von Kommunen, Ländern und gesellschaftlichen Dachverbänden haben in den zurückliegenden zwei Jahren grundsätzliche Anforderungen an Politik und Gesellschaft beraten. Dieser Diskussionsprozess war wichtig. Die Ergebnisse sind es wert, umgesetzt zu werden, um die Situation der Familien in der Mediengesellschaft zu beleuchten und Hilfen anzubieten, die dazu beitragen können, die Entwicklungen der Informations- und Kommunikationstechnologien besser bewältigen zu können bzw. um die Rahmenbedingungen zu schaffen, die auf die veränderten Lebens-, Lern- und Arbeitsbedingungen passgenau reagieren.

Auf der Grundlage der Diskussionen in den verbändeübergreifenden Arbeitsgruppen ist es gelungen, gemeinsame Forderungen zu erheben und damit den Ausgangspunkt für sowohl politische und gesellschaftliche Veränderungen wie vor allem auch für eine Umgestaltung in den eigenen Organisationen und Verbänden zu schaffen. Die einzelnen thematischen Schwerpunkte werden im folgenden im Detail vorgestellt und die jeweiligen Forderungen vertiefend erläutert.

A. Veränderte Medienwelten – veränderte Familienwelten

Die Familie spielt eine bedeutende Rolle bei der Förderung kindlicher Medienkompetenzen, denn das Mediennutzungsverhalten wird zunächst in der Familie gelernt. Die eigene Medien- und Lesekultur von Familien kann zu (un)günstigen Entwicklungen der kindlichen Medienkompetenz beitragen. Angesichts des vielfältigen Medienangebotes und der daraus resultierenden Verunsicherungen fällt es Eltern aber nicht immer leicht, dieser Aufgabe – der Vermittlung von Medienkompetenz – gerecht zu werden.

Die Medienlandschaft bietet heute rund um die Uhr Programme an; auch das Internet hat neue technische Möglichkeiten eröffnet, sich via Computer Bilderwelten nach Hause zu holen. Videofilme, Hörspiel- und Musikkassetten oder Compact-Discs bieten zudem Spielerisches, Spaßiges, Abschreckendes, Spannendes und Informatives.

Die familiäre Alltagswelt wird von den Medien mitstrukturiert und "gefüllt". Medien gehören zum Leben dazu. Auch Kinder nutzen heutzutage täglich und relativ selbstverständlich das Fernsehen, Bilderbücher, Kassetten oder andere Medien. Parallel dazu scheint sich die Verunsicherung vieler Eltern zu entwickeln, die vor dem Problem stehen, wie sie auf die Mediennutzung und die daraus resultierenden Reaktionen der Kinder eingehen sollen. Diese Unsicherheiten sind verständlich, da den Medien – als eine Sozialisationsinstanz neben der Familie, der Gleichaltrigengruppe und pädagogischen Institutionen wie dem Kindergarten oder der Schule – ein nicht zu übersehender Einfluss auf Kinder zugeschrieben werden kann. Die Inhalte, mit denen Kinder konfrontiert werden, die sie lesen, sehen und über die sie sich unterhalten, wirken sich auf ihre Deutungs- und Handlungsmuster aus und bestimmen die Vorstellung von der Welt mit. Alle Erfahrungen, ablehnende oder zustimmende, die Kinder mit den medialen Inhalten machen, ziehen sie zu ihrem Weltverständnis und ihrer Wirklichkeitskonstruktion hinzu.

Massenmedien sind ein zentraler Faktor bei der Vermittlung von lokalen und globalen Orientierungen, sie vermitteln Teilhabe an allgemeinen sozialen Orientierungen und sind ein Verbindungsglied zwischen innen und außen, zwischen öffentlicher und privater Sphäre. Die „Anverwandlung“ der sozialen Deutungsmuster leistet dabei jede/r Einzelne bzw. jede Gruppe selbst, denn eine sozialbildende Funktion haben die Medien nur im Prozess der kommunikativen Aneignung. Um sozial wirksam zu werden, müssen die Medienprodukte stets durch das „Nadelöhr“ der alltäglichen Kommunikation. Förderung und Steigerung von Medienkompetenz im Kontext von Familie kann deshalb nicht sinnvoll isoliert verstanden werden, sondern ist einzuordnen in den Gesamtzusammenhang der Förderung der Kommunikationskompetenz der Familien. Medienkompetenz erfordert mehr als die Fähigkeit, mit Medien umgehen zu können und ihre Regeln und Besonderheiten zu verstehen. Sie erfordert vielmehr die Fähigkeit, die Medien so in das Gesamt der Kommunikation – hier der Familie – zu integrieren, dass die Kommunikation insgesamt reicher und weiter und nicht ärmer und enger wird. Die Entwicklung von kommunikativer Kompetenz ist zu verstehen als Vorstufe zur Medienkompetenz. Sie ist ebenso zu unterstützen wie auch die Entwicklung eines kindlichen Selbstbewusstseins, einer „gesunden“ Ich-Stärke bei gleichzeitiger Förderung eines solidarischen Verständnisses. Auch die Fähigkeit, autonom handeln zu können und gleichzeitig ein Gemein-

schaftsgefühl zu entwickeln, gehört als notwendige Eigenschaften zu einem medienkompetenten Menschen dazu. All dies zu vermitteln, sollte ein Anspruch von Erziehenden sein.

Im alltäglichen und selbstverständlichen Bezug auf Medienthemen hält die heutige Familie ihren privaten Horizont für den Horizont der „weiten Welt“ offen. Diese Auswirkung der Medien – insbesondere der technischen Medien mit ihren Unterhaltungsangeboten und wie damit umgegangen werden kann, muss daher immer wieder Diskussionsthema in Familien sein. Kinder sind überall Medien ausgesetzt und wir können sie nicht immer davor bewahren, im Gegenteil, wir müssen ihre Kritikfähigkeit stärken. Besonders wenn sie mit Inhalten konfrontiert werden, die sie ängstigen können, die fragwürdige Konfliktlösungsmöglichkeiten oder Rollenmuster und Werte vorleben, bedürfen Kinder bei der Auseinandersetzung mit Medien einer Begleitung.

Beratungsinstitutionen und Einrichtungen wie Kindergärten, Horte und Schulen sollten wesentlich dazu beitragen, Eltern bei der Umsetzung einer für sie angemessenen Medienerziehung zu unterstützen. Die Beschäftigung mit Medien(-inhalten), einem Bestandteil dieser Welt, muss unbedingt in den Beratungs- und Familienalltag integriert sein, wie die Körperpflege, die Umwelterziehung und andere Themenbereiche auch.

Vor diesem Hintergrund wurden die für Familie einschneidenden Veränderungsprozesse in der Diskussion des Bundesforums Familie aufgegriffen und Forderungen für folgende Bereiche des Themas „Familie und Medien“ aufgestellt.

- Medien gehören zum Familienalltag dazu. Eine bedarfsgerechte Unterstützung der Familien, der Eltern und Kinder im Umgang mit Medien und ihrer Inhalte soll gewährleistet werden (Medienkompetenzvermittlung / erzieherischer Jugendschutz).
- Die Kommunikation in der Familie muss gefördert werden, sie ist Grundlage des Umgangs mit medialen Inhalten und hat Einfluss auf die Entwicklung von Kindern.
- Der gesetzliche Jugendschutz muss gerade im Zeitalter globaler Netzwerke neben seinen notwendigen und sinnvollen medienpädagogischen Aufgaben auch weiterhin effektive Kontrollen und Selbstkontrollen der auf dem freien Markt zugänglichen Medieninhalte einfordern, umsetzen und gewährleisten. Auch und vor allem müssen Maßnahmen zum erzieherischen Jugendschutz etabliert und gefördert werden.
- Die ökonomische, kulturelle und soziale Situation von Familien hat Einfluss auf die Nutzung von Medien. Es sollten Möglichkeiten geschaffen werden, allen Familien eine umfassende Medienkommunikation zu ermöglichen.
- Die medienpädagogische Bildungsarbeit muss verstärkt werden und als gesellschaftliche Querschnittsaufgabe vom Kindergarten bis zur Erwachsenenbildung angesehen werden.
- Politische Kräfte sind ein wichtiges Organ für Ansprache und Umsetzung der Forderungen. Sie sollten sich dieser öffentlichen Aufgabe widmen und Verantwortung übernehmen.

1. Kindliche Mediennutzung im Familienalltag²

Kinder kommen bereits sehr früh mit Medien in Berührung. Die ersten Erfahrungen mit sekundären und tertiären Medien kommen für Kinder zwangsläufig zustande, indem sie am Medienkonsum der Eltern teilhaben. Es sind Mutter oder Vater, die oft beim Zubereiten des Breis oder beim Wickeln Radio hören oder gar nebenbei den Fernseher laufen lassen, und diese Geräuschkulisse nimmt auch das Kind wahr. Auf diese Weise lernen Kinder schon recht früh,

² Die folgenden Ausführungen sind größtenteils der Publikation von Sabine Eder, Jürgen Lauffer, Carola Michaelis (Hrsg.) *Bleiben sie dran! Medienpädagogische Zusammenarbeit mit Eltern*, Bielefeld 1999, entnommen.

dass Medien für die Eltern offenbar irgendeinen Sinn und irgendeine Funktion haben. Zumindest lernen sie eines: dass Medien alltägliche Begleiter im Familienleben sind. Erst allmählich lernen Kinder, Medien spezifisch für sich zu nutzen (Lothar Mikos).

Kinder äußern ihre Erfahrungen und Erlebnisse auf recht unterschiedliche Weise, abhängig vom Alter, ihrem Lebenskontext und anderen Faktoren. Ob und wie Kinder die Gelegenheit dazu haben, durch und mit Medien zu lernen, hängt auch sehr vom Umgang mit Medien innerhalb der Familie und der pädagogischen Einrichtung – in denen Kinder einen Großteil ihrer Zeit verbringen – ab: *Welche Medien stehen zur Verfügung? Wie werden diese Medien genutzt und eingesetzt? Wie wird mit medial vermittelten Botschaften, mit Gesehenem und Gehörtem umgegangen? Kurz: Wie wird Konsumiertes besprochen und welche Angebote zur Be- und Verarbeitung werden angeboten?*

Medien aller Art durchdringen den familiären Lebensraum und führen letztendlich immer wieder zu Auseinandersetzungen zwischen Eltern und Kindern über das Was und Wie der Mediennutzung.

99 % der bundesdeutschen Haushalte sind mit mindestens einem Fernsehgerät ausgestattet. Das Fernsehen hat seit seiner Einführung (insbesondere für Kinder) nichts an seiner Faszinationskraft verloren. Es sorgt für Gesprächsstoff unter Freundinnen und Freunden, und miteinander fernzusehen, ist eine beliebte Aktivität von Eltern und Kindern. Generell kann nicht von einer einheitlichen Fernsehnutzung der Kinder gesprochen werden, denn das Alter, das Geschlecht und die geografische Herkunft haben neben anderen Faktoren einen Einfluss auf die Seh- und Verweildauer von Kindern. Das folgende Zahlen- und Datenmaterial kann daher nur als grobe Richtlinie gelten.

Feierabend/Klingler zufolge erreichte das Fernsehen im Jahr 1997 an einem durchschnittlichen Wochentag 59 % aller 3- bis 13-jährigen Kinder. Aus der Gruppe der 3- bis 5-Jährigen war gut jedes zweite Kind (54 %) zumindest kurz vor dem Fernsehgerät anzutreffen. Bei den 6- bis 9-Jährigen wächst dieser Anteil auf 59 % und bei den 6- bis 13-Jährigen auf 64 %. Je älter die Kinder sind, desto mehr schauen sie fern. Die Fernsehnutzung bei Jugendlichen ab 14 Jahren lag für einen Durchschnittstag im Jahr 1997 bei 73 %³.

Die durchschnittliche Sehdauer der 3- bis 5-Jährigen lag 1997 bei 76 Minuten. Bei den 6- bis 9-Jährigen steigt sie auf 91 Minuten und bei den 10- bis 13-Jährigen auf 113 Minuten an. Vorschulkinder sehen im Vergleich zu älteren Kindern (ab 6 Jahren) nicht nur seltener, sondern auch kürzer fern. Die Differenz zwischen der jüngsten (3 Jahre) und der ältesten Gruppe (13 Jahre) beträgt nicht mehr als eine halbe Stunde. Insgesamt lässt sich für alle Altersgruppen eine auffällige Stabilität der Fernsehnutzung feststellen⁴. Deutlich feststellbar ist allerdings, dass das TV-Pensum der Kinder seit 1992 rückläufig ist, wohingegen das der Erwachsenen seitdem auf ca. 205 Minuten täglich gestiegen ist!

Medien-Produzenten und Produzentinnen bedienen längst den Medienmarkt mit Programmen und Serien speziell für Kinder. Die beliebtesten und somit erfolgreichsten Sender bei Kindern sind derzeit Super RTL, RTL, RTL 2 und der Kinderkanal von ARD und ZDF⁵. Bei den 3- bis 5-Jährigen ist Super RTL der Marktführer, und der eigens eingerichtete öffentlich-rechtliche Kinderkanal erfreut sich hoher Beliebtheit, vor allem wegen der Märchen-, Tier- und Familienfilme, der Zeichentrickserien, aber auch der Musiksendungen. Es sind also die kleineren Kinder, die noch spezielle Kinderprogramme favorisieren, welche sie bei den privaten (Super RTL) und den öffentlich-rechtlichen Anbietern (ARD und ZDF) finden. Schulpflichtige Kinder bevorzugen hingegen fast ausschließlich die "Privaten", was möglicherweise auf das zunehmende Interesse an Unterhaltungsangeboten zurückzuführen ist.

³ Feierabend/Klingler 1997, S. 167 ff.

⁴ ebd. 1997

⁵ Focus Nr. 12, 2002

Bücher und Bilderbücher zählen sie zu deren kulturell wichtigsten und unentbehrlichen Ausstattung und sind in fast jedem Kinderzimmer (97,3 %) in Deutschland vorhanden. Beim Bilder- und Kinderbuch und dem damit verbundenen Vorlesen handelt es sich um eine in kulturellen Traditionen gesicherte Form des Umgangs mit Printmedien. Immerhin 74 % aller Kinder schauen sich fast täglich Bilderbücher an. 20,7 % tun dies mehrmals in der Woche und nur 5 % selten. Lediglich 0,3 % der Kinder nutzen Bilderbücher nie. Vor allem die 3-Jährigen (86 %) befassen sich täglich mit Bilderbüchern, während dann nur noch die Hälfte der 6-Jährigen mit Bilderbüchern beschäftigt ist. In diesem Alter schichtet sich die Büchernutzung um, denn in der Schule setzen sich die Kinder nun mit den angebotenen Stoffen der Fibeln und Lesebücher auseinander. Weiterhin entdecken viele Kinder in diesem Alter Comics und entwickeln allmählich ein Nutzungsprofil, das sich von denen der Vorschulkinder erheblich unterscheidet. Am Beispiel des "etablierten" Mediums Bilderbuch wird besonders deutlich, dass die Bilderbuchnutzung stark davon abhängt, wie Eltern ihren Kindern Vorleseerfahrungen vermitteln und ihnen einen selbstverständlichen Umgang mit Büchern nahe bringen (dies bestätigt sich im übrigen auch bei der Nutzung anderer Medien). Die Bilderbuchnutzung der Kinder ist durch die soziale Schichtzugehörigkeit bedingt. So greifen 90 % der Kinder aus gehobenen Bildungsmilieus fast täglich zum Bilderbuch, während sich die tägliche Nutzungshäufigkeit bei Kindern aus mittleren Bildungsmilieus um ein Drittel verringert und die Kinder aus niedrig eingestuftem Bildungsmilieus nur noch zur Hälfte mit Bilderbüchern umgehen⁶. Damit bestätigt sich schon bei dem klassischen Medium Bilder- oder Kinderbuch, dass sich das soziale Milieu der Familien erheblich auf den Umgang mit Medien auswirkt.

Neben Bilderbüchern und Fernsehprogrammen haben auch Hörspiel- und Musikkassetten eine große Bedeutung für Kinder im Vor- und Grundschulalter. Zu nennen wären hier beispielsweise Phantasiegeschichten wie Benjamin Blümchen und Bibi Blocksberg, die insbesondere bei Vorschulkindern sehr beliebt sind. Darüber hinaus werden die Genres Detektivgeschichten (TKKG, Fünf Freunde), Abenteuergeschichten (Robinson Crusoe, Das Dschungelbuch) oder Hörspiele, die sich an dem Actiongenre (Knight Rider, Turtles) orientieren, von vielen Kindern rezipiert. Bei den Musikkassetten stehen englischsprachige Mainstreamproduktionen an oberster Stelle der Beliebtheitsskala⁷. Grüninger/ Lindemann (1998) stießen in ihrer Untersuchung auf einen interessanten Zusammenhang: Kinder, die gern Audiokassetten hören, schauen ca. 58 Minuten täglich fern, während Kinder, die seltener dieses Medium nutzen, einen Fernsehkonsum von ca. 70 Minuten aufweisen. Entsprechend sieht die Zuwendung aus, wenn man Videospiele und Videofilme einbezieht. Kinder, die viel Zeit mit Fernsehen verbringen, bevorzugen eher Videofilme und Videospiele als Kinder, die sich eher Hörspiel- und Musikkassetten sowie Bilderbüchern zuwenden. Es scheint so zu sein, dass zwei medien-kulturelle Polaritätsprofile entstehen: eine eher print- und hörorientierte Gruppe steht einer eher videospiele- und videofilmorientierten Gruppe gegenüber. Auch hier sind die Eltern gefragt, Kindern Hilfestellung bei der Auswahl von Inhalten und Medien anzubieten. Häufig werden weder Audiokassetten noch Videofilme auf ihre Tauglichkeit für Kinder hin vorher von Eltern geprüft, sondern gelangen unbesehen und –gehört in Kinderhände.

Auch Videofilme sind Teil des Mediensystems. Filme, ursprünglich für das Fernsehen produziert, wie etwa Pumuckl oder Pippi Langstrumpf, werden häufig als Videokassetten vermarktet und liegen dann zur Ausleihe in Videotheken und Bibliotheken aus.

Der Vorteil von Videofilmen liegt darin, dass Eltern eine gezielte und altersgerechte inhaltliche Vorauswahl treffen können. Auch auf die Sehzeit ihrer Kinder haben Eltern dadurch einen größeren Einfluss, denn die Freizeitaktivitäten unterliegen nicht den zeitlichen Vorgaben der Programmangebote. Eltern können die Lieblingssendungen ihrer Kinder aufnehmen und zu passender Zeit gemeinsam mit ihnen anschauen.

Obwohl der Videorekorder vorrangig ein Instrument der Eltern ist, kennen schon 17 % der Vorschulkinder die Funktionsweisen, die es ihnen ermöglichen, den Rekorder ein- und auszuschalten. Kinder, die den Videorekorder ohne fremde Hilfe einschalten können, schauen 40

⁶ Grüninger/Lindemann 1998, Manuskript

⁷ vgl. Treumann/Schnatmeyer/Volkmer 1995

Minuten und damit deutlich mehr fern als Gleichaltrige (25 Minuten), die auf die Hilfe ihrer Eltern angewiesen sind.

Neben dem Videorekorder haben vor vielen Jahren auch Video- und Computerspiele Einzug in viele Wohnzimmer gehalten. Diese Bildschirmspiele bieten heute grafisch und technisch ausgefeilte Angebote und Projektionsflächen sowie Phantasiewelten, in die Kinder eintauchen können. Tragbare Ableger, wie die Gameboys, sind klein, preiswert und für Kinder reizvoll, weil sie genügend Geschicklichkeitsleistungen abfordern.

Besonders bei Jungen stehen Computer hoch im Kurs – für 37 % gilt er als liebste Freizeitbeschäftigung. Hierbei dominieren Computerspiele (91 %), die von der Hälfte der Befragten mehrmals pro Woche gespielt werden⁸. Inzwischen gibt es auch schon Internetangebote für Kinder im Vorschulalter, etwa den Kidsclub oder das Kindernetz des Südwestrundfunks. Auch kommerzielle Computerspiele und Lernspielcomputer⁹ sind für kleine Kinder erhältlich, erfordern aber kognitive und sensomotorische Fähigkeiten, die in der Regel erst von älteren Vorschulkindern erbracht werden können.

Dieser kurze Einblick in die kindlichen Medienwelten zeigt, dass Kinder von den unterschiedlichsten Medien umgeben sind und lernen müssen, mit ihnen umzugehen. Offen bleiben muss dabei die Frage, ob Kinder eher von Fernsehsendungen oder von Bilderbüchern, Hörspielkassetten oder anderen Darbietungen emotional für ihre Entwicklung profitieren. Man könnte meinen, dass eine vorgelesene Geschichte Kinder stärker als eine Fernsehsendung fördert, weil sie hier beim Verfolgen über sprachliche Wahrnehmung eher gefordert werden, sich selbst die Bilder zu inszenieren, die über sprachlich vermittelte Vorstellungsfähigkeiten entstehen. Wir wissen nicht zuverlässig, ob dies wirklich so ist. Bei vielem, was wir wissen und als Wissen weitergeben, sind wir letztlich doch auf Vermutungen angewiesen, die im günstigen Fall plausibel erscheinen und durch Einzelbeobachtungen oder eigene Erfahrungen gestützt werden. Eine ziemlich unbestreitbare Tendenz gibt es jedoch: Je stärker die Fernsehzuwendung ist, desto geringer ist die Zuwendung zum Medium Bilderbuch und auch zu Hörspiel- und Musikkassetten.

Das Elternhaus und der kindliche Lebenskontext beeinflussen stark, wie Kinder mit Medien umgehen. Die Phantasie- und Selbsterprobungsfähigkeit der Kinder kann durch eine ausgewogene Nutzung von Medienangeboten gefördert werden, die elterliche Zuwendung und Vorbildfunktion ist hierbei maßgeblich. Beim Vorlesen kann dies ebenso deutlich werden wie beim Fernsehen. Das Alltagshandeln und das Miteinander zwischen Eltern und Kindern können durch eine bewusste Mediennutzung angeregt und erweitert werden. Weiterhin brauchen Kinder Möglichkeiten zur spielerischen Auseinandersetzung mit ihren Medienerlebnissen. Der Kindergarten, der Hort und die Schule können in diesem Zusammenhang einen wichtigen medienpädagogischen Beitrag leisten.

Das Bundesforum fordert:

- Auf unterschiedlichen Ebenen müssen die Familien zur Medienerziehung und kompetenten Mediennutzung befähigt werden.
- Es ist ein stärkeres Bewusstsein von Eltern über die Chancen und Risiken der kindlichen Mediennutzung zu schaffen.
- Familien müssen zu kritischer Begleitung, Auswahl und Begrenzung der Mediennutzung ermutigt werden.
- Eltern müssen in den Stand versetzt werden, Medienangebote zu bewerten und ihre Wirkungen abzuschätzen.
- Es müssen Maßnahmen gefunden werden, die elterliche Passivität und „Laissez-faire-Haltung“ überwinden helfen.

⁸ Vgl. www.mpfs.de/projekte/index.html

⁹ Vgl. Eschenauer 1994, S. 412 ff.

- Die Partizipationsbereitschaft der Eltern muss gestärkt (in Gremien, Kommissionen, Selbsthilfegruppen etc.) und über Partizipationsmöglichkeiten informiert werden. Familien sollte mehr Kompetenz vermittelt werden, sich über Verbände etc. zu artikulieren.

2. Medienkommunikation – Spezifika und Leistungen medienvermittelter Kommunikation

Nur ein kleiner Ausschnitt der Kommunikation in unserer Gesellschaft ist direkte Kommunikation; ein wichtiger Teil gesellschaftlicher Kommunikation ist über Medien vermittelt.

- a) Medien informieren über die „Welt“. Für Menschen und Familien wichtige Ereignisse und Prozesse geschehen heute in erheblichem Maße außerhalb der Reichweite unmittelbarer Wahrnehmung und direkter Kommunikation (Stichwort „Globalisierung“). Medien leisten eine Vermittlung der Ereignisse, Entscheidungen und Diskussionen an die Mediennutzenden. Dabei bilden Medien „Welt“ nicht einfach ab, sondern leisten eine Auswahl nach den spezifischen Selektionskriterien des Mediensystems. Ein wesentliches Element ist dabei „Neuheit“/„Ungewöhnlichkeit“, so dass Welt wesentlich unter dem Aspekt der Veränderung dargestellt wird. Veränderung wird ausgeleuchtet, Stabilität bleibt unterbelichtet. Dies führt – nicht zuletzt auf die Familiendarstellung in den Medien – zu einer spezifischen Schlagseite der Wirklichkeitswahrnehmung.
- b) Medien schaffen öffentlichen Raum, in dem eine Gesellschaft gesellschaftlich und politisch relevante Fragen diskutiert. Er ermöglicht Gruppen, ihre Positionen in die öffentliche Diskussion einzubringen, anderen Gruppen, darauf zu reagieren. Auf diese Weise kann ein argumentativer Diskussionsprozess über die Fragen, die viele betreffen, in Gang kommen, der unterschiedliche Perspektiven einbezieht, Lernprozesse ermöglicht und die Qualität und Rationalität von Entscheidungen stärkt und die Beteiligung der Zivilgesellschaft am politischen Geschehen ermöglicht. Ob und wie Massenmedien einen Raum der Öffentlichkeit schaffen, ist von Strukturbedingungen abhängig. Im Blick auf das Thema „Familie und Medien“ ist auch zu fragen, ob Familien die kommunikative und organisatorische Potenz haben, über Verbände ihre Anliegen in die Öffentlichkeit zu tragen.
- c) Medien dienen der Unterhaltung. Als Unterhaltung kann eine solche Form der Nutzung von Medienangeboten verstanden werden, bei der es nicht bzw. nur nachrangig auf Orientierung und Information über die äußere Welt ankommt, sondern auf die Erzielung eines angenehmen und intensiven inneren Erlebens. Unterhaltung ist selbstzweckhaftig, sie ist verbunden mit einem Heraustreten aus dem Bereich der alltäglichen Notwendigkeiten. Unterhaltung hat allerdings zugleich einen kontrapunktischen Bezug zur Alltagswirklichkeit, die in der Unterhaltung in verschiedener Weise aufgegriffen wird. In der Entfernung vom eigenen Alltag, im Eintreten in andere Situationen, Lebensweisen und Wertorientierungen kann durchaus auch ein veränderter Blick auf die eigene Lebenswelt möglich werden. Gerade die Fernsehunterhaltung bringt uns die Pluralität unserer Gesellschaft, die Vielfalt von Lebenswelten, Lebenszielen und Lebensstilen am nächsten – bis in die Wohnzimmer, aber doch immer in der Ferne des Fiktionalen und des Abschaltbaren, die vor allzu direkter persönlicher Inanspruchnahme schützen. Über die Wirkungen – Konservatismus, Relativismus, Hedonismus, Narzissmus – kann Verlässliches nicht gesagt werden. Doch unterhaltsame Medieninhalte bieten ebenfalls Hilfestellungen bei der eigenen Sinnsuche, können Wissen anschaulich transportieren und somit zur Orientierung in der Lebenswelt einen Beitrag leisten. Und zwar dann, wenn sie nicht nur Selbstzweck bleibt, sondern die vielfältigen Interessen der Mediennutzenden, die der Kinder und die der Erwachsenen nach eben dieser Sinnsuche und Orientierung ernst nehmen.

3. Familie als Kommunikationsgeschehen – Qualitäten und Leistungen familialer Interaktion

Familie besteht in Kommunikation, Medien sind eine spezifische Form der Kommunikation. Wenn man über das Verhältnis von Familie und Medien nachdenken will, dann bietet sich der Begriff der Kommunikation als verbindendes Element an. Es ist dann zu fragen, in welcher Weise Medien die Kommunikation in der Familie beeinflussen, in welcher Weise Medien berücksichtigen, dass sie in Familien hineinwirken und für die Familien bedeutsam sind und welche Formen der Kommunikation in Bezug auf Medien überhaupt in Familien stattfindet.

Diese Fragen werden dadurch komplizierter, dass es nicht „die“ Familie und „das“ Medium und „die“ Familienkommunikation gibt. Der Medienumgang von Familien kann nicht auf eine „fixe“ Formel gebracht werden. Seine Formen sind vielfältig. Neben Schicht, Wohnlage, Milieu, sozialer Situation, Möglichkeiten der Freizeitaktivitäten spielen beim Umgang mit Medien auch Familienkonstellation, Familienklima und Erziehungsstil eine Rolle.

Die grundlegende Bedeutung der Kommunikation in Familien sollte ihrer Intention nach einen langfristigen und verlässlichen Charakter haben. Sie bezieht sich im besten Fall auf den Anderen in allen seinen verschiedenen Dimensionen und meint ihn als Person. Kommunikation unterscheidet sich dadurch von anderen Kommunikationsbeziehungen, in denen der Einzelne nur in spezifischen Facetten oder Funktionen wahrgenommen wird oder die nur kurzfristigen Charakter haben. Die langfristige und umfassende Qualität familialer Beziehungen macht ihren Wert und ihre Attraktivität aus, die gerade angesichts der Zunahme versachlichter und funktionspezifischer Kommunikationsweisen in der modernen Gesellschaft an Bedeutung gewinnt. Deswegen sehen die meisten Menschen unserer Gesellschaft, die in Familie leben, Familie als den wichtigsten Bereich ihres Lebens an¹⁰.

Das Netz familialer Kommunikation differenziert sich intern in Kommunikation der Eltern untereinander, Eltern-Kind-Kommunikation und Geschwisterkommunikation. Eine gute Partnerschaftskommunikation und eine gegenseitige Unterstützung der Eltern in der Erziehung bestimmt auch die Eltern-Kind-Kommunikation mit.

Für das Kind ist die Familie der erste und wichtigste Kommunikationsraum. In den grundlegenden Erfahrungen von Wärme und Schutz, Geborgenheit und Annahme, Geliebt werden und Lieben, Streit und Versöhnung, Zusammengehörigkeit und Anderssein in der Familie erfährt sich das Kind im Spiegel der Interaktionen selbst, erlebt sich als wertvoll und entwickelt Selbstbewusstsein und Identität. In der Familie werden Kultur und Werte vermittelt und Persönlichkeit und Charakter gefördert. In Familien bildet sich auch die Fähigkeit von Menschen heran, soziale Beziehungen einzugehen und solidarisch zu handeln. Familien erbringen so grundlegend wichtige Leistungen für die gesamte Gesellschaft, weil Gemeinschaftsfähigkeit und Kooperation unverzichtbar sind für das Fortbestehen, die Leistungsfähigkeit und Lebensqualität moderner Gesellschaften, für die Fortentwicklung der Zivilgesellschaft und für eine funktionsfähige Demokratie. Wenn man es in ökonomischer Sprache formulieren will, so hat man festzustellen, dass auch in der Kommunikation der Familie „Humanvermögen“ gebildet wird, dessen Wert die im Wirtschaftssektor erstellten Güter und Dienstleistungen deutlich überschreitet¹¹.

Medienkommunikation in der Familie ist nicht von der Familienkommunikation zu trennen. Medienrezeption findet vorwiegend im Kontext von Gesprächen statt: Dagegen sind sowohl die „screen-to-face“- als auch die „face-to-face“-Kommunikation Grenzfälle des Kommunizierens. Auch die „face-to-face“-Kommunikation ist stark durch Bezüge auf mediale Ereignisse geprägt. Beim gemeinsamen Fernsehen z.B. sind Rezeption und personale Interaktion häufig verbunden. Mediale Ereignisse sind Gesprächslieferanten.

Das Reden über Medien insgesamt gehört leider nicht in allen Familien zu einem selbstverständlichen Bestandteil der alltäglichen Kommunikation, dabei kann dieser Austausch in den

¹⁰ Studie Allensbach für „Eltern“

¹¹ Vgl. Fünfter Familienbericht

Familien sowie in den Gleichaltrigen-Gruppen wichtige Funktionen erfüllen. Denn das Sprechen über Serien oder Spielfilme erlaubt es den Familienmitgliedern, die Mediengeschichten abzuwandeln und beim Erzählen ihre eigenen Erfahrungen und Gefühle mit einzubeziehen. Was das Sprechen über Medien in den Familien betrifft, so teilen die Eltern mit, dass ihre Töchter und Söhne ihnen oftmals ausführlich von Spielfilmen oder Serien berichten, und so deutlich wird, was den jeweiligen Jugendlichen innerlich beschäftigt.

Entgegen der geläufigen Auffassung, dass die Medien die Familienmitglieder voneinander isolieren, wird in manchen Familien meist sehr viel über Medien geredet. Dieses gemeinsame Reden über Medien findet etwa bis zum 15. Lebensjahr statt. Ab dem 16. Lebensjahr nimmt dies wieder ab und geht einher mit der Abnahme des (gemeinsamen) Fernsehens sowie dem Wunsch der Jugendlichen, sich mehr mit den Freundesgruppen zu treffen sowie sich mehr von den Geschmacksvorlieben und Alltagsgewohnheiten der Eltern abzusetzen. Ferner werden in diesem Alter die Themen Schule, Ausbildung, Studium, Beruf und die positiven und negativen Erfahrungen mit ihren Freundschaften wichtiger. Beide Generationen lassen voneinander los, werden selbständiger und grenzen sich über ihre unterschiedlichen Medien- und Geschmacksvorlieben voneinander ab. Die Beschäftigung mit Medien wird für Eltern und Jugendliche gleichermaßen zu einer „Zeit für sich“ sowie zu einer „persönlichen Angelegenheit“. Der Medienumgang in den Familien beginnt mit dem gemeinsamen Handeln und mündet im Individuellen.

Eltern sind das unmittelbare Vorbild im Umgang mit Medien. Wie Eltern mit Filmen, Serien, Musik und Büchern umgehen, das schauen sich die Töchter und Söhne von ihnen ab. Im Lauf der Jahre entsteht dabei ein familien-spezifisches kulturelles Erbe, das von den Jugendlichen dann ab dem 14./15. Lebensjahr stark in Frage gestellt wird, indem der häuslichen Kultur die eigenen Vorlieben und Interessen entgegen gesetzt werden. Doch trotz dieser Rebellion und Abgrenzung bleibt ein Teil dieses kulturellen Erbes erhalten¹².

Die persönliche Auseinandersetzung mit dem eigenen Medienkonsum, die sich nicht nur um die Menge des Konsumierten sondern auch an seinen Inhalten und Darstellungsformen festmacht, ist wichtig. Dies ist vornehmlich eine alltagspraktische Angelegenheit, für die sich Eltern, aber auch Lehrerinnen und Erzieher Zeit nehmen müssen. Das bedeutet auch, das sie wissen müssen, was Kinder konsumieren, wie sie die Inhalte verstehen. Nicht alle Eltern sind in der Lage, dies zu erfassen bzw. es als selbstverständlich anzusehen.

Die beziehungsgestaltenden Funktionen von Medien, wie z.B. des Fernsehens, so Hurrelmann "werden in dem Moment für die Familiendynamik gefährlich, wo sie über bestehende Spannungen nur hinwegtäuschen, Konflikte wegbügeln und notwendige Veränderungen des Familiensystems verhindern. In Familien, die das Fernsehen in dieser systemstabilisierenden Form nötig haben, ist Medienerziehung kaum möglich, da das Medium soziale Funktionen an sich bindet, auf die wegen der Brüchigkeit der Familienkonstellation nicht verzichtet werden kann. Mit dem Fernsehen ihrer Kinder verbinden die meisten Erwachsenen aber überhaupt kein erkennbares Konzept von Medienkompetenz. Sie versuchen, ihre Kinder vom Fernsehen fernzuhalten oder nehmen hin, dass es zum Alltag irgendwie dazu gehört. Eine Idee von den möglichen Leistungen des Mediums für die symbolische Welterfahrung der Kinder ist in den Familien kaum erkennbar. Hier zeigt sich besonders deutlich, wie wichtig Elternberatung und -arbeit im Zusammenhang mit medienpädagogischen Inhalten ist. Eine positive Vorstellung davon, was man lernen muss, um die Informations- und Unterhaltungsangebote des Mediums für sich selbst optimal zu nutzen, haben nämlich die wenigsten Eltern."¹³

¹² Vgl. Jürgen Barthelmes/Ekkehard Sander: Erst die Freunde, dann die Medien. Medien als Begleiter in der Pubertät und Adoleszenz. Medienerfahrungen von Jugendlichen, Band 1, Pubertät und Adoleszenz. Medienerfahrungen von Jugendlichen, Band 2, München 2000.

¹³ Bettina Hurrelmann, aus: Text eines Vortrags, gehalten am 23.10.1998 auf einer Konferenz des Südwestrundfunks, "Mediensozialisation und Medienverantwortung".

4. Die ökonomische, kulturelle und soziale Situation von Familien und die Bedingungen für die Mediennutzung

Einfluss durch interne Strukturen

Das tradierte Familienbild – miteinander verheirateter Eltern und ihre Kinder – beschreibt auch heute die Situation der deutlichen Mehrheit der Familien (knapp 80 %) zutreffend, auch wenn oft – nicht zuletzt durch die Medien – ein anderer Eindruck erweckt wird. Dennoch ist die "traditionelle" Kleinfamilie, bestehend aus Vater, Mutter und einem Kind, nur noch eine mögliche Familienform neben vielen anderen. Alleinerziehenden-Familien und nicht-eheliche Lebensgemeinschaften mit Kindern haben zugenommen und kinderreiche Familien gibt es immer weniger. Der Geburtenrückgang ist allerdings nicht durch eine rückläufige Kinderzahl in den Familien, sondern durch eine rückläufige Zahl von Familien bedingt, insofern ist die Zahl der Einzelkinder kaum steigend.

Die Formen des Zusammenlebens in der Familie haben sich geändert und sind vielfältiger geworden: Alleinerziehende Mütter und Väter oder Eltern, die beide erwerbstätig sind, bieten ein anderes Familienleben an als jene Familien, in denen nach althergebrachter Weise der Vater das Geld verdient und die Mutter allein für die Kinder und den Haushalt sorgt. Die zunehmende Erwerbsbeteiligung beider Eltern ist strukturell relevant, da sie eine quantitative Verringerung der Eltern-Kind-Kommunikation in Verbindung mit einem früheren und intensiveren Kontakt des Kindes zu außerfamilialen Interaktionsweisen mit sich bringt.

Auch die Eltern-Kind-Beziehung hat sich verändert. In der Generationenbeziehung hat sich das Prinzip der Elternverantwortung in der Neuzeit intensiviert. Im Blick auf die Veränderung der Eltern-Kind-Beziehung erscheinen folgende Gesichtspunkte wichtig: Eltern wird – zum einen, weil Elternschaft heute einer bewussten Entscheidung für das Kind bedarf, zum anderen durch das Vordringen der Pädagogik – sehr viel stärker Verantwortung nicht nur für die Versorgung der Kinder, sondern für deren gesamte Entwicklung zugesprochen. Sie haben die Voraussetzungen für eine optimale Entwicklung ihrer Kinder zu sichern. Aufwand und Einsatz der Eltern für Erziehung und Ausbildung nehmen immens zu. Darüber hinaus führt die stark steigende Komplexität der modernen Gesellschaft zu erheblich komplizierteren Rahmenbedingungen für die Erziehungsprozesse. Eltern sind heute in ungleich intensiverer Weise und für einen erheblich längeren Zeitraum innerlich und äußerlich verpflichtet, für ihre Kinder da zu sein, auf sie einzugehen und sie – in materieller und immaterieller – Weise zu unterstützen.

Zugleich verändert sich das Eltern-Kind-Verhältnis. Es wird – wie die Partnerbeziehung – wesentlich emotionaler und partnerschaftlicher; der materielle und soziale Kindernutzen tritt in den Hintergrund bzw. verkehrt sich – was die materielle Seite betrifft – in sein Gegenteil. Auch die Eltern-Kind-Beziehung gründet sich heute stärker auf Liebe, in der aber – anders als in der Partnerschaft – Kündigungsmöglichkeit nicht vorgesehen ist. Die Dimension der Autorität und des Gehorsams verliert an Bedeutung zugunsten eines Erziehungsstils, der stärker an Kommunikation, Gleichberechtigung und gemeinsamem Aushandeln von Regeln orientiert ist (was natürlich noch einmal altersspezifisch zu differenzieren wäre). In den Veränderungen des Erziehungsstils schlägt sich sicher auch nieder, dass Erziehung immer weniger als ein Hineinführen der Kinder in eine halbwegs klare, feststehende Welt zu verstehen ist, sondern immer mehr die Befähigung meint, in einer unüberschaubaren Welt Regeln und Kriterien zu finden, die es erlauben, mit der Überkomplexität und der Pluralität zurecht zu kommen.

Um keine Familienidylle zu beschreiben, darf man Herausforderungen und Risiken der Familienkommunikation unter den Bedingungen der Moderne nicht übersehen. Die sozialen und kulturellen Lebensformen in der Familie haben sich ebenso geändert wie die ökonomischen Bedingungen.

Eine Schwierigkeit liegt in der Pluralität der modernen Gesellschaft. Angesichts unterschiedlicher Herkunft, Lebensgeschichten und Wertorientierung steht schon das Paar vor der Herausforderung eine gemeinsame Welt zu schaffen, erst recht stellt sich diese Herausforderung bei der Familiengründung mit Blick auf das Kind. Familie braucht zumindest rudimentär ge-

meinsame Vorstellungen von dem was wertvoll, was gut ist; wie man handeln soll, was Leben gelingen lässt. Kinder können nicht einfach in eine Pluralität von Welten hineinwachsen, sondern sie brauchen eine Welt, die ihnen Orientierung und Sicherheit gibt. Auf dieser Grundlage können sie im Laufe ihres Heranwachsens sehen, dass Andere anders leben, sich mit anderen Lebensweisen auseinandersetzen und zu ihrer eigenen Lebensgestaltung finden.

Fällt die Orientierungsleistung des eigenen Elternhauses aus, sind die von ihm vermittelten Orientierungen sehr inkonsistent oder kaum reflektiert und kommunizierbar, so sind damit unter den modernen Bedingungen Risiken des Orientierungs- und Sinnverlusts und Schwierigkeiten der Identitätsfindung verbunden.

Kinder kommen heute sehr früh mit Pluralität in Berührung. Teilweise schon in Kinderkrippen, spätestens in Kindergarten und Schule erleben sie andere Sozialräume, aber auch andere Lebensweisen. Auch Medien transportieren die Vielfalt von Ereignissen, von Lebensweisen und Werten mitten in die Familien hinein. Der Umgang damit muss sicherlich je nach Alter der Kinder unterschiedlich sein: Am Anfang wird das Gewicht sicher stärker auf einem Bewahren der Kinder vor Medieninhalten liegen müssen, die sie nicht verstehen und verarbeiten können, die sie verunsichern und ängstigen und die mit den Wertorientierungen der Familie nicht vereinbar sind. „Bewahrpädagogik“ hat ihren Ort in der Erziehung. Später oder auch dann, wenn ein Bewahren der Kinder vor medialen Inhalten nicht gewährleistet werden kann, muss die Verarbeitung und Bearbeitung der manchmal auch beängstigenden und irritierenden Medieninhalte im Gespräch der Familie im Vordergrund stehen. Noch später werden sicherlich die Jugendlichen über ihre Mediennutzung alleine entschieden und sie auch weniger im Familienkontext reflektieren, aber in der Regel andere Gesprächsräume (etwa Peer-groups) haben, wo sie darüber reden können. Aber selbst dann noch wird Bewahrpädagogik einen Rest von Bedeutung haben, wenn man der Meinung ist, dass im Interesse ihrer Entwicklungen Jugendlichen nicht alle Medieninhalte zugemutet werden und sie nicht Zugang zu Allem haben sollten¹⁴.

Die Errichtung einer gemeinsamen „Familienwelt“, ihre Weiterentwicklung angesichts von Entwicklungen innerhalb und von Einflüssen außerhalb der Familie, die Abstimmung von Plänen und Interessen, die Konkretisierung von Handlungsregeln angesichts neuer Situationen etc. – alle diese Prozesse beruhen auf Kommunikation in der Familie. Familien müssen kommunikative Leistungen erbringen wie nie zuvor. Diese erfordern hohe Kommunikationskompetenz und überfordern wahrscheinlich nicht selten die kommunikativen Fähigkeiten der Familienmitglieder. Neben dem Gedanken, dass unsere Gesellschaft durch einen intensiveren, rationaleren Wertediskurs und eine Verdeutlichung der Wertgrundlagen, die unsere Gesellschaft über ihren Pluralismus hinweg zusammenhält, von einigen weltanschaulichen „do-it-yourself“-Leistungen entlastet werden könnte, bleibt vor allem die Aufgabe der Stärkung der Kommunikationskompetenzen. Aus der Partnerschaftsforschung ist bekannt, dass das Gelingen von Partnerschaft in hohem Maße von der Kommunikationsfähigkeit abhängt und dass Kommunikationskompetenz lehr- und lernbar ist. Für die Bildungsinstitutionen ist dies eine wichtige Aufgabe. Kommunikationskompetenz kann dabei allerdings nicht nur und nicht primär als Inhalt vermittelt werden, sondern wird auch in der kommunikativen Form, in der sich etwa der Kindergarten oder die Schule selbst darstellt, in der sie Konflikte und Wertfragen bearbeitet und ihre Schulkultur gestaltet, gelernt. Kommunikationskompetenz ist auch ein basales Element der Medienkompetenz.

In manchen Familienkonstellationen und -situationen stellen sich Herausforderungen und Belastungen der Kommunikation verschärft dar. So müssen etwa in Familien von Alleinerziehenden die Orientierungs- und Erziehungsleistungen von einem Erwachsenen, ohne die Möglichkeit der Abstimmung und der gegenseitigen Unterstützung durch den/die Partner/-in erbracht werden. Hier ist sicherlich besonders wichtig, dass Räume des Austauschs mit anderen Eltern über Erziehungsfragen zuverlässig zur Verfügung stehen. Ebenso ist die Situation ausländischer und binationaler Familien von besonderen Schwierigkeiten gekennzeichnet. Beispielhaft

¹⁴ siehe Jugend(medien)schutz

sei die Situation zugewanderter muslimischer Familien angesprochen, die mit Sprach- und Kulturproblemen zu kämpfen haben. Zwar wird hier sicherlich eine starke Familienwelt aufgebaut, die den Kindern – und auch den Eltern – Orientierung und Sicherheit gibt. Aber die Vermittlung mit der gesellschaftlichen Welt, das Hineinwachsen in andere Handlungsräume ist durch die große kulturelle Kluft erschwert. Orientierungs- und Identitätsprobleme entstehen so im zweiten Schritt, wenn die Vermittlung von kultureller Herkunft und neuer gesellschaftlicher Heimat nicht gelingt. Sprachprobleme kommen erschwerend hinzu.

Schließlich darf man nicht übersehen, dass Kommunikation in der Familie grundlegend misslingen kann. Familien können nicht nur Orte der Liebe, Annahme und gelingender Kommunikation, sondern auch Orte der Erniedrigung, der Gewalt, des Missbrauchs und misslingender Kommunikation sein. Diese Feststellung kann allerdings weder als Kritik der Familie an sich formuliert werden, da Familie alternativlos ist, noch als Kritik an der heutigen Familie vorgebracht werden, da im historischen Vergleich kaum ein Anwachsen von Gewalt und Missachtung von Kindern belegbar ist, wenn man nicht eine Idyllisierung von vormodernen und frühmodernen Familiensituationen betreiben will. Allerdings fordert das Faktum von Gewalt, Missachtung und Erniedrigung in der Familie zur Stärkung der Familien in ihrer Kommunikations- und Erziehungskompetenz, ihrem Schutz vor Überlastungen angesichts struktureller Rücksichtslosigkeit, der Ergänzung familialer Erziehungs- und Bildungsleistungen in Kindertagesstätten und Schulen sowie zu rechtlichen Regelungen und politischem Handeln zum Schutz des Schwächeren in der Familie auf. Diese Maßnahmen werden in aller Regel nur mit und nicht gegen die Familien erfolgversprechend gestaltet werden können.

Einfluss durch externe Strukturen

Franz-Xaver Kaufmann und der 5. Familienbericht sprechen von der „strukturellen Rücksichtslosigkeit“ der Gesellschaft gegenüber der Familie. Zum Ausdruck gebracht wird, dass andere gesellschaftliche Bereiche wenig Rücksicht auf die Erfordernisse von Familien nehmen und die Verpflichtungen und Aufgaben, die Familienmitglieder in ihrer Familie wahrzunehmen haben, keine Berücksichtigung finden.

Davon sind auch Entwicklungsmöglichkeiten und Lebenschancen der Kinder betroffen. Mit Blick auf das Thema „Familie und Medien“ sind insbesondere Einschränkungen benachteiligter Familien bei der Medienkommunikation zu bedenken, denn sie ist wesentlich an ökonomische Möglichkeiten gebunden. Die Mediennutzung in der Familie hängt auch von deren Zahlungsbereitschaft und -fähigkeit ab.

Die Zugangsmöglichkeiten für Familien im unteren Einkommensbereich zu einer ausreichenden Beteiligung an der Medienkommunikation, die ein existenzieller Faktor der Beteiligung am gesellschaftlichen Leben darstellt, sind insofern abzusichern. Die Nutzung von Fernsehen und Hörfunk scheint – wie die Geräteausstattung der Haushalte zeigt – weitgehend gesichert. Die neben den Gerätekosten anfallenden Rundfunkgebühren sind Familien bereit zu tragen; notfalls ist eine Gebührenbefreiung möglich. Weniger gesichert scheint das Abonnement einer lokalen Zeitung, die unabdingbar ist, um über das lokale Geschehen informiert zu sein. Lokaler Rundfunk leistet in der Regel allenfalls eine rudimentäre Lokalberichterstattung. Die Nutzung von Zeitschriften für Kinder wie für Erwachsene ist relativ kostenintensiv und wohl erheblich von der finanziellen Situation abhängig. Der Zugang zu Büchern ist eher durch kulturelle als durch finanzielle Barrieren behindert, da öffentliche Büchereien prinzipiell einen kostenlosen oder günstigen Zugang ermöglichen. Internet ist durch Geräteausstattung wie durch Verbindungsgebühren trotz der weitgehenden Kostenfreiheit der Angebote finanziell aufwändig und setzt hohe technische Kenntnisse voraus.

Viele der familiären Probleme, die sich im Bereich der Mediensozialisation der Kinder zeigen, sind durch Medienpädagogik allein nicht zu beheben, so Bettina Hurrelmann „Dies gilt insbesondere für die ökonomische und ökologische Benachteiligung von kinderreichen Familien,

aber auch für die schwierige Situation der Alleinerziehenden, deren Anzahl rapide wächst. Es hat sich mittlerweile herumgesprochen, dass Kindererziehung eine Investition in die Altersversicherung aller Gesellschaftsmitglieder darstellt, die sich finanziell für die einzelne Familie nicht auszahlt und auf die auch soziokulturell keinerlei Rücksicht genommen wird. Die Entwicklungen im Medienbereich zählen zu dieser Art gesellschaftlicher Rücksichtslosigkeit gegenüber den Belangen von Familien. Sie verlangen immer mehr materiellen und vor allem auch pädagogischen Aufwand. Kein Wunder, dass Einzelkind-Familien mit der Mediensozialisation offenbar am reibungslosesten zurecht kommen. Wer die Vereinzelung der Kinder in den Familien bedauert, muss doch auch sehen, dass man Eltern schwerlich immer mehr Erziehungseinsatz abverlangen kann, ohne die Skepsis junger Leute zu vergrößern, ob sie zu diesem Aufwand überhaupt willens und in der Lage sind.

Eltern wünschen sich familienergänzend mehr Fernseherziehung in Kindergarten und Schule. Das ist eine legitime Forderung. Inzwischen gibt es Anzeichen, dass pädagogische Institutionen hier endlich positive Standards entwickeln und sich nicht mehr bewahrpädagogisch einmauern.

Grundsätzlich sind aber die Eltern der Meinung, dass die Medienerziehung Sache der Familie selbst sei. Auf die Verantwortung der Programmacher, des Gesetzgebers, des Jugendschutzes, der Wissenschaft jedenfalls weisen nur wenige der Befragten hin. Diese Bereitschaft der Eltern zur Verantwortungsübernahme ist ernst zu nehmen. Viele Probleme mit dem Fernsehen stellen sich dann nicht mehr als Indifferenz der Erwachsenen dar, sondern als Verunsicherung – je nach familiärer Situation auch als Überforderung¹⁵.

Das Bundesforum fordert:

- Die Medien selbst müssen einen Beitrag dazu leisten, dass der Zugang zu ihnen gewährleistet und finanzierbar ist.
- Ein kostenloser Internetzugang soll für alle Familien bereitgestellt werden.
- In die betriebsinterne Qualifizierung für die Nutzung neuer Technologie und Medien sollte der Aspekt „Familie und Medien(-technologie)“ einbezogen werden
- Vor allem in Problemfamilien ist Bewusstsein dafür zu schaffen, dass das Aushandeln der Mediennutzung der Kinder und ihr größeres Mitspracherecht - pädagogisch betrachtet - eine positive Entwicklung darstellt.
- Angebote für Familien mit Migrationshintergrund müssen breitgefächert angeboten werden.

5. Gesetzlicher und erzieherischer Jugendschutz

Nach einer in der Mitte vergangenen Jahres veröffentlichten Studie des Münchener Instituts für Medienpädagogik in Forschung und Praxis (JFF) und des Lehrstuhls für Medienpädagogik und Weiterbildung an der Universität Leipzig, genießt der gesetzliche Jugendmedienschutz in Deutschland einen starken Rückhalt in der Bevölkerung. Allerdings wünschten sich vor allem Eltern mehr Information sowie „nachvollziehbare Kriterien und Regelungen“. Nahezu alle Befragten waren sich einig, dass Eltern nicht allein die Verantwortung für den Jugendmedienschutz tragen. Aktive Unterstützung erwarteten diese sich vorwiegend von den Sendern, von öffentlichen und unabhängigen Kontrollorganen¹⁶.

Zum Jugend(medien)schutz gehören neben notwendigen medienpädagogischen Anstrengungen der Institutionen von Bildung und Erziehung auch effektive Kontrollen und Selbstkontrollen der auf freiem Markt zugänglichen Medieninhalte. Natürlich ist es widersprüchlich, Produ-

¹⁵ Hurrelmann, Text eines Vortrags, gehalten am 23.10.1998 auf einer Konferenz des Südwestrundfunks, „Mediensozialisation und Medienverantwortung“.

¹⁶ vgl. medien+erziehung, 45. Jg., Nr. 5/2001, S. 293-301.

zenten auf freien europa- und weltweit organisierten Märkten kontrollieren zu wollen. Aber angesichts dieser Situation von Forderungen zum Jugendmedienschutz ganz abzusehen, ist unseres Erachtens nicht angebracht, denn die Gesellschaft ist verantwortlich für das, was jungen Menschen in Wort und Bild gedruckt oder elektronisch vermittelt wird. So ist die Prüfung durch die bisherigen Kontrollorgane (u.a. Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Schriften, Landesmedienanstalten) weiterhin notwendig. Wünschenswert wäre allerdings ein gemeinsames Kontrollverfahren aller Stellen oder ein einheitliches Kontrollverfahren einer Stelle, um Kompetenzwirrwarr zu vermeiden. Diese Kontrollorgane müssen alles tun, um vor allem junge Familienmitglieder vor ungeeigneten Inhalten zu schützen. Das gilt nicht nur für die Darstellung (sexueller) Gewalt und (Kinder-) Pornographie, Verherrlichung von Krieg und Rechtsextremismus, sondern auch für den unregelmäßigen Zugang von Jugendlichen zu Online-Shopping. Die technischen Möglichkeiten wie Vorsperrungen oder Filtersoftware, die den Zugang zu bedenklichen Seiten erschweren, sollten erweitert werden.

Handlungsbedarf

Nationale Regelungen allein werden in Zukunft keinen ausreichenden Schutz mehr garantieren können. Jugendschutz ist zu einem internationalen Problem geworden, das auf internationaler Ebene gelöst werden muss. Eine Rechtsgrundlage dazu liegt seit dem 20. November 1989 mit Artikel 17 der UN-Kinderrechtskonvention vor.

Ebenso muss die Selbstverpflichtung der Produzenten und Produzentinnen (sowie Sendern) durch freiwillige Selbstbeschränkung (wie z.B. im Rahmen von FSK und FSF) über den nationalen Tellerrand hinaus sehen. Europäische und internationale Absprachen an "Runden Tischen" haben sicher die größten Chancen, Kindern und Jugendlichen auf der einen Seite den Zugang zu allen Medien zu eröffnen, sie zugleich aber auch vor Informationen und Material zu schützen, die ihr Wohlergehen beeinträchtigen.

Letztlich sind Verallgemeinerungen unangebracht und es ist ganz konkret nach den einzelnen Sendern und Anbietern sowie ihren Programmen und Inhalten zu differenzieren. Die Einzelmedien (z.B. öffentlich-rechtliche vs. private Anbieter) und ihre Programmofferten sind danach zu überprüfen, wo sie einerseits nützlich und hilfreich sind, andererseits ihre Nutzung mit nachteiligen Folgen verbunden sein kann: Medien können Kommunikation, individuelle Entwicklung und Entfaltung befördern und behindern.

Neben dem gesetzlichen Jugendschutz muss der erzieherische Jugendschutz weiter etabliert werden. Fachleute aus den Bereichen Jugendschutz, Medienpädagogik und Gesetzgebung sind sich einig, dass die gesetzlichen Maßnahmen des Jugendmedienschutzes nicht weiter verschärft werden können und sollen, sondern vielmehr eine Stärkung des erzieherischen Jugendschutzes erfolgen sollte. Die gesetzliche Grundlage für den erzieherischen Jugendschutz wurde erstmals 1990 im neu verabschiedeten Kinder- und Jugendhilfegesetz (KJHG) geschaffen. Anders als der gesetzliche Jugendschutz, der sich ausschließlich an die Erwachsenen richtet, macht der § 14 des KJHG deutlich, dass der erzieherische Jugendschutz sich auch an Kinder und Jugendliche als Zielgruppe wenden soll. Seine Maßnahmen sollen junge Menschen befähigen, sich selbst vor gefährdenden Einflüssen zu schützen. Kritikfähigkeit, Entscheidungskompetenz und Eigenverantwortlichkeit sowie die Verantwortung gegenüber ihren Mitmenschen werden als weitere Ziele genannt. Der § 14 Abs. 2 Satz 2 des KJHG richtet sich hingegen an Lehrer/-innen, Eltern und Erzieher/-innen, die durch Fort- und Weiterbildung zu einem kompetenten Umgang sowohl mit den Kindern als auch mit den Medien angeleitet werden sollen. Dieser Ansatz versteht sich als präventiv, d.h. er zielt darauf ab, durch pädagogische Auseinandersetzung mit den und über die Medien Handlungskompetenzen im Umgang mit den Medien zu vermitteln und zu fördern.

Besonders im Kontext des Internets ist deutlich geworden, dass gesetzliche Regelungen und technische Lösungen in der Regel wenig effektiv sind und oft unwirksam bleiben. Dies war bei der Auseinandersetzung mit anderen Medien strukturell ähnlich. Deshalb wird u.a. auch von der Gesellschaft für Medienpädagogik und Kommunikationskultur (GMK) der Begriff der För-

derung von Medienkompetenz als Begriff und Handlungsorientierung in den Vordergrund auch der Aktivitäten im Bereich von Jugendmedienschutz gerückt. So entwickelt das SIFKal Projekt der GMK Jugendschutzkriterien auf europäischer Ebene auch unter dem Aspekt der Förderung von Medienkompetenz.

Es gibt zahlreiche innovative und erfolgreiche Projekte, die den erzieherischen Jugendschutz verwirklichen. Im Abschnitt „Förderung der Medienkompetenz durch private wie öffentlich-rechtliche Medienanbieter und Landesmedienanstalten“ werden einige Projekte beispielhaft vorgestellt.

Das Bundesforum fordert zur Verbesserung des Kinder- und Jugendschutzes:

- Gezielte Maßnahmen zum Schutz vor problematischen Inhalten sind anzusetzen.
- Es muss eine klare Benennung und Identifizierung der (auch juristisch) problematischen Inhalte: Gewalt, (Kinder-) Pornographie, sexuelle Gewalt, sexueller Missbrauch, Rechts-Extremismus.
- Statt Resignation aufgrund geringer Umsetzungschancen sollten Politik und Gesellschaft stärker die (freiwillige) Selbstbeschränkung der Produktionsseite einfordern.
- Die Stärkung der Position der vorhandenen Kontrollorgane bzw. gemeinsamer Kontrollverfahren ist zu erreichen.
- Die Arbeit der Freiwilligen Selbstkontrolle Fernsehen (FSF) muss unterstützt werden und ein selbstverpflichtende Bindung an ihre Empfehlungen erfolgen.
- Die Stärkung vorhandener Ansätze und Projekte zum Jugendschutz wie z.B. www.jugendschutz-net.de ist erforderlich.
- Medienübergreifende Mindeststandards müssen definiert und Medienproduzenten zu deren Einhaltung verpflichtet werden.
- Die (gesetzlichen) Grundlagen für den Schutz der Kinder vor ungeeigneten Medieninhalten müssen geschaffen und angewendet werden.
- Die fortschreitende Globalisierung – auch und gerade der Medien – hat zur Folge, dass Forderungen an die Produktionsseite ohne nationale Beschränkungen erhoben werden sollten.
- Der Kinderrechtsschutz muss auf internationaler Ebene umgesetzt werden.
- Hilfestellungen für Eltern bei der Einrichtung technischer Sicherungsmöglichkeiten für problematische Medienangebote sind verstärkt anzubieten.
- Es muss eine dauerhafte Begrenzung der Möglichkeiten von Kindern erfolgen, per Internet Produkte zu bestellen.
- Die Initiierung und Förderung Runder Tische und eine Gewährleistung der Teilnahme daran wird empfohlen.

Viele Programmzeitschriften veröffentlichen Beschreibungen und Altersklassifizierungen bzgl. ausgewählter Kindersendungen. Vielfach fehlt allerdings eine klare Qualitätsbeschreibung bzw. Empfehlung, so dass den Eltern nur bedingt Entscheidungshilfen gegeben werden. Die Bereitschaft, medienpädagogische Handreichungen zu konkretisieren und zu erweitern (beispielsweise um grundsätzlichere medienpädagogische Information und Beratung), sollten Programmzeitschriftenverlagen als Anregung unterbreitet werden. Medienpädagogische Informationen sollten in das Programm aufgenommen werden.

Das Bundesforum Familie fordert:

- Medienproduzenten/-innen sollten zum Nachdenken über neue familiengeeignete Inhalte und Themen bewegt werden.
- Als Werbetreibende sind die Firmen an ihre Verantwortung zu erinnern und in die Pflicht zu nehmen (Beschränkung bei den beworbenen Produkten und Dienstleistungen sowie den psychologischen Strategien).
- Dem hinter der Sexwerbung stehenden „Dienstleistungsbereich“ ist besondere Aufmerksamkeit und ggf. Kontrolle entgegenzubringen.

6. Die Rolle der Politik als Organ für Ansprache und Umsetzung von Forderungen

Die Rolle der Politik ist in den schon genannten Bereichen zur Gestaltung verantwortlicher Medienpolitik, bei den Regelungen zum Kinder- und Jugendschutz, der Festlegung der familienpolitischen Rahmenbedingungen für die wirtschaftliche, soziale und kulturelle Lebenssituation der Familien sowie für die Förderung der medienpädagogischen Bildungsarbeit angefragt worden. Der politische Gestaltungswille und das Initiativwerden im präventiven Bereich werden als entscheidend für die Verbesserung der Beteiligungsmöglichkeiten in der Mediengesellschaft von Kindern und Eltern angesehen. Es sind Handlungsansätze wahrzunehmen, die weniger versuchen, im Nachhinein zu gestalten und zu strukturieren. So kann der Beitrag zur Entschärfung des Problems „ungeeignete Medienangebote und ihre Wirkungen“, u.a. darin bestehen, Koordinierungsmechanismen anzubieten und alle Ebenen der Umsetzung in die Vermittlung und Steuerung einzubeziehen. Auf gesetzgeberische Maßnahmen wird in den verschiedenen Bereichen einzeln hingewiesen.

Die zentrale Forderung an die Politik besteht deshalb zunächst darin, dass sie die von ihr mitgetragenen Forderungen bezogen auf alle Ebenen nachdrücklich begleitet und unterstützt. Die unmittelbare Unterstützung besteht in der Beobachtung der (Medien- und Familien-) Entwicklung, in gesetzgeberischen Initiativen, in der Initiierung von Modellen und Projekten sowie der Forschungsförderung usw. Mittelbare Unterstützung durch Beteiligung an dem einschlägigen Diskurs hat das Ziel, das Problembewusstsein in der Gesellschaft zu stärken sowie die Bürger/-innen und Familien dabei zu unterstützen, kompetent und verantwortungsbewusst mit den neuen Medien umzugehen. Stärker als bisher sollten die auf diesem Feld bereits tätigen Instanzen gefördert, aber auch in die Pflicht genommen werden.

Das Bundesforum Familie fordert:

- Eine bewusste und stärkere Unterstützung der Familien ist vermehrt durch Angebote zur Beteiligung am öffentlichen Diskurs über „Familie und Medien“ zur Beeinflussung des Medienverhaltens zu erreichen.
- Es müssen überregionale Netzwerke geschaffen oder aktiviert werden. Die Aufgaben der bestehenden Landesmedienfunkanstalten müssen in diesem Zusammenhang nicht neu definiert, sondern in erster Linie gezielter und mit größerem Nachdruck wahrgenommen werden.
- Politik muss einen Beitrag dazu leisten, dass die Verantwortlichkeiten aufgrund der Entwicklungen der Kommunikations- und Informationsmöglichkeiten neu geregelt werden können. Entsprechend der ganz unterschiedlichen Bereiche sind die gesetzlichen Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass Beteiligung und Verantwortlichkeit in der Gesellschaft eingefordert werden kann (Einrichtungen, Institutionen, Verbände – im weitesten Sinne Gruppen, die schon jetzt Verantwortung tragen).
- Die Politik muss dazu beitragen, dass neue akzeptierte Wertprofile im gesellschaftlichen Entwicklungsprozess entstehen können, die Orientierung geben, aber auch „Reibungsflächen“ bieten.
- Die Produktionsseite ist stärker als Zielgruppe für politische Regulierungen einzubeziehen – allen Forderungen nach Deregulierung zum Trotz.
- Weltweit sind Zugang und Nutzung der (geeigneten) Medienangebote zu gewährleisten.
- Die öffentliche Förderung des Online-Zugangs, die Schaffung von Diskussionsforen und modellhaften Praxisprojekten müssen verstärkt werden.
- Die öffentlich-rechtlichen Sender und Programme sind zu erhalten.

Die Nachfrage nach medienpädagogischer Bildungs- und Beratungsarbeit nimmt ständig zu. Die Vermittlung von Medienkompetenz sieht das Bundesforum Familie als umfassenden Bildungsauftrag, an dessen Umsetzung alle Institutionen aufgefordert sind, mitzuwirken.

B. Herausforderungen für die medienpädagogische Praxis

Medienkompetenz ist in aller Munde – insbesondere als „Computerkompetenz“ wird sie von vielen gefordert. Was dabei übersehen wird, ist, dass der Mittelpunkt von Medienkompetenz nicht die Technik oder das technische Gerät ist, sondern der Mensch. Ihn zu einem kompetenten Umgang mit Medien zu befähigen, ist das erklärte Ziel nicht nur von Medienpädagoginnen und –pädagogen. Das bedeutet jedoch, dass Menschen mehr vermittelt werden muss als Technikkompetenz.

Die Erfahrungs- und Lernmöglichkeiten von Kindern und Jugendlichen haben sich grundlegend verändert. Im Umgang mit Medien entwickeln sie schon sehr früh Kompetenzen, die über die rein technische Bedienung und Nutzung von Medien hinausgehen. Kinder und Jugendliche erwerben Medienkompetenz als Teil der kommunikativen Kompetenz im Prozess der Sozialisation, und zwar im Wechselspiel zwischen Selbstbildungsprozessen und eigenem medialem Handeln auf der einen Seite und förderlichen Anregungen und Anstößen auf der anderen Seite. Der Mensch lernt beständig, intuitiv und so nebenher im Beobachten, Erfahren und Handeln und gleichzeitig durch gezielte Anstöße von außen. Auch wenn Bildungsprozesse in ihrem Kern immer Selbstbildungsprozesse sind, stehen Erwachsene doch vor der Aufgabe, ein förderliches Anregungsmilieu und einen Rahmen zu schaffen für die Entwicklung von Identität, Ich-Stärke und Medienkompetenz von Kindern und Jugendlichen.

Junge Menschen müssen in ihrem Selbstbewusstsein gestärkt werden, um eigenständig und kompetent handeln zu können. Die Vermittlung von Medienkompetenz muss eingebettet sein in eine ganzheitliche Bildung. Medienpädagogik ist Teil einer Erziehung, die Mädchen und Jungen befähigt, ihr Leben - auch mittels Medien – kreativ, autonom sozialverantwortlich zu bewältigen und zu gestalten.

In einer Welt, in der Realität zusehends auch über Medien vermittelt wird und Medien als Werkzeuge immer mehr Raum einnehmen, ist der kompetente Umgang mit diesen „Werkzeugen“ so wichtig wie Lesen, Schreiben und Rechnen. Damit wird Medienkompetenz zu einer gleichbedeutenden Kulturtechnik.

Als Kulturtechnik und Schlüsselqualifikation ist die Förderung von Medienkompetenz eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die in den Bereichen Politik, Wissenschaft, Bildung, Medien und Wirtschaft angesiedelt werden und in der Bildung von Netzwerken ein vorrangiges Ziel sehen muss. Unter dem Stichwort "Vernetzung" sind hier zum einen die bereits vorhandenen unterschiedlichen Ressourcen zu bündeln und ergänzend zusammenzuführen, zum anderen müssen zusätzliche, insbesondere finanzielle und personelle Ressourcen bereitgestellt werden.

Alle Bildungs- und Erziehungseinrichtungen haben die Aufgabe, Medienkompetenz zu fördern. Nicht zuletzt ist dabei es ihr Auftrag, Zugangsgerechtigkeit zu den neuen Medien zu schaffen und Chancengerechtigkeit im Umgang mit den Medien zu gewährleisten.

Was aber ist nun Medienkompetenz?

„Medienkompetenz ist eine moderne Ausfaltung der kommunikativen Kompetenz, über die wir alle schon verfügen. Kommunikative Kompetenz meint, dass Menschen durch Sprechen und

andere Ausdrucksgebärden sich Wirklichkeit aneignen und gestaltend verändern können.“¹⁷ Medienkompetenz stellt die Grundlage dar, um in unserer von Medien bestimmten Gesellschaft auch mit den technischen Mittlern wie Printmedien, Rundfunkgeräten oder PCs kompetent kommunizieren zu können.

Medienkompetenz umfasst verschiedene Aspekte, die in vier Dimensionen aufgefächert werden können.¹⁸

- Medienkunde
- Medienkritik
- Mediennutzung
- Mediengestaltung

Medienkunde bedeutet das Wissen über Medien, deren Strukturen, Finanzierungen, Angebotsformen und Inhalte sowie die Unterschiede zwischen öffentlich-rechtlichen und privaten Medien.

Medienkritik bezieht sich auf die kritische Auseinandersetzung mit Medien: hier geht es um die Reflektion darüber, welche Abbildungen und Darstellungen von Realität mit welchem Interesse in den Medien angeboten werden und inwiefern sie mit der Wirklichkeit übereinstimmen. Des weiteren beinhaltet diese Dimension, das kognitive und affektive Medienerleben wahrzunehmen und zu reflektieren. Medienkritik bedeutet darüber hinaus auch Filterfähigkeit, also aus der Vielfalt von Angeboten auswählen und sie bewerten zu können.

Mediennutzung umfasst sowohl die rezeptive als auch die aktive Nutzung der Medien. Unter rezeptiver Mediennutzung ist die mehr oder weniger bewusste Auswahl von Medieninhalten/-produkten zum Genuss, zur ästhetischen Wahrnehmung oder zur Unterstützung bei der Suche nach Problemlösungsstrategien zu verstehen.

Aktive Mediennutzung ist Ziel der handlungsorientierten Medienarbeit. Medien werden eingesetzt, um eigene Inhalte für eine größere Öffentlichkeit aufzubereiten und mit dieser zu kommunizieren. Diese je nach Medium unterschiedlichen Formen der Kommunikation haben auch Auswirkungen auf Kommunikationsstile und somit auf Kommunikations-, Lern- oder Arbeitsklima. Mediennutzung beinhaltet also auch, die medienbezogenen Kommunikationsformen adäquat einzusetzen.

Mediennutzung in der medienpädagogischen Praxis soll immer auf eine Ich-Stärkung abzielen. Die Entwicklung der eigenen Identität bildet den Mittelpunkt der handlungsorientierten Medienpädagogik.

Aktive Mediennutzung kann zu einer kompetenten Teilnahme am gesellschaftlichen Leben führen. Dies gilt für alle Mediennutzer/-innen, nicht zuletzt jedoch für gesellschaftlich benachteiligte Gruppen wie beispielsweise Menschen mit Behinderungen, denen Medien eine selbstorganisierte Gestaltung und Bewältigung des Alltags ermöglichen und somit die Selbstbestimmung gerade dieser Menschen unterstützen und fördern.

Mediengestaltung als vierte Dimension von Medienkompetenz ermöglicht neue Ideen und Vorstellungen auf technischer wie inhaltlicher Art umzusetzen. Sie trägt dazu bei, dass Medien allen Menschen zur Bewältigung ihres Lebens zur Verfügung stehen.

1. Förderung der Medienkompetenz im Bereich der Elternbildung, Arbeit mit Familien und Beratung von Familien

¹⁷ Baacke, Dieter: Statement zu Medienkompetenz in: Schell u.a. (Hrsg.): Medienkompetenz: Grundlagen und pädagogisches Handeln. München, 1999.

¹⁸ Die folgenden Dimensionen sind zur analytischen Darstellung untergliedert, die Reihenfolge bedeutet jedoch keine Hierarchisierung. Je nach Methodik wird die Abfolge dessen, was vermittelt wird, anders gewählt.

Die Familie ist der Ort, an dem Kinder am nachhaltigsten am Beispiel ihrer Eltern erfahren, wie Medien in den Familienalltag eingebettet sind.

Schon im frühen Kindesalter fragen sich die Eltern, wie sie ihre Kinder optimal fördern können. Neben der Anbahnung sozialer Kontakte in Spielkreisen und Eltern-Kind-Gruppen erhalten viele Kinder unterschiedlichste Förderangebote und Lernanreize in Turn- und Musikgruppen, English for Kids und Computereinsteigerkursen. Nicht erst seit den Ergebnissen der Pisa-Studie haben die neuen Medien, insbesondere das unüberschaubare Angebot an Edutainmentprogrammen und Lernsoftware für Kinder einen hohen Stellenwert bei Kindern und Eltern. Eltern suchen Orientierung und Hilfen auf die Frage, ob und wie sie ihr Kind auch mit Hilfe dieser Programme fördern können. Sie wollen wissen, was sie selbst tun können, um die Bildungschancen ihrer Kinder zu verbessern.

Eltern, besonders Mütter, erhoffen sich von den unterschiedlichsten Angeboten an Edutainmentprogrammen und Lernsoftware, die Kinder auf die Schule vorzubereiten und gezielte Lernhilfen bereit stellen zu können. Sie möchten sich gleichzeitig damit auseinandersetzen, wie ihr Kind das Lernen lernt und wie sie selbst einen Zugang zu den neuen Medien finden, um auch wieder einen Anschluss an die Anforderungen im Berufsleben zu bekommen.

Umfangreiche Forschungen zur Wirkung der Kindersendung *Sesamstraße* und zum *Head-Start-Program* in den 60er Jahren in den USA haben gezeigt, dass der Erfolg von Bildungsprozessen wesentlich davon abhängt, in welchem Ausmaß es gelingt, die Eltern und das gesamte soziale Milieu in die pädagogische Arbeit mit einzubeziehen.

Aufgabe der Medienpädagogik im Bildungsprozess ist es deshalb, die Medienkompetenz von Kindern *u n d* Eltern zu stärken, denn hinsichtlich der Medienkompetenz besteht auch bei Eltern ein Defizit. Um also Medienkompetenz sowohl der Eltern als auch der Kinder zu fördern, sollte sie an den Orten verstärkt vermittelt werden, an denen Eltern *u n d* Kinder zu finden sind.

Vor diesem Hintergrund ist ein Bildungskonzept für Familien zu entwickeln, das die Kinder und Eltern sowohl mit ihrem jeweils besonderen Entwicklungsbedarf im Blick hat als auch Angebote und Formen gemeinsamen Lernens in Gang setzt.

Handlungsbedarf

Medienpädagogische Arbeit mit Familien muss die Eltern selbst als Zielgruppe im Blick haben. Viele Einrichtungen der Familienbildung und Erwachsenenbildung bieten schon sporadisch Veranstaltungen zur Medienerziehung und vereinzelt medienbezogene Beratungen im Rahmen von Eltern-Kind-Gruppen an. Es müssen jedoch in Zusammenarbeit mit Einrichtungen, in denen Eltern zusammen kommen, wie Kindertageseinrichtungen und Grundschulen vielfältige Angebote entwickelt und konkrete Hilfen angeboten werden, damit Eltern ihre eigene Medienkompetenz und medienpädagogische Kompetenz entfalten können. Es sind verstärkt gemeinsame Begegnungsorte wie Stadtteil- und Kulturzentren auch für ältere Kinder bzw. Jugendliche und Eltern zu schaffen und zu unterstützen, damit Eltern ihre Kinder als aktive und gestaltende Mediennutzer/-innen entdecken und wahrnehmen und ihr eigenes Medienverhalten reflektieren können.

Das Bundesforum Familie fordert hierzu:

- Für die Familienbildung als Bestandteil der Kinder- und Jugendhilfe sind eigenständige Fördermittel bereit zu stellen. (Es gibt eine relativ sichere Bezuschussung der Beratungsaufgaben von Kinder-, Jugend- und Familienberatungsstellen.)
- Kommunen sollten ihre Verpflichtung nach dem KJHG¹⁹, ein entsprechendes Angebot für Familien auch für diese Aufgaben vorzuhalten, unbedingt wahrnehmen.

¹⁹ Kinder- und Jugendhilfegesetz

- Multimediacamps und andere medienbezogene Familienseminare für Familien, gemeinsame Erfahrung von Kindern und Eltern, Begegnung von Familien
- Entwicklung von Materialien auf der Grundlage erprobter medienpädagogischer Projekte mit Familien insgesamt, z.B. über medienbezogene Familienseminare und Workshops für Familienberater sowie Familien- und Erwachsenenbildner.

2. Förderung der Medienkompetenz im Bereich der Tageseinrichtungen für Kinder

Die Lebenswirklichkeit der Kinder hat sich durch die neuen Medien grundlegend verändert. Schon 3- bis 6-jährige Kinder gehen selbstverständlich mit Spielfiguren, Fernsehen, Video, Hörkassetten und Computerspielen um. Auch wenn das Fernsehen bis zum Ende des Grundschulalters immer noch das Leitmedium ist, fasziniert die Kinder mit zunehmendem Alter auch der Computer, um zu spielen oder im Internet zu surfen.

Kinder drücken ihre Erlebnisse im Spiel und in Geschichten aus, deren Stoff nur allzu oft dem Fernsehen entnommen ist. Kinder wollen die Medienwelt genauso wie ihr reales Umfeld begreifen, durchschauen lernen. Wie alle ihre Erlebnisse tragen sie auch die mit Medien laut und ausdrucksstark vor sich her, im Spielen wie im Erzählen. Selbst der Umgang mit Playstation und Computer ist eingebunden in Gespräche und Spiele unter Gleichaltrigen.

Je jünger Kinder sind, desto mehr möchten sie ihre Erlebnisse – die freudigen wie die belastenden - gegenüber Eltern und Erzieherinnen mitteilen. Die Neugierde und der Wissensdrang der Kinder sind die wichtigste Grundlage für Bildungsprozesse der Kinder. Dabei sind die Kinder elementar darauf angewiesen zu erleben, dass Eltern, Erzieher/-innen und Lehrer/-innen Vertrauen haben in die wachsenden Fähigkeiten des Kindes, sich die Welt aktiv anzueignen. Wir gehen dabei von einem Bildungsbegriff aus, der Bildung als einen aktiven und subjektiven Konstruktionsprozess des Kindes beschreibt, in dem das Kind Selbst- und Weiterkenntnisse erwirbt. In diesem Rahmen ist die Vermittlung von Medienkompetenz integraler Bestandteil von Bildungsprozessen in früher Kindheit.

Kindertagesstätten beginnen langsam, sich diesem Prozess zu öffnen. Überwiegend werden immer noch medienbezogene Spiele der Kinder diskriminiert oder nicht adäquat wahrgenommen oder aufgegriffen, statt den Kindern Bildungsgelegenheiten zu eröffnen, um ihre Medienerlebnisse konstruktiv zu bearbeiten und mit Medien neue Erfahrungen zu machen.

Schon die Arbeitsgemeinschaft der obersten Landesjugendbehörden (AGOLJB) hat darauf hingewiesen, dass medienpädagogische Arbeit als konzeptionell geplantes sowie in die normale pädagogische Arbeit integriertes Vorhaben noch äußerst selten anzutreffen ist. Zu den alltäglich bevorzugten Formen der Aufarbeitung kindlicher Medienerlebnisse gehören vor allem Möglichkeiten zum Austoben oder Gespräche mit dem einzelnen Kind. Bewusst initiierte und begleitete spielerische Formen der Neuinszenierung und Weiterbearbeitung der durch Fernsehserien und –helden angestoßenen Entwicklungsthemen der Kinder kommen eher selten vor.

Im Rahmen der Schulkinderbetreuung nutzen immer mehr Kinderhorte den PC, um Kindern Spielerfahrungen am Computer unter Gleichaltrigen zu ermöglichen oder Projekte multimedial zu bearbeiten. Einige Einrichtungen haben auch schon damit begonnen, diese Arbeit konzeptionell als Baustein in ihrer pädagogischen Arbeit zu verankern.

Im Kindergartenalter gibt es ebenso erste ermutigende Versuche, den Computer für Bildungsprozesse zu nutzen. Es mangelt jedoch hier an durch Forschungsprojekte belegten Erkenntnissen, wie Kinder sich am und mit Hilfe des Computers und spezieller Kindersoftware bilden können und welche Rolle und Aufgabe für Erzieher/-innen damit verbunden sind, um (Selbst-) Bildungsprozesse von Kindern in Gang zu setzen.

Handlungsbedarf

Medienpädagogische Arbeit muss schon in frühester Kindheit beginnen. Um die bisherigen Ansätze weiter zu entwickeln, bedarf es im Bereich der Kindertagesbetreuung (wie der Schule) zweier wesentlicher Entwicklungsimpulse:

- Fachliche Unterstützung von Erziehern/-innen und Lehrern/-innen, sich auf ein neues Lernen mit den neuen Medien einzulassen, und
- Strukturelle Unterstützung durch eine verstärkte Zusammenarbeit zwischen Kindertageseinrichtungen und Mitarbeitern/-innen aus Familienbildung, Familienberatung, Erziehungsberatung, Erwachsenenbildung und medienpädagogischen Fachberatern/-beraterinnen.

Kindertageseinrichtungen verstehen sich immer mehr als Begegnungs- und Bildungsstätte für Kinder und Eltern. Es gilt, dieses Verständnis weiter zu entwickeln auch im Hinblick auf Beratung und gegenseitigen Austausch der Eltern über medienbezogene Erziehungsfragen. Kindertageseinrichtungen können ihren Ort und ihre Infrastruktur zur Verfügung stellen, um in Zusammenarbeit mit Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen der Familienbildung, Beratung und Erwachsenenbildung Eltern zu beraten und zu begleiten in Richtung Medienkompetenz.

Je mehr es Erziehern/-innen und Sozialpädagogen/-innen gelingt, sich Kompetenzen der Erwachsenenbildung und Beratung anzueignen, je mehr sie Erziehungspartnerschaft mit Eltern leben können, desto eher können auch Eltern in ihrer (Medien-) Erziehungskompetenz gestärkt werden.

Aus diesen Überlegungen leitet das Bundesforum Familie konkrete Forderungen ab:

- Die Medienkompetenzvermittlung in der Aus- und Fortbildung von Erziehern/-innen muss in allen Bundesländern verankert und ausgebaut werden.
- Die Projekte der Landesmedienanstalt in NRW und einiger anderer Landesmedienanstalten zur Medienerziehung im Kindergarten stehen exemplarisch für eine sinnvolle Entwicklung von medienpädagogischer Arbeit in diesem Feld. Um langfristig diese Aufgabe in diesem Arbeitsfeld zu verankern, sollte bei der Förderung entsprechender Fortbildungs- und Beratungsangebote auf eine enge Kooperation zwischen den bisher schon verantwortlichen Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe, u.a. den Fachberatungen für Kindertagesstätten, den Fort- und Weiterbildungsträgern, den Jugend- und Familienministerien und medienpädagogisch kompetenten Einrichtungen geachtet werden.
- Die Träger müssen Rahmenbedingungen schaffen, um die medienpädagogische Arbeit als integralen Bestandteil des pädagogischen Angebots entwickeln zu können.
- Medienpädagogische Angebote für Eltern in Kindereinrichtungen und Grundschulen zur Förderung von Medienkompetenz: um dem großen Informations- und Orientierungsbedarf von Eltern im Hinblick auf medienbezogene Erziehungsfragen Rechnung zu tragen, sollten besonders Beratungs- und Bildungsangebote sowie unterschiedlichste Formen der Information und des gegenseitigen Austausches für Eltern verstärkt werden.
- Um diese medienpädagogischen Angebote flächendeckend anbieten zu können, sind im wesentlichen dazu drei Aufgaben zu leisten:
 - die Vernetzung von medienpädagogischen Angeboten
 - die umfassende gegenseitige Information und Vernetzung von Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe, Familienbildung sowie Erwachsenenbildung einerseits und medienpädagogischer Institutionen und Organisationen andererseits und
 - die Entwicklung von Strukturen und Verfahren, damit die jeweiligen Einrichtungen, die direkt mit Eltern arbeiten, die (finanzielle) Unterstützung und das Know-how der Landesmedienanstalten und anderer medienpädagogischer Einrichtungen auch wirklich wahrnehmen können²⁰.

²⁰ Siehe auch „Förderung der Medienkompetenz durch Medienanbieter und Landesmedienanstalten“.

3. Förderung der Medienkompetenz im Bereich von Grundschulen

Das Fernsehen stellt für Kinder im Grundschulalter immer noch das Leitmedium dar. Kinder finden in den Mediengeschichten in Büchern, Kino und Fernsehen Themen, die für ihre Entwicklung von Bedeutung sind. Sie wollen sich in Traumwelten hineinversetzen und suchen gleichzeitig in den Medien Antworten auf vielfältige Fragen. Sie versuchen sich die Welt zu erklären und den Dingen auf den Grund zu gehen.

In immer stärkerem Maße entdecken sie für sich die spielerischen Möglichkeiten, die die neuen Medien in Form von Gameboy, Playstation und Computer bieten, und erproben mit Neugierde und Experimentierfreudigkeit die kreativen Potentiale des Computers.

Im schulischen Bereich haben die Medien überwiegend didaktische Funktionen bei der Begleitung und Förderung von Lernprozessen. Im Rahmen der Medienerziehung in der Grundschule standen und stehen darüber hinaus noch immer zwei Schwerpunkte im Vordergrund: die Analyse von Medien (Medienkritik) sowie der Erwerb von Wissen über Medien. Nur vereinzelt werden Mediengeschichten und –figuren in ihrer Bedeutung für die Alltagsbewältigung und Identitätsbildung von Kindern ernst genommen und aufgegriffen.

Erst seit wenigen Jahren steht die Nutzung des Computers im Vordergrund medienpädagogischer Bemühungen in der Grundschule. Nicht erst seit der Pisa-Studie wächst zunehmend die Überzeugung, dass die traditionelle Instruktionmethode, das klassische Lehrer-Schüler-Verhältnis mit ihren lehrerzentrierten Unterrichtsformen nicht mehr in eine Gesellschaft passt, in der Flexibilität, selbständiges Herangehen an Problemstellungen sowie die Fähigkeit, das Lernen zu lernen, zu den zentralen Schlüsselqualifikationen für die Zukunft der Kinder gehören. Nahezu alle Bildungsexperten/-expertinnen und Medienpädagogen/-innen betonen jedoch, dass gerade für Kinder aus benachteiligten Familien mehr getan werden müsse als der auf wenige Stunden begrenzte Einsatz des Computers im Rahmen eng vorgegebener curricularer Lernvorgaben.

In einzelnen Modellprojekten wie dem Hamburger Projekt „Lernen mit Neuen Medien“ wurde und wird versucht, den Einsatz von Computern mit geeigneter Software dazu zu nutzen, um kindgerechtere Lernumgebungen für selbstgesteuerte Lernprozesse zu gestalten. Analog zu den bekannten Lesecken wurden in den Klassenräumen Bereiche eingerichtet, die neben Sachbüchern, Nachschlagewerken, Mikroskop, Lupen, Konstruktionsmaterial und Spielen auch einen oder mehrere Computerarbeitsplätze enthielten. Diese Entwicklung steht jedoch erst am Anfang.

Im Orientierungsrahmen „Medienerziehung in der Schule“ der Bund-Länder-Kommission sowie in der Empfehlung der Kultusministerkonferenz der Länder (KMK) „Medienpädagogik in der Schule“ wird zu einer nachhaltigen Stärkung der Medienpädagogik bzw. Medienerziehung aufgerufen. Dies hat zur Erprobung unterschiedlicher Modelle schulischer Medienerziehung geführt.

Viele Lehrer/-innen zeigen zwar Interesse an den Medienthemen der Kinder. Es fehlt ihnen jedoch an Methoden und fachlichen Erkenntnissen aus Entwicklungspsychologie, Wahrnehmungspsychologie, Lerntheorie, Konstruktivismus und medienpädagogischem sowie methodischem Know-how, um angemessen die Medienerlebnisse der Kinder zu interpretieren und im Sinne einer gemeinsamen Erziehungspartnerschaft von Schule und Elternhaus bearbeiten zu können.

Im Vergleich von schulischen und außerschulischen medienpädagogischen Aktivitäten zeigt sich außerdem, dass in der Grundschule wie in vielen weiterführenden Schulen auch viele Formen aktiver Medienarbeit aufgrund begrenzter finanzieller Budgets und zeitlicher Ressourcen unterentwickelt sind.

Die Erweiterung der Zeitressourcen durch erweiterte Formen der Ganztagsbetreuung in Kindertagesstätten und Grundschulen eröffnet vielfältige Chancen für ganzheitliche in den Unterricht wie in den Freizeitbereich integrierte kreative Medienangebote, die stärker die Bedürfnisse und Interessen der Kinder im Blick haben.

Grundsätzlich ist festzuhalten, dass die Kultusministerkonferenz und die Jugendministerkonferenz verbindliche Standards hinsichtlich der Förderung von Medienkompetenz in allen Bundesländern festlegen.

Das Bundesforum Familie fordert hierzu:

- Es ist dafür Sorge zu tragen, dass bei der Entwicklung der pädagogischen und organisatorischen Konzepte für Ganztageseinrichtungen die medienpädagogischen Herausforderungen und Angebote für und mit Kindern und Eltern entsprechend Berücksichtigung finden. Eltern und Kinder in dieser Lebensspanne brauchen Raum, Zeit und professionelle Begleitung, um ihre Medienerfahrungen und Alltagsprobleme rund um Fernsehen und Computer in der Familie in einem gemeinsamen Lern- und Bildungsprozess einbringen zu können. Grundschulen als Ort von Bildung und Erziehung müssen sich zu familien- und gemeinwesenorientierten Begegnungs- und Bildungszentren weiter entwickeln.
- Grundschulen sind gemeinsam mit Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe zu Bildungs- und Begegnungszentren weiter zu entwickeln, in denen Kinder in ihren Peergroups, im Rahmen der ganztägigen Betreuung durch Schule, Hort, Hausaufgabenhilfe und Vereinsangeboten wie im Rahmen gemeinsamer Angebote für Eltern und Kinder und mit Unterstützung der freien Wirtschaft u.a. folgende Angebote wahrnehmen können:
 - kostenlose Medien-Schnupperkurse (Kinderzeitschriften, Kinderradio, Video, Computer)
 - Erwerb von Computer- und Online-Führerscheinen
 - Werkstätten zur Entfaltung eigener kreativ-künstlerischer Ausdrucksformen
 - Erprobung neuer Computerspiele
 - Angebote von Kinderkino.
 Eltern brauchen dabei besonders Unterstützung, um gemeinsam mit ihren Kindern in einen Lernprozess einsteigen zu können.
- Da sowohl Schule als auch Kinder- und Jugendhilfe häufig die gleiche Zielgruppe haben, ist eine Verzahnung oder Vernetzung der zuständigen Stellen sinnvoll und hilfreich, um gemeinsame Ziele besser verfolgen und umsetzen zu können. Das könnte durch Koordinationsstellen gewährleistet werden. So gibt es beispielsweise in München ein Koordinationsforum Kinder- und Jugendkultur, in dem die verschiedenen Referate (Schule, Soziales, Kultur) und die entsprechenden Träger/Einrichtungen versuchen, gemeinsame Ziele auszuloten und in der Arbeit umzusetzen sowie bei Veranstaltungen für oder Angeboten an die Kinder und Jugendlichen zusammenzuarbeiten.
- Medienpädagogische Fortbildungs- und Beratungsangebote sollten in verstärktem Maße für die (sozial-) pädagogischen Fachkräfte der verschiedenen Bildungs- und Erziehungsbereiche gemeinsam durchgeführt werden, um auf dieser Basis konkrete Formen der Zusammenarbeit zwischen allen Beteiligten zu initiieren.
- In ländlichen Regionen wie für Kinder aus sozial benachteiligten Familien kommen der Initiierung und Förderung medienpädagogischer Fachstellen und mobiler Angebote besondere Bedeutung zu. Schulen wie Kindertageseinrichtungen müssen über die Qualifizierung der sozialpädagogischen Fachkräfte und Lehrer/-innen hinaus dadurch unterstützt werden, dass qualifizierte medienpädagogische Experten zusammen mit ihnen Medienworkshops, Projekte, Elternveranstaltungen usw. planen und durchführen.

- Schulen brauchen für die Umsetzung aller genannten Vorhaben und Projekte eigene Mittel, über die sie im Rahmen eigener Haushaltsmittel verfügen können. Durch Erweiterung der bisherigen rechtlichen Rahmenbedingungen und einer offeneren Gestaltung bestehender Haushaltsregelungen hin zu mehr Budgetflexibilisierung sollten instituti-
onsübergreifende Projekte und Maßnahmen zwischen Schule und Jugendhilfe, Kindertagesstätten und Familienbildung und Erwachsenenbildung erleichtert werden.

Übergreifend für alle Schulstufen und Schulformen fordert das Bundesforum Familie:

- Die Ausformung von Medienkompetenz muss als Querschnittsaufgabe Eingang in die Ausbildung von Lehrerinnen und Lehrern finden, denn Medien können und sollten in allen Unterrichtsfächern eingesetzt und von den Schülerinnen und Schülern genutzt werden können.
- Des weiteren sollte schon vorhandenes Lehrpersonal durch Weiterbildungen zur Vermittlung von Medienkompetenz befähigt werden.
- Technische Ressourcen müssen zur Verfügung gestellt werden und ihre Wartung/Pflege personell und technisch gesichert sein. Es nützt nichts, wenn Schulen PCs zur Verfügung gestellt werden, wenn diese dann nicht gewartet werden können, weil das Personal und die Mittel für Reparaturen fehlen. Um das personelle Problem zu beheben, könnte z.B. für mehrere Schulen ein/e Systemadministrator/-in bereitgestellt werden.

4. Förderung der Medienkompetenz in Schulen

Sekundarstufe I

Wurden in der Kindheitsphase einzelne Medien entdeckt und erkundet, so wird in der Altersstufe der 11- bis 15/16-Jährigen das relevante Medienensemble zunehmend erweitert und in vielfältigen Formen und Funktionen in den Alltag integriert. Interessen und Aktivitäten konzentrieren sich nicht mehr eindeutig auf ein Leitmedium, auch wenn das Fernsehen weiterhin wichtig bleibt. Es gewinnen allerdings zunehmend verschiedene Medien gleichgewichtige Bedeutung. Das Wechselspiel zwischen alltäglichen und medialen Welten wird in dieser Lebensphase vielschichtiger, zum einen, weil mehr Medien diese begleitet, aber auch, weil das erweiterte soziale Umfeld mehr Anforderungen an die Jungen und Mädchen stellt, zu deren Bewältigung sie auch nach Antworten in den Medien suchen.²¹ Für die älteren Mädchen und Jungen dieser Altersgruppe bedeutet der Umgang mit Medien insbesondere in Bezug auf ihre berufliche Zukunft eine entscheidende Qualifikation.

Das Medienhandeln dieser Jugendlichen basiert auf bereits erworbenen Facetten von Medienkompetenz, die sie dann auf die neu hinzu kommenden Medien übertragen und dabei erweitern. Ihre Haltung gegenüber den Medien ist von Reflexivität, Kritikfähigkeit und ästhetischen Maßstäben gekennzeichnet. Auch das Reflektieren über die Wirkung von Medien verstärkt sich in diesem Lebensabschnitt.

Um Medienkompetenz in dieser Altersgruppe zu fördern, sind die schon ausgeformten medienbezogenen Fähigkeiten ebenso einzubeziehen wie das kognitiv-soziale Vermögen, das diese Altersgruppe für den Umgang und das Verstehen der medialen Welten bereits ausgeformt hat.

Die Schule als Sozialisationsinstanz hat in diesem Lebensabschnitt eine zentrale Position zur Förderung von Medienkompetenz. Nicht zuletzt ist es ihre Aufgabe, Zugangsgerechtigkeit zu den neuen Medien zu schaffen und Chancengleichheit im Umgang mit den Medien zu ge-

²¹ Vgl. Schell u.a. (Hrsg.): Medienkompetenz: Grundlagen und pädagogisches Handeln, München 1999, S. 128 ff.

währleisten. Folglich sollte der Auftrag der Schule auch in der Vermittlung von Medienkompetenz bestehen und entsprechend festgeschrieben werden.

Um Medienkompetenz in der Schule zu fördern, bedarf es verschiedener Voraussetzungen. Das Bundesforum Familie fordert hierzu:

- Medienkompetenz muss in zukünftige Unterrichtskonzeptionen integriert werden. Dazu wird ein integratives Konzept der Medienerziehung in der Schule benötigt, das die Integration von Medien in die einzelnen Fächer zum Inhalt hat. Zusätzlich sollen kreative produktive Angebote, wie sie in der aktiven Medienarbeit praktiziert werden, in offenen Handlungsräumen, z.B. in projektorientierten Unterrichtswochen, gemacht werden.

Schule ist ein Ort, an dem Medienkompetenz vermittelt werden muss. Um das zu unterstützen, sollten auch die zu Medientheken erweiterten Schulbibliotheken entsprechend ausgestattet werden. Sinnvoll ist es, hier Ressourcen zu bündeln und Schul- und Stadt- bzw. Stadtteilbibliotheken zusammenzulegen. So könnten Jugendliche in Gleichaltrigengruppen in der Schule an sinnvolle und kreative Mediennutzung herangeführt werden. Gleichzeitig werden Eltern, die gemeinsam mit ihren Kindern Bibliotheken aufsuchen, an Orte herangeführt, die von ihren Kindern genutzt werden. Zudem existiert dann, neben den Kindertageseinrichtungen, ein weiterer Ort, an dem Eltern bei der Ausformung von Medienkompetenz und bei Problemen mit ihren Kindern hinsichtlich deren Mediennutzung Unterstützung finden könnten²².

Sekundarstufe II

Jugendliche im Alter von 16-19 Jahren betrachten Medien als alltägliche Instrumente und nutzen sie, soweit sie Zugang zu ihnen haben, als Mittel der Kommunikation – entweder, in dem sie sie als Mittler einsetzen oder in dem sie über die Medieninhalte kommunizieren. Bezogen auf ihre berufliche Zukunft bewerten auch sie den Umgang mit Medien als Schlüsselqualifikation. Auch wenn in dieser Altersstufe das Medienhandeln eigenen Kriterien oder denen der peer-group unterliegt, kann auch hier die Ausformung von Medienkompetenz gefördert werden.

Die Forderung nach Zugangsgerechtigkeit gilt auch für die verschiedenen Schularten. Es existiert immer noch ein Ungleichgewicht in den Angeboten zur Förderung von Medienkompetenz zwischen z.B. Berufsschulen und Gymnasien.

Handlungsbedarf

In dieser Altersphase sollte neben der Nutzung der Medien zur Wissens- und Informationsaneignung und der kritischen Reflexion von Medieninhalten in stärkerem Maße als bisher der kreative Umgang mit Medien in gleichaltrigen Gruppen gefördert werden. Die Voraussetzungen, die dazu geschaffen werden müssen, finden sich in dem Abschnitt über die Grundschulen und die Sekundarstufe I.

5. Zur Rolle der offenen Kinder- und Jugendeinrichtungen

Medienpädagogische Arbeit in der offenen Jugendarbeit wie der Jugendbildungsarbeit, z.T. auch in der offenen Kinderarbeit hat eine lange Tradition im Sinne einer handlungsorientierten Medienpädagogik. Insbesondere Formen aktiver Medienarbeit (Radioarbeit, Foto, Videoarbeit und Computer) haben sich in diesen Arbeitsfeldern weitgehend etabliert. Neben der aktiven Videoarbeit entwickeln sich erste unterschiedliche Formen der Computerarbeit und der Nutzung des Internets wie des Aufbaus von Netzwerken im Internet. Aufgrund der fehlenden

²² S. hierzu auch: Bibliotheken/Mediotheken

Ausstattung vieler Einrichtungen der verbandlichen, kommunalen wie kirchlichen Jugendarbeit ist jedoch eine große Schere festzustellen zwischen Einrichtungen, die in großem Maße durch Fördermittel diesen kostenintensiven Bereich aufbauen können und besonders den Einrichtungen im kleinstädtischen und ländlichen Bereich.

Privatwirtschaftlich organisierte Unternehmen wie „Futurekids“ oder „Profikids“ bedienen besonders Kinder und jüngere Jugendliche mit spielerischen Angeboten zur Computerarbeit.

Einrichtungen der Kinder- und Jugendarbeit bedienen zwar oft das gleiche Klientel wie Schulen, unterstehen aber der Kinder- und Jugendhilfe. Auch dieser Bereich, der Kinder und Jugendliche in ihrer Entwicklung unterstützen soll, sollte die Ausformung und Förderung von Medienkompetenz zum Inhalt haben. Hier ist der Gesetzgeber gefordert, denn die Förderung Medienkompetenz und demzufolge Medienpädagogik sollten als zentrale Aufgabe Eingang in die Ausführungsbestimmungen der Länder zum KJHG finden.

Darüber hinaus ist es dringend notwendig, Strukturen und Verfahren zu entwickeln, die diesen Einrichtungen die inhaltliche und technische und somit auch die finanzielle Unterstützung gewähren, die sie für die Förderung von Medienkompetenz brauchen. Dazu sollten auch sowohl die privaten als auch die öffentlich-rechtlichen Medienanbieter in die Pflicht genommen werden.

Um die Medienkompetenz von Kindern und Jugendlichen in diesen Einrichtungen auszuführen, bedarf es verschiedener Voraussetzungen. Das Bundesforum Familie fordert:

- Medienpädagogisch geschulte Fachkräfte sollten in den Einrichtungen der Kinder- und Jugendarbeit vermehrt eingestellt und vorhandene Kräfte weiter qualifiziert werden.
- Medienkompetenz sollte in der Ausbildung von Erzieherinnen und Erziehern sowie sozialpädagogischen Fachkräften in die verschiedenen Fächer Eingang finden.
- Die Mitarbeiter/-innen der Kinder- und Jugendeinrichtungen sollten im Hinblick auf Medienwahrnehmung durch Kinder und Jugendliche und Medienwirkungen auf Kinder und Jugendliche weitergebildet werden.
- Die Einrichtungen sollten mit den notwendigen technischen und personellen Ressourcen ausgestattet werden.

Wie es der zehnte Kinder- und Jugendbericht schon fordert, sind medienpädagogische Angebote zur Computerarbeit im Bereich der offenen Kinder- und Jugendarbeit zu verstärken, um die kreativen Möglichkeiten dieses Mediums zu nutzen. Der Kinder- und Jugendbericht führt dazu aus:

Um allen Kindern einen Zugang zu den neuen Informations- und Kommunikationstechnologien zu ermöglichen und einer Chancenungleichheit entgegenzuwirken bzw. Zugangsgerechtigkeit zu schaffen, sollen Kindern folgende Angebote gemacht werden:

- Erwerb von Kompetenzen im Umgang mit Computer und Internet
- Online Info-Busse für Kinder in ländlichen Regionen
- kostenlose, werbefreie E-Mail-Adressen für Schüler/-innen (Vergabe z.B. durch Schulen)
- kostenloser Webpace und Domainhosting für Schüler/-innen.

Das in NRW angebotene Webmobil sowie die Modellprojekte der Bundesregierung „Die virtuelle Stadt“ (u.a. Berlin/Neukölln) sind Beispiele für nachhaltige Angebote für die Unterstützung der offenen Kinder- und Jugendarbeit und der Kinder und Jugendlichen im städtischen wie im ländlichen Raum. Diese Initiativen sollten in allen Bundesländern aufgegriffen und umgesetzt werden.

6. Zur Rolle von Vereinen und Verbänden

Ihnen kommt als Träger von Maßnahmen der Kinder- und Jugendarbeit aber auch der Familienbildung eine besondere Bedeutung zu. Hier sollten die Verantwortlichen aufgefordert wer-

den, in ihren jeweiligen Gliederungen auf die Förderung von Medienkompetenz hinzuwirken und die Mitarbeiter/-innen dementsprechend auszubilden. Selbst in Bereichen, in denen die Förderung von Medienkompetenz auf den ersten Blick nicht mit den Zielen vereinbar scheint, ist dies durchaus angebracht und auch umsetzbar. So kann z.B. bei Sportvereinen und -verbänden Medienkritik gefördert werden, denn die Mitglieder (Eltern und deren Kinder) haben sowohl eigene reale Erfahrungen im Sport als auch mediale. Auf diesen unmittelbaren Erfahrungswerten aufbauend kann im Vergleich von Medien und Realität Medienkritik ebenso wie Medienkunde vermittelt werden. So können sich z.B. bei Sportvereinen und -verbänden Jugendliche mit ihren Kompetenzen z.B. der Homepagegestaltung einbringen und einen Beitrag leisten zur öffentlichkeitswirksamen Darstellung eigener Belange sowie der des Vereins. Damit tragen die Sportvereine zur Integration der an den Medien orientierten Jugendkultur und der Sporttradition bei.

7. Zur Aufgabe von Bibliotheken und Mediotheken

Bibliotheken werden von allen Familienmitgliedern genutzt. Somit erlangen auch sie hinsichtlich der Ausformung von Medienkompetenz aller Familienmitglieder eine besondere Bedeutung. Sie sollten zu einem Ort des gemeinsamen Lernens und Erlebens für Kinder und für Eltern umgestaltet werden (wie z.B. Müttertreffs in Bibliotheken, Internetberatungen oder –fortbildungen u.v.m.). Das hat allerdings auch eine Umstrukturierung der Bibliotheken und eine Veränderung der Ausbildung der Mitarbeiter/-innen zur Folge.

Das Bundesforum Familie fordert

- Die Bibliotheken sollten verstärkt zu Mediotheken umgestaltet werden, in denen nicht nur Literatur, sondern auch Bild- und Tonträger sowie die entsprechenden Abspielgeräte ausgeliehen werden können.
- Bibliothekarinnen und Bibliothekare brauchen neben der Ausbildung im Bibliothekswesen auch eine sozial- und medienpädagogische Ausbildung, die die Arbeit mit Kindern und Familien sowie die Förderung von Medienkompetenz beinhaltet.
- Um Zugangsgerechtigkeit für alle zu schaffen, müssen Mediotheken verstärkt mit den entsprechenden technischen (Bild- und Tonträger, entsprechende Abspielgeräte etc.) und personellen Ressourcen (Medienwart) ausgestattet werden.

Als Beispiel soll hier die Stuttgarter Mediothek genannt werden, die neben der Ausleihe von Büchern sowie Bild- und Tonträgern quasi auch eine Art von familienorientierter Gemeinwesenarbeit leistet.

8. Förderung der Medienkompetenz durch private wie öffentlich-rechtliche Medienanbieter und Landesmedienanstalten²³

Das Leitmedium von Kindern zumindest bis zehn Jahren ist immer noch das Fernsehen. Gerade weil Kinder vom Fernsehen angetan, fasziniert sind und es freiwillig nutzen, kann es auf breiter Ebene Orientierung geben im Sinne einer Förderung von Medienkompetenz. Die Förderung von Medienkompetenz sollte deshalb im Rundfunkstaatsvertrag und in den Landesrundfunkgesetzen für die privaten wie öffentlich-rechtlichen Medienanbieter verankert sein. Dabei geht es dem Bundesforum Familie nicht nur um Maßnahmen zum Jugendmedienschutz, für die auf europäischer Ebene die Absicherung von Mindestanforderungen anzustreben sind. Das Bundesforum Familie fordert deshalb

²³ Landesmedienanstalten sind unabhängige Kontrolleinstellungen über die privaten Rundfunkanbieter.

- die Förderung einer qualitätvollen kinder- und familienfreundlichen Programmgestaltung sowie
- die Förderung medienpädagogisch orientierter Sendungen in Hörfunk und Fernsehen angestrebt werden.

Die Möglichkeiten von Rundfunk und Fernsehen bei der Entwicklung von Medienkompetenz von Kindern, Eltern und Pädagogen/-innen sind bei weitem nicht ausgeschöpft.

Sender wie ARD und ZDF sind bemüht, die Förderung der Medienkompetenz von Kindern zu unterstützen, z.B. durch Angebote der „aktiven Medienarbeit“ wie der „Trickboxx“ des Kinderkanals, in der Kindern Anleitung zur Gestaltung von Animations- und Trickfilmen gegeben wird. Dazu gibt es begleitende Eltern- und Lehrer/-innenseminare.

Für die privaten TV-Programmanbieter ist vor allem auf die vielfältigen medienpädagogischen Initiativen der RTL-Sendergruppe zu verweisen. Seit Anfang der neunziger Jahre werden – allerdings fast ausschließlich mit der Zielgruppe Lehrer/-innen und Schüler/-innen aller Schultypen, nicht Eltern oder (vorschulpflichtige) Kinder – Projekte durchgeführt, Publikationen veröffentlicht und den Schulen medienpädagogische Handreichungen in Form von Videokassetten gegeben. Die Abteilung Jugendschutz von RTL-Television hat einen Runden Tisch angeregt: Produktionsseite, Medienzentren und sonstige medienpädagogisch tätige Institutionen sollen sich beteiligen. Vielfach wird den medienpädagogischen Bemühungen der privaten TV-Veranstalter entgegen gehalten, sie seien allenfalls Ausdruck des schlechten Gewissens der Programmacher, weil das eigentliche Programm (Selbst-) Beschränkung und Anpassung an die kindlichen Bedürfnisse und Verarbeitungsmöglichkeiten weitgehend vermissen lässt.

Auch die Landesmedienanstalten fördern Projekte zur Medienkompetenzvermittlung für Kinder, Jugendliche und Erwachsene, z.B. das Projekt RABATZ der Thüringer Landesmedienanstalt (TLM), ein Projekt zur „Intensivierung der medienpädagogischen Arbeit mit Kindern und Jugendlichen in Offenen Kanälen“. Die Chancen, die Offene Kanäle zur Förderung der Medienkompetenz bieten, werden auf diese Weise optimaler genutzt. Kinder und Jugendliche können hier zu Produzenten und Produzentinnen werden und ihre eigenen Hör- und Videoproduktionen erstellen und veröffentlichen.

Der Programmführer „Flimmo“ ist ein Projekt der Programmberatung für Eltern e.V. Mitglieder des Vereins sind u.a. 13 Landesmedienanstalten und die Karl-Kübel-Stiftung für Kind und Familie. Via Internet und mit einer Gratisbroschüre ordnet er Fernsehsendungen nach drei Kategorien ein, um den Eltern bei der Einschätzung des Programmangebots zu helfen.

Die Stiftung GOLDENER SPATZ, die sich – unter Einschluss einiger privater Anbieter – für die Förderung und Verbreitung qualitativ hochwertiger Produktionen einsetzt, sei an dieser Stelle ebenfalls genannt. Alle zwei Jahre veranstaltet die Stiftung das „Deutsche Kinder-Film & Fernseh-Festival“, auf dem ein Überblick über Kinderfilme und Fernsehbeiträge gegeben wird und eine Kinder-Jury für die besten Produktionen als Hauptpreis den GOLDENEN SPATZ vergibt.

Besonders der Medienpädagogische Forschungsverbund Südwest, in dem der Südwestrundfunk sowie die Landesmedienanstalten von Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz zusammenarbeiten, hat mit seinen Videoproduktionen „Kinder und Medien“ sowie „Krabbeln – Laufen – Internet“ wegweisende Video- und Begleitmaterialien für eine altersgerechte Medienerziehung in Kindergarten, Schule und Familie entwickelt. Produktionen in dieser Art sollten vermehrt regelmäßig ausgestrahlt werden.

Mit der Sendereihe „service: Eltern. Der Ratgeber rund ums Kind“ entwickelt z.B. der Hessische Rundfunk mit Unterstützung namhafter Pädagogen/-innen und Familienberater/-innen eine Informationsreihe über Alltagsprobleme und Erziehungsfragen von Familien. Die Informationen werden parallel dazu im Internet aufbereitet. Im sich anschließenden Chat können sich Eltern mit Experten über ihre Fragen und Erfahrungen zum jeweiligen Thema auseinan-

dersetzen. Elterninitiativen, Familienverbände, Tageseinrichtungen für Kinder, Schulen sowie Familien selbst sind unmittelbarer und intensiver als bisher über die einzelnen Angebote der verschiedenen Medienanbieter, Rundfunk- und Fernsehanstalten zu informieren.

Handlungsbedarf

Diese Angebote werden in der Regel jedoch wenig genutzt von Eltern mit niedrigem Bildungsstand und hohen zeitlichen Belastungen.

Um auf breiter Ebene mehr Kinder und Eltern erreichen zu können, sollten deshalb die öffentlich-rechtlichen und privaten Sender den Auftrag des Gesetzgebers erhalten:

- Sendungen zu produzieren und zu senden, die Medienkompetenz thematisieren und vermitteln sowie beispielhafte medienpädagogische Projekte vorstellen
- kleine Spots für Fernsehen und Radio zu produzieren und zu den Seh- und Hörzeiten der Kinder und Jugendlichen zu senden, die medienpädagogisches Wissen, Anregungen zum vernünftigen Umgang mit Fernsehen, Computerspielen oder Internetsurfen vermitteln
- die Programmanbieter zu verpflichten, medienpädagogische Praxisprojekte, die Medienkompetenz vermitteln, zu fördern und zu initiieren.
- Die u.a. von den Landesmedienanstalten entwickelte Fernsehprogrammberatung für Eltern in Form des Flimmo vermittelt Eltern in anschaulicher Form medienpädagogisches Grundwissen aus Sicht der Kinder wie aus der Perspektive von Eltern und Pädagogen/innen und sollte aus diesem Grund ausgeweitet und unterstützt werden.
- Neue Formen der Beratung müssen dringend entwickelt oder ausgeweitet werden auf alle anderen Medienangebote hin, die für Kinder und Familien von Bedeutung sind, besonders auf Computerspiele und Internet. Als Beispiel soll hier das Internet-ABC, eine Internetplattform für Kinder und Familien der Bertelsmann-Stiftung, der Heinz-Nixdorf-Stiftung und der Landesmedienanstalt NRW, genannt sein.
- Die Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe, Schulen und Familienbildung müssen gezielt informiert werden sowohl über die unterschiedlichen o.a. Beratungsangebote für Familien als auch über die jeweiligen Fördermittel der Landesmedienanstalten wie anderer Institutionen zur Entwicklung medienpädagogischer Vorhaben.
- Im Sinne einer Gewährleistungsverpflichtung müssen Strukturen und Verfahren entwickelt werden, damit Elterninitiativen, Mütterzentren, Familienbildungsstätten, Kindertageseinrichtungen und Schulen die Unterstützung und das Know-How der Landesmedienanstalten und anderer Facheinrichtungen der Medienpädagogik auch wirklich wahrnehmen können.
- Es müssen Vernetzungsstrukturen geschaffen werden, die langfristig Synergieeffekte stützen. Zu diesem Zweck muss Medienpädagogik und Medienkompetenzvermittlung Bestandteil der Ausführungsbestimmungen der Länder zum Kinder- und Jugendhilfegesetz (§ 16) werden.

In einem weiteren Bereich sind charakteristische Veränderungen für Familien gegeben, die vor dem Hintergrund der Entwicklungen der modernen Informations- und Kommunikationsgeschehen, den Lebensalltag beeinflussen können.

C. Familie und Erwerbsarbeit in der Mediengesellschaft

Technische Geräte und technische Mittel erleichtern zunehmend die Erwerbsarbeit. Dabei verbindet sich beruflicher Einsatz und Erwerbstätigkeit immer mehr mit der Unabhängigkeit von Arbeitsplatzort und Beschäftigungsort. Die Privatsphäre öffnet sich als eine Option des Ortes beruflicher Tätigkeit. Die modernen Kommunikationstechniken bieten viele Vorteile für die Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben bzw. Familienleben. Gleichzeitig sind die Gefahren zunehmender Variabilität zu sehen. In dem Anspruch, ständig erreichbar zu sein oder sein zu müssen, in der möglichen Selbstaussbeutung unter ständigem Zurücksetzen persönlicher

Grenzen oder in der vorhandenen Doppelbelastung von 100%-Elternsein und 100%-Arbeitnehmer/-insein bei gleichbleibendem Mangel an Kinderbetreuungsmöglichkeiten sind Risiken gegeben.

Gerade wenn die moderne Kommunikation Arbeit flexibler, ortsunabhängiger, schneller und einfacher macht, ist parallel dazu darauf zu achten, nicht zu glauben, immer mehr und mehr arbeiten zu müssen: Erleichterungen werden so sehr schnell zu mehr Druck. Neuere Erkenntnisse sprechen gar von der Gefahr einer sogenannten psychischen Verelendung insbesondere bei älteren Arbeitnehmenden in der nicht verhandelbaren Umstellung auf neue Medien.

Vereinbarkeit von Familie und Beruf heißt, dass Beruf und Privat- bzw. Familienleben ausgewogen miteinander verbunden sind. Dort, wo Familie und Beruf im Einklang stehen, stärkt dies die Chancen aller Beteiligten. Innovative Arbeitsmittel und Arbeitsformen wie flexible Arbeitszeiten, Internet und Telearbeit bieten neue Möglichkeiten, Familie und Erwerbstätigkeit zu verbinden. Zugleich bieten die neuen Medien die Chance, Unterbrechungen im Erwerbsleben gleitender zu machen.

Doch dies ist nur die eine Seite der Medaille. Aus dem Blickwinkel der Familien ist zu fragen, welche Auswirkungen die mediengestützten Arbeitsplätze bzw. die Rahmenbedingungen dieser Arbeitsplätze, unter und mit denen die Arbeitnehmenden arbeiten und leben müssen, auf das Familienleben haben? Zu fragen ist auch, welche Erwartungen die Informationsgesellschaft bezüglich der Nutzung und Beherrschung der neuen Medien an die Familien stellt im Hinblick auf die Heranziehung zukünftiger Erwerbstätiger? Welche Unterstützung erhalten Eltern und Familien, um diesen Erwartungen und Herausforderungen begegnen zu können?

Nicht zuletzt durch die Erkenntnisse aus der Pisa-Studie ist zudem zu fragen, wie die Gesellschaft selbst diese Erwartungen in den ihr zugänglichen und zu verantwortenden Bereichen wie z.B. Schule und Kindergarten aufgreift und Lösungen zuführt? Hat sich die Bundesrepublik nicht schon längst von den Entwicklungen in anderen europäischen Ländern abgekoppelt, was die Förderung von Kindern und Jugendlichen in Bezug auf die Nutzung der Medien angeht? In Schweden beispielsweise verfügen die Schulen bereits heute über durchschnittlich ca. 500 kostenlose PC-Arbeitsplätze mit Nutzung des Internets und eigener e-mail-Adresse für die Schüler/-innen; in Deutschland sind es durchschnittlich nicht mehr als 3 entsprechender PC-Arbeitsplätze pro Schule. Um eine vergleichbare Frühförderung der Kinder vor Schulbeginn ist es in Deutschland noch magerer bestellt.

Sind die neuen Medien *die* zukunftsweisende familienbewusste Maßnahme schlechthin, wie häufig propagiert wird? Welche Handlungserfordernisse sind nötig, eine verbesserte Abstimmung von Familie und Beruf als motivierenden Faktor für z.B. Unternehmen, Betriebe, Sozialversicherungssysteme und vor allem die Kultur des Miteinanders in Gesellschaft zu implementieren?

In der Konzentration auf drei Arbeitsschwerpunkte dieses Themenkomplexes wurden für das Bundesforum Familie Umsetzungs- bzw. Handlungserfordernisse erarbeitet:

- Handlungserfordernisse im Umgang mit neuen Medien und veränderten Erwerbssituationen aus Arbeitnehmer/-innensicht
- Handlungserfordernisse in Bildung und Ausbildung für die Vorbereitung auf eine veränderte Erwerbswelt unter Einbeziehung der neuen Medien
- Handlungserfordernisse zur Realisierung familienfreundlicher Rahmenbedingungen in Betrieben, Einrichtungen, Politik und Gesellschaft – Familie als Querschnittsaufgabe

1. Handlungserfordernisse im Umgang mit neuen Medien und veränderten Erwerbssituationen aus Arbeitnehmer/-innensicht

Wandel von Familien – Förderung der Kinder ist notwendig.

Auch die Gesellschaft wandelt sich im Zuge der Globalisierung und Europäisierung. Die bisherigen gesellschaftlichen Rollen der einzelnen Geschlechter ändern sich. Bestand die Familie vor einigen Jahrzehnten noch in der Regel aus der sogenannten Kernfamilie, die sich auszeichnete durch strikte Rollenaufteilung zwischen Männern und Frauen, dem sogenannten Ernährermodell, so wandelt sich das Selbstverständnis der Geschlechterrollen hin zu einem selbstverantworteten Leben einzelner Personen. Familien lösen sich in der traditionellen Weise auf und entstehen neu als Orte, an denen Menschen zusammenleben und gegebenenfalls zusammenarbeiten.

Die Strukturen dieser Familien sind so vielseitig wie es Lebensformen in unserer Gesellschaft gibt. Kinder sind in allen diesen Lebensformen zu Hause. Die sich verändernden Strukturen der traditionellen Familien erfordern heute andere Unterstützungsformen seitens des Staates und der Gesellschaft. Familien als solche brauchen Unterstützung und insbesondere die Familienmitglieder in ihren jeweiligen Rollen und Funktionen. Kinder müssen Zeit haben heranzuwachsen und ihren Platz in der Gesellschaft suchen und finden können. Dafür ist die Gesellschaft mit verantwortlich. So sind Mittel und Wege zu finden, die Rechte der Kinder festzuschreiben, ebenso die Rechte von Familien und den Kindern und Familien weitere Förderungen zuzugestehen.

Das Bundesforum Familie fordert deshalb:

- Die Familienleistungen sind in ihrer Gesamtheit stärker anzuerkennen.
- Es muss ein gesellschaftlicher Konsens über ausreichende, verlässliche Betreuungsmöglichkeiten erreicht werden.
- Es besteht ein gleichzeitiger Strukturwandel von Familie und von Arbeitswelt – die bestehenden Korrespondenzen, die Konflikte in den gegenseitigen Anforderungen, Erwartungen und Rahmenbedingungen sind mit allen Beteiligten gleichberechtigt zu diskutieren und geeignete Lösungen zu entwickeln.

Die Segregation des Arbeitsmarktes gilt es zu überwinden.

Es ist festzustellen, dass die geschlechtsspezifische Segregation des Arbeitsmarktes in der Informationsgesellschaft eher voranschreitet. Beispielsweise wird die Telenarbeit als Bestandteil aktueller Arbeitsflexibilisierungsformen – vor allem die häusliche Telenarbeit, die zumeist eine Teilzeitarbeit darstellt - nach wie vor mehrheitlich von Frauen wahrgenommen. Demgegenüber lösen sich die traditionellen Geschlechterrollen in der Gesellschaft zunehmend auf. Aus der medienunterstützte Flexibilisierung von Arbeitszeit und Arbeitsort könnte jedoch vielmehr ein Anlass erwachsen, in der gesellschaftlichen Auseinandersetzung intensiv die traditionellen Geschlechterrollen und die Auswirkungen im Lebensalltag zu thematisieren. Durch die Veränderungen im Arbeitsleben könnte die Chance bestehen, dass Frauen und Männer sich die Familienarbeit teilen, d.h. dass mehr Männer ihrer Verantwortung für die Familie gerecht werden.

So ist es längst überfällig, Eltern beiderlei Geschlechts die Berufstätigkeit zusätzlich zur Familienarbeit zu ermöglichen. Dazu gehören Fragen der Kinderbetreuung, der finanziellen Unterstützung für den Fall eines Erziehungsjahres, die Entwicklung von Bildungsmodulen, die Qualifikationen und Wissen während der Erziehungszeiten und auch während des gesamten Berufslebens erhalten und erweitern, der gleichen Zugangschancen für Frauen und Männer in zukunftsträchtige Berufe, etc.

Das Bundesforum Familie fordert zur Verbesserung der Kinderbetreuung:

- Bedarfsorientierte und bedarfsgerechte Betreuungsangebote mit flexiblen Öffnungs- und Betreuungszeiten sowie qualifiziertem Personal sind auszubauen.
- Es ist sicher zu stellen, dass Maßnahmen des Bundes zur Förderung von Familien (z.B. Familienleistungsausgleich) nicht durch Maßnahmen der Länder und Kommunen konterkariert werden (z.B. durch die nachfolgende Erhöhung der Kinderbetreuungskosten im Kindergarten oder die Reduzierung von Betreuungszeiten, etc.).

Familienorientierte Politik ist unerlässlich.

Als problematische Aspekte bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf werden von Männern und Frauen häufig genannt, keine Zeit für sich selbst zu haben, die Arbeitswelt beeinflusst negativ die Familie, es bestehen Probleme bei der Suche nach Kinderbetreuungsmöglichkeiten, die Konzentration bei der Arbeit leidet, ebenso die Gesundheit und die Ehe bzw. Partnerschaft. Eine familienorientierte Politik, die einen ganzheitlichen Lebensansatz berücksichtigt, ist daher unerlässlich.

Das Bundesforum Familie fordert daher:

- Die veränderte Erwerbstätigkeit stellt Familien unter besondere Belastungssituationen. Die realen Belastungssituationen sollten im Rahmen einer Studie genauer erforscht werden. Gleichzeitig sollten entsprechende Unterstützungssysteme entwickelt werden.
- Der Strukturwandel in der Arbeitswelt sollte stärker auf die Auswirkungen auf Alltag und Familie untersucht werden: in Bezug auf die Spaltung der Gesellschaft (die, die nicht mitkommen) und in Bezug auf die Vereinbarkeit von Erwerbstätigkeit und Betreuungsleistungen für Kinder und/oder pflegebedürftige Angehörige.

Gemeinsame Zeiten für Familien gilt es zu ermöglichen.

Zeiten verändern sich. Waren früher der Samstag oder/und der Sonntag als erwerbsfreie Tage prädestiniert für gemeinsame Aktionen im Rahmen der Familie, so erfordern die flexiblen und flexibilisierten Arbeitszeiten heutzutage in den meisten Familienzusammenhängen komplizierte und organisierte Vereinbarungen zu einem gemeinsamen freien Tag, der den Familien die Möglichkeit gibt, gemeinsam mit den Kindern den Tag zu verbringen. Das paradoxe daran ist die Tatsache, dass zwar einerseits durch z.B. tarifliche Arbeitszeitreduzierungen, Möglichkeiten der flexiblen Einteilung von Arbeitszeiten, Gleitzeitmodelle oder Jahreszeit- statt Monatszeitmodelle für die Einzelnen mehr freie Zeit geschaffen worden ist, andererseits freie Zeit nicht gleich Familienzeit darstellt, da die freien Zeiten der einzelnen Familienmitglieder in der Regel nicht gleichzeitig herstellbar sind.

Telearbeit wird von vielen als Inbegriff für eine familienverträgliche Erwerbsarbeit gesehen: Eine Arbeit, die - durch Informations- und Kommunikationstechnologien unterstützt - räumlich vom arbeitgebenden Unternehmen entfernt durchgeführt wird, suggeriert Eltern mehr zeitliche Spielräume, die sie für ihre Familie nutzen können. Die Familienfreundlichkeit ist jedoch nicht naturgegeben. Die bereits oben angesprochenen Gefahren wie stärkerer Zeit- und Arbeitsdruck oder Fehleinschätzung der eigenen Belastungsfähigkeit bedürfen nicht nur Regeln für die Familie sondern auch gesetzlicher bzw. rechtlicher Rahmenbedingungen.

Das Bundesforum Familie fordert daraus:

- Erwerbsarbeitszeit muss verlässliche gemeinsame Familienzeit ermöglichen.

- Ein Telearbeitsgesetz und ein Arbeitnehmer/-innen-Schutzgesetz für Telearbeitsplätze ist zu entwickeln und zu verabschieden.
- Durch flexible betriebliche Vereinbarungen kann stärker als bisher Familienarbeit durch die Eltern gewährleistet werden (dies bezieht sich auch auf die Frage, was können Betriebe nicht nur zur Gewinnung von Arbeitskräften sondern auch zur Kräftebindung tun?). Hier sind die Tarifpartner/-innen gefordert.

Anpassung und Ergänzung der Unterstützungssysteme sind erforderlich.

Erwerbssituationen in der Informationsgesellschaft verändern sich. Sie sind heute gekennzeichnet durch unstete Erwerbsbiographien sowie Zeiten der Unterbrechung in der Erwerbsbiographie. Immer häufiger wird in zeitlich befristeten Projekten gearbeitet. Das verändert nicht nur das Berufsbild, es bedeutet auch Zeitarbeitsverträge, unsicherere Berufsplanung, häufigerer Arbeitsplatzwechsel, oftmals einhergehend mit einem Wechsel des Arbeitgebers. (Arbeits-)Prozesse werden beschleunigt, strukturelle Veränderungen kommen häufiger vor.

Das bisherige Modell der/des sogenannten Normalverdieners/-in (Vollzeiterwerbstätigkeit, mindestens 40 Jahre Berufstätigkeit) entspricht nicht mehr den Lebens- und Arbeitsrealitäten. Sie erfordern dringend eine Anpassung der Sozialversicherungssysteme. Darüber hinaus können Betriebe durchaus eigene Unterstützungssysteme entwickeln, die über betriebliche Altersvorsorge und gesetzliche Erfordernisse hinaus gehen.

Das Bundesforum Familie fordert:

- Vor dem Hintergrund veränderter Erwerbsbiographien sowie Zeiten der Unterbrechung in der Erwerbsbiographie ist eine weitere Anpassung der Sozialversicherungssysteme erforderlich. Dabei darf nicht abgewichen werden von dem solidaritätsgestützten Sozialversicherungssystem, das allerdings alle Erwerbstätigen bzw. alle Einkommensarten einbeziehen muss.
- Betriebe sollten stärker über Möglichkeiten nachdenken, wie eine Verbesserung der Infrastruktur für Familien auch für ihre eigene Gewinnerhöhung genutzt werden kann (z.B. Dienstleistungen für Mitarbeiter/-innen mit Kindern). Die Zufriedenheit von Mitarbeitern/-innen fördert den Unternehmenserfolg. So führt die Möglichkeit, qualifizierte Mitarbeiter/-innen auch während der Erziehungszeiten an das Unternehmen zu binden, zu verminderten Personalentwicklungskosten.

2. Handlungserfordernisse in Bildung und Ausbildung für die Vorbereitung auf eine veränderte Erwerbswelt unter Einbeziehung der neuen Medien

Zukunftsfähiges Bildungssystem – Erwerb von Schlüsselkompetenzen notwendig.

Deutschlands Bildungssystem muss Lernenden und Lehrenden Schlüsselkompetenzen vermitteln, um den Anforderungen der Informationsgesellschaft angemessener begegnen zu können. Nicht nur Fachwissen ist gefragt sondern im Besonderen Lebensbewältigungskompetenzen. Eine ganzheitliche Bildung ist an die Stelle von ausschließlichem Spezialistenwissen zu stellen.

Ein solchermaßen erfolgreiches Bildungssystem muss

- die für die Berufsausbildung immer wichtiger werdenden IT-Kompetenzen in Breite vermitteln,
- den Umgang und die effiziente Nutzung der neuen Informations- und Kommunikationstechnologien durch Lehrende und Lernende selbstverständlich werden lassen,
- eine soziale Ausgrenzung angesichts steigender und neuer Qualitätsanforderungen verhindern,

- individuelle Begabung unterstützen,
- qualitätsgesichert und dienstleistungsorientiert sein,
- international ausgerichtet sein und den Austausch mit anderen Ländern fördern und fördern sowie
- die Basis für die Teilhabe aller gesellschaftlichen Gruppen am Nutzen der neuen Medien schaffen.

Es gibt einen breiten gesellschaftlichen Konsens, - über alle politischen Parteigrenzen hinweg -, dass Medienkompetenz eine der wichtigsten Kulturtechniken dieses Jahrhunderts ist. Die Zukunftschancen von Kindern und Jugendlichen werden sich in wachsendem Maße auch daran entscheiden, mit den Neuen Technologien kompetent umzugehen. Die Pisa-Studie zeigte eklatante Mängel bei den Fähigkeiten der 15-Jährigen auf. Jede/jeder vierte verfügte nur über minimale Möglichkeiten, sich im späteren Berufsleben zurecht zu finden. Damit entscheidet sich nicht nur die Zukunftsfähigkeit der heutigen Kinder und Jugendlichen sondern auch die unserer Gesellschaft, denn die heutigen Kinder und Jugendlichen sind die Erwachsenen und damit die Gesellschaft Steuernden von morgen.

Strittiger ist schon die Frage danach, wie und welche Handlungskompetenzen erforderlich sind, welches Hintergrundwissen vermittelt werden muss, um auf die Nutzung dieser Medien und vor allem auf deren schnelle Entwicklung kompetent vorbereitet zu sein. Schule und in Ansätzen bereits die vorschulischen Institutionen sollten die Arbeits- und Wirtschaftswelt in ihren veränderten Bedingungen unter technischen, wirtschaftlichen, sozialen, ökologischen und politischen Grundzügen vermitteln. Dabei sollten Möglichkeiten der Gestaltung von Arbeitsprozessen modellhaft erfahren und reflektiert werden können.

Arbeits- und Wirtschaftswelt ist ein prägender Teilbereich der Gesellschaft, deshalb ist die Verflechtung von Erwerbsarbeit und Privatheit von Schule verstärkt aufzugreifen. Als grundlegend kann der Konflikt zwischen der Lebensführung nach eigenen Vorstellungen, Wünschen und Zielen einerseits und der Knappheit von Zeit und Gütern sowie der Fremdbestimmung durch Erwerbsarbeit andererseits beschrieben werden.

Anschlussfähigkeit und Vorbereitung auf lebensbegleitendes Lernen, Mitbestimmungs- und Teilhabefähigkeit, Ausbildungsfähigkeit und Stärkung der Persönlichkeit sollten oberste Leitgedanken sein. Bildungs- und Ausbildungserfordernisse bleiben gebunden an Erziehungsaufgaben.

Das Bundesforum Familie fordert:

- Es bestehen Bildungs- und Qualifizierungserfordernisse im allgemeinbildenden Bereich (Erwerb von Alltagskompetenzen/Lebensbewältigungskompetenzen). Dazu sind geeignete Maßnahmen zu erarbeiten.

Die digitale Spaltung der Gesellschaft gilt es zu verhindern.

Berufszugang aber auch die Sicherheit des Arbeitsplatzes stehen ebenso mit der sicheren Anwendung neuer Technologien in Verbindung. Deshalb bedarf es zur Verhinderung der „digitalen“ Spaltung der Gesellschaft einer umfassenden und ständigen Vorbereitung und Qualifizierung.

Das Bundesforum Familie fordert:

- Alle müssen die gleichen Zugangschancen und Zugangsmöglichkeiten zu Aus-, Fort- und Weiterbildung haben. Dazu müssen geeignete und zielgruppenorientierte Maßnahmen und Rahmenbedingungen geschaffen und/oder verbessert werden.
- Erwerbstätigen ist Schulung/Vorbereitung für die globale Kommunikation zu ermöglichen

Strukturwandel der Arbeitswelt erfordert stetige Qualifizierung.

Die Entwicklungen in Wirtschaft und Arbeitswelt ziehen tiefgreifende Veränderungen in den Tätigkeitsprofilen nach sich. Immer mehr Beschäftigte in allen Tätigkeitsbereichen benötigen den PC, um ihre Arbeitsaufgaben zu erledigen. Zugleich geht die Entwicklung dahin, dass räumlich voneinander entfernte Arbeitsplätze miteinander vernetzt werden. Für diesen Strukturwandel in der Arbeitswelt ist es dringend erforderlich, dass qualifizierte Vorbereitung und Begleitung für die Veränderungsprozesse angeboten werden. Das schließt auch die Verfügbarkeit der Arbeitnehmenden ein, indem Möglichkeiten zum und Befähigung für den Wechsel von Wirtschaftszweigen eröffnet werden.

Das Bundesforum Familie fordert deshalb :

- Die Qualifizierung von Lehrpersonal und die Erneuerung der Ausbildungsordnungen in bezug auf den Strukturwandel ist voranzutreiben. Hier ist die Bundesregierung gefordert, sich stärker für eine einheitliche Umsetzung einzusetzen und es nicht in der Länderhoheit allein zu belassen.
- Für den Ort der Weiterbildung und für deren Umfang sind geeignete Vereinbarungen unter Beteiligung der Arbeitnehmenden, der Arbeitgeber und der Tarifparteien zu erarbeiten. Dabei sollten auch individuelle Lösungen gesucht werden, die sowohl für die Arbeitnehmenden als auch für die Betriebe passen.

3. Handlungserfordernisse zur Realisierung familienfreundlicher Rahmenbedingungen in Betrieben, Einrichtungen, Politik und Gesellschaft – Familienpolitik als Querschnittsaufgabe

Welche Bedeutung eine konzentrierte und zielorientierte Politik haben kann, ist am Beispiel des sich in Deutschland herausgebildeten Umweltbewusstseins abzulesen: Ein überlegter Umgang mit der Ressource Umwelt ist fest im Bewusstsein der Menschen verankert. Hier haben Parteien, Verbände und Organisationen in den letzten Jahrzehnten mit Engagement und nachhaltiger Politik ein Umdenken bewirkt.

Auch wenn die Analogie im Einzelnen nicht auf die Familienpolitik übertragbar ist, so ist doch im Effekt in der Umweltpolitik etwas gelungen, wovon Deutschland in der Familienpolitik noch weit entfernt ist: ein nachhaltiger Bewusstseinswandel darüber, dass es keine Alternative zum Schutz der Umwelt gibt, um die Zukunftsfähigkeit des (Über-)Lebens nachfolgender Generationen zu sichern.

Auch auf dem Weg zu einer familienfreundlichen Gesellschaft ist eine stetige, begleitende, nachhaltige Politik und Öffentlichkeitsarbeit nötig. Nur so kann eine Verhaltensänderung schrittweise erfolgen. Eine solche Grundhaltung auch der Parteien und der Regierenden darf nicht abhängig sein von Bundestagswahlen und wechselnden Mehrheiten, von finanziellen Misereen oder spendierfreudiger Wahlkampfstimmung, sondern muss zu einer parteiübergreifenden Haltung werden.

Familienfreundliche Maßnahmen – der Schlüssel zum Unternehmenserfolg.

Familie muss mitgedacht werden, und hier besonders bei der Gestaltung des Erwerbslebens. Betriebe haben inzwischen erkannt, dass sich ein familienfreundliches Profil wirtschaftlich rentiert. Vielmehr hat sich gezeigt, dass die Kosten für Mitarbeiter/-innen, die wegen innerer Kündigung oder stressbedingter Krankheiten nicht leistungsfähig sind, merklich hoch sind. Die

Kosten für Neueinstellungen lassen sich konkret beziffern: Neueinstellung in einer geringeren Gehaltsgruppe kosten den Arbeitgeber etwa 75 % des entsprechenden Jahresgehaltes, bei höher qualifizierten Mitarbeiter/-innen sind es ca. 150 % des Jahresgehaltes und bei Spitzenverdiener/-innen kann die Summe 250.000 Euro betragen.

Das Bundesforum Familie fordert:

- Die Kooperationen von Politik und Wirtschaft sind im Hinblick auf eine gute Vereinbarkeit von Familie und Erwerbsarbeit zu verstärken, vor allem bei kleineren Betrieben vor Ort. Diese sollten insbesondere auch über bestehende Steuervorteile für familienfreundliche Maßnahmen informiert werden. Darüber hinaus sollten Möglichkeiten der Fachberatung, des Fachkräfteaustausches, der Fortbildungsangebote für Betriebe und der Einbeziehung des sozialen Ehrenamtes – hier in Zusammenarbeit mit sozialen Verbänden - geprüft und angegangen werden.
- Familienfreundliche Maßnahmen, - das Thema Familienfreundlichkeit generell – sind/ist in Studium und Ausbildung der Betriebswirtschaft stärker zu berücksichtigen. Lehrpläne sind darauf abzustimmen bzw. zu verändern. In den Betrieben ist im Rahmen von Personalentwicklung darauf zu achten.

Bildung ist mehr als Unterricht.

Bildung ist mehr als Unterricht. Der Vergleich mit anderen Ländern hat zum einen gezeigt, dass Deutschland die vorschulische Bildung in den Kindertageseinrichtungen vernachlässigt hat. Zum anderen signalisieren die Ergebnisse der Ländervergleiche, dass die Halbtagschule zum modernen Wissenserwerb bei gleichzeitiger Vermittlung sozialer Fähigkeiten nicht ausreicht.

Das Bundesforum Familie fordert aus familienpolitischer Sicht:

- Die Verbände sollten sich über ihre politischen Kontakte und fachlichen Einflussmöglichkeiten für eine schrittweise Einführung einer kostenfreien Kinderbetreuung (als Ganztagsbetreuung) für Kinder von 0 bis 14 Jahren einsetzen.
- Es ist nicht verständlich, warum Kinderbetreuung in Deutschland im Sinne von vorschulischer Erziehung und der Möglichkeit zum Erwerb von Alltagskompetenzen kostenpflichtig ist.
- Schulbildung bzw. Teilnahme am Schulunterricht ist Pflicht in Deutschland. Die Schulbildung ist für alle Schüler/-innen kostenfrei möglich, private Schulen sind als Alternative möglich, aber nicht zwingend.

Familie und Familienleben ermöglichen – Unterstützungssysteme verbessern.

Trotz aller monetären familienpolitischen Maßnahmen der vergangenen Jahrzehnte hat sich unstrittig über alle Parteigrenzen und ideologische Orientierungen hinweg die finanzielle Lage der Familien im Vergleich zur Lage kinderloser Paare nicht verbessert. Die Einführung neuer Steuern wie der Öko-Steuer oder Erhöhungen der Mehrwertsteuer belasten darüber hinaus Familien überproportional mehr als Singles und Paare.

Das Bundesforum Familie fordert:

- Es müssen insgesamt mehr Mittel für Familienpolitik zur Verfügung gestellt werden. Dies ist jedoch nicht der Ruf nach mehr Geld. Vielmehr sollten die verschiedenen Finanzierungsmöglichkeiten sowie alle vorhandenen Förderinstrumentarien effektiver zusammen-

geführt werden. Dabei müssen sich die verschiedenen Transferleistungen für Kinder und Familien sinnvoll ergänzen und in der Summe der Förderleistung erhalten bleiben.

- Eine Familienverträglichkeitsprüfung (z.B. entsprechend des Audits „Beruf und Familie“) sollte in einer gesetzlichen Regelung verankert werden. Alle Betriebe, Einrichtungen, Dienste, Behörden etc. haben sich einer solchen Prüfung zu unterziehen. Ebenso sollen Gesetzesvorhaben vor ihrer Verabschiedung auf Familienverträglichkeit überprüft werden.

Das Bundesforum Familie begrüßt es in diesem Zusammenhang ausdrücklich, dass der Bundeswettbewerb „Familienfreundlicher Betrieb“ weitergeführt werden soll.

Mehr Zeit für Familie – Wünsche von Familien ernst nehmen.

Über 70 % der Paare in Deutschland haben das gleiche Bildungsniveau. Mit dem ersten Kind sinken die Chancen der Frauen, ihren Beruf weiter auszuüben, vor allem deshalb, weil in Deutschland sowohl ausreichend Kindertagesstätten und Ganztagschulen fehlen als auch Teilzeitarbeitsplätze rar sind. Gleichzeitig melden sich aber auch immer mehr Väter zur Wort, die sich Zeit für ihre Familie wünschen.

Das Bundesforum Familie fordert:

- In einer unabhängigen, repräsentativen, bundesweiten Studie sollen Eltern und Kinder danach befragt werden, welche Wünsche sie im Hinblick auf die Vereinbarkeit von Familie und Erwerbsarbeit haben, wie die Balance aus Erwerbsarbeitszeit und Familienzeit idealerweise aussehen soll. Es sollen alle Familienformen berücksichtigt werden, alle Lebensformen, alle Lebensphasen, jede Familiengröße (insbesondere die Anzahl der Kinder) etc. Es sollen alle Familienmitglieder einzeln befragt werden.

Die eingeforderte Vereinbarkeit von Familienarbeit und Erwerbsarbeit erfordert vielseitige Maßnahmen der Informationsgesellschaft. Das Leben in und Arbeiten für die Familie kann durch die Veränderungen der Arbeitsorganisation durch die Informations- und Kommunikationstechnologien profitieren. Ungleichbehandlungen der Geschlechter können abgebaut werden und Frauen wie Männern gleichermaßen die Chance der Familienarbeit eröffnen. Den Familien und den in ihnen aufwachsenden Kindern wird das nützen.

Es muss ein gesamtgesellschaftlicher Konsens über die Bedeutung von Familien als Orte, in denen Kinder aufwachsen können, erfolgen, breit diskutiert werden und in die gesamtgesellschaftlichen Veränderungsprozesse einbezogen werden. Hier stehen alle gesellschaftlichen Gruppen in der Verantwortung:

- Regierungen und Parlamente (landes- und bundesweit),
- politische Parteien und gewählte Volksvertreter/-innen,
- Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände,
- Wissenschaft und Forschung,
- öffentliche und freie Wohlfahrtspflege,
- Vereine, Verbände und Organisationen,
- Arbeitgeber/-innen und Arbeitnehmer/-innen in Betrieben,
- Eltern, Familien und Singles, etc.

Niemand kann sich der Verantwortung entziehen oder sie auf eine andere Gruppe übertragen. Eine familienfreundliche Gesellschaft, eine lebenswerte Zukunft für alle ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe.

Anhang

Mitwirkende im Beratungsprozess 2000 - 2002

Arbeitsgruppe I "Veränderte Medienwelt - veränderte Familienwelt"

Leitungsteam:

Wolfgang Burkhardt, Forschungsgruppe Kommunikation und Soziales (fokos)
Sabine Eder, Verein für Medien- und Kulturpädagogik „Blickwechsel“ e.V.

Jutta Appelt, MdL, Verband Bildung und Erziehung (VBE)

Harald Gersfeld, Diözesan-Caritasverband für das Erzbistum Köln

Harald Haasler, Ministerium für Frauen, Jugend, Familie und Gesundheit des Landes Nordrhein-Westfalen

Petra Herre, Deutsche Evangelische Arbeitsgemeinschaft für Erwachsenenbildung (DEAE)
Arbeitsfeld Familienbezogene Bildung

Hannes Lachenmair, Bundesarbeitsgemeinschaft Elterninitiativen

Dr. Bernhard Laux, Deutsche Bischofskonferenz, Zentralstelle Pastoral

Ingetraud Palm-Walter, spiel gut, Arbeitsausschuss Kinderspiel und Spielzeug

Christoph Pompe, Evangelische Konferenz für Familien- und Lebensberatung (EKFUL)

Dr. Gabriele Scheffler, Verband Alleinerziehender Mütter und Väter (VAMV)

Gini Schüttler, Mütterzentren Bundesverband

Heinrich Sudmann, Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ)

Arbeitsgruppe II "Familie und Erwerbsarbeit in der Mediengesellschaft"

Leitungsteam:

Antje Schumacher, ver.di Bundesverwaltung, Ressort 1, Politik und Planung, Zukunft der Arbeit

Brigitte Winkler, Arbeiterwohlfahrt Bundesverband

Dr. Andreas Borchers, Institut für Entwicklungsplanung und Strukturforschung (IES)

Iris Emmelmann, Deutscher Familienverband (DFV)

Dr. Adelheid Gliedner-Simon, Bundesfachausschuss für Familien- und Jugendpolitik der CDU

Angelika Grözinger, Deutscher Hausfrauen-Bund

Claudia Hentschel, Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge

Maria Anna Hermann, Verband der Familienfrauen und -männer

Dr. Ulf Holzendorf, Haushalt in Bildung und Forschung

Dr. Gabriele Kriese, Sozialministerium Mecklenburg-Vorpommern

Dr. Jochen Martin, Deutsche Gesellschaft für Sozialpädiatrie

Inge Michels, Verband Alleinerziehender Mütter und Väter (VAMV)

Renate Röllecke, Gesellschaft für Medienpädagogik und Kommunikationskultur (GMK)

Gisela Schamann, OnlineForum Telearbeit, Deutsche Postgewerkschaft

Dr. Ursula Sottong, Arbeitsgemeinschaft für katholische Familienbildung (AKF)

Prof. Dr. Maria Thiele-Wittig, Universität Münster, Institut für Haushaltswissenschaft und Didaktik der Haushaltslehre

Helgard Ulshoef, Deutscher Frauenrat

Eva Maria Welskop-Deffaa, Zentralkomitee der deutschen Katholiken (ZDK)

Gretel Wildt, Diakonisches Werk der Evangelischen Kirche in Deutschland

Angelika Maier, Deutscher Caritasverband

Klaus-Dieter Zühlke, Tagesmütter Bundesverband für Kinderbetreuung in Tagespflege

Arbeitsgruppe III "Herausforderungen für die medienpädagogische Praxis"

Leitungsteam:

Franz *Gerlach*, Evangelische Ausbildungsstätten für sozialpädagogische Berufe
Elke *Stolzenburg*, Institut für Medienpädagogik in Forschung und Praxis

Eva-Maria *Deuschel*, Landeszentrale für private Rundfunkveranstalter (LPR) Rheinland-Pfalz
Ursula *Dörpinghaus*, Fokolar-Bewegung
Sabine *Fietzke*, Karl Kübel Stiftung für Kind und Familie
Michael *Griffig*, Kolpingwerk Deutschland
Wolfgang *Hötzel*, Ministerium für Arbeit, Soziales, Familie und Gesundheit des Landes Rheinland-Pfalz
Dr. Andreas *Kaiser*, Deutscher Städte- und Gemeindebund
Ingrid *Körner*, Bundesarbeitsgemeinschaft Hilfe für Behinderte
Dr. Alois *Moos*, Arbeitsgemeinschaft für katholische Familienbildung (AKF), Referat Ehe und Familie
Eva *Orth*, Mütterzentren Bundesverband
Adelheid *Payer-Pechan*, Bundesarbeitsgemeinschaft Selbsthilfegruppen Stieffamilien
Dr. Gerlinde *Radde*, Deutscher Sportbund
Renate *Richter-Völlinger*, Freie und Hansestadt Hamburg, Behörde für Soziales und Familie
Silke *Schimpf*, PRO FAMILIA – Bundesverband
Sigrid *Strecker*, Stiftung Lesen
Elisabeth *Veith*, Bundesverband der Pflege- und Adoptivfamilien
Mechthild *Weßels*, Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband, Gesamtverband

Statuten

Bundesforum Familie

verabschiedet im September 2000

Präambel

Das "Bundesforum Familie" ist der Zusammenschluss bundesweit tätiger gesellschaftlicher Kräfte, die aktiv Verantwortung für eine familienfreundliche Gesellschaft übernehmen. Aus den unterschiedlichen gesellschaftlichen Bereichen heraus soll ein gesamtgesellschaftliches Bewusstsein für Veränderungen geschaffen werden, die für Familien zukunftsfördernde Bedingungen sicherstellen. Ziel des Bundesforums ist eine in die Zukunft gerichtete, kreative und innovative Auseinandersetzung zwischen Wissenschaft, Wirtschaft, Sozialem, Politik und Kultur im Sinne einer die Familie in ihren unterschiedlichen Formen fördernden Weise. Die aus dieser vielfältigen Arbeit fließenden Erkenntnisse werden von den Mitgliedern des Bundesforums in ihre Arbeits- und Lebensbereiche rückgekoppelt und so weit wie möglich umgesetzt. Die im Bundesforum zusammen geschlossenen Organisationen achten und respektieren die unterschiedlichen Wertorientierungen.

Familiale Belange sind in allen gesellschaftlichen Bereichen tangiert. Die Berücksichtigung familienrelevanter Belange in allen gesellschaftlichen und politischen Gestaltungsbereichen ist daher Querschnittsaufgabe, der sich das Bundesforum stellt. Die bestehende strukturelle Rücksichtslosigkeit gegenüber den Bedürfnissen von Familien - insbesondere von Kindern - soll durch eine an der Lebenswirklichkeit orientierte Politik für und mit Familien sowie durch eine aktiv geförderte "Kultur des Aufwachsens" ersetzt werden. Dabei müssen sowohl intergenerationelle als auch interkulturelle Tatbestände verstärkt Beachtung finden. Die vom Bundesforum zu erarbeitenden Vorschläge haben dem Grundsatz der Nachhaltigkeit zu entsprechen und einer immer mehr zusammen wachsenden Weltgemeinschaft Rechnung zu tragen.

§ 1

Zweck und Aufgabe

- (1) Das Bundesforum Familie soll als pluraler und unabhängiger Zusammenschluss vielfältiger bundesweit agierender Gruppen, Verbände und Institutionen wesentliche Beiträge zu familienpolitischen Fragen sowie Vorschläge zur Verbesserung und Weiterentwicklung familienfreundlicher Rahmenbedingungen leisten. Es erfüllt seine Aufgaben nach den Prinzipien der Verantwortung und Selbstverpflichtung hauptsächlich durch die Mit- und Zusammenarbeit ihrer Mitglieder.
- (2) Das Bundesforum Familie arbeitet auf Projektbasis jeweils zu einem inhaltlichen Schwerpunkt mit einer Laufzeit von in der Regel zwei Jahren. Wesentliche Arbeitsformen sind insbesondere themenbezogene Arbeitsgruppen, Fachveranstaltungen sowie für jedes Thema eine größere Einzelveranstaltung.
- (3) Die Gesamtergebnisse einschließlich der themenbezogenen Vorschläge des Bundesforums werden in einem Projektbericht dokumentiert und in geeigneter Form veröffentlicht.

§ 2

Mitglieder / Ständige Gäste

- (1) Mitglied des Bundesforums Familie können auf schriftlichen Antrag alle bundesweit tätigen interessierten Gruppen, Verbände, Institutionen sowie Bundesländer, Forschungseinrichtungen und ähnliche Organisationen werden, die die Ziele und Prinzipien des Bundesforums Familie unterstützen und zur aktiven und kontinuierlichen Mitarbeit bereit sind.
- (2) Die Mitglieder benennen schriftlich jeweils eine stimmberechtigte Person als Delegierte/n und eine/n Stellvertreter/in, die die Mitgliedschaft im Rahmen der Statuten ausüben. Darüber hinaus können durch die Mitglieder weitere beratende Delegierte als Gäste aus ihrer Organisation benannt werden.
- (3) Anstelle der stimmberechtigten Mitgliedschaft besteht für alle in Abs. 1 Genannten die Möglichkeit, als Ständige Gäste im Bundesforum mit zu arbeiten. Es können Delegierte zur Mitarbeit und Beratung entsandt werden.
- (4) Über Aufnahme und Ausschluss von Mitgliedern, Gästen und Ständigen Gästen i.S.d. § 2 des Statuts entscheidet die Steuerungsgruppe. Gegen die Entscheidung der Steuerungsgruppe können die Betroffenen die Vollversammlung anrufen. Der Ausschluss ist zulässig, wenn ein Mitglied gröblich dem Zweck und den Zielen des Bundesforums Familie zuwider handelt. Die Mitgliedschaft und der ständige Gaststatus enden durch schriftliche Erklärung des Austritts oder durch Ausschluss.

§ 3

Vollversammlung

- (1) Die Vollversammlung ist das oberste Beschlussorgan. Sie tagt mindestens alle zwei Jahre im Rahmen einer öffentlichen Veranstaltung des Bundesforums Familie.
- (2) Jedes Mitglied i.S.d. § 2 Abs. 1 des Statuts hat eine Stimme in der Versammlung; das Stimmrecht wird durch den/die gem. § 2 Abs. 2 des Statuts benannte/n Delegierte/n bzw. bei Verhinderung durch den/die vorab benannte/n Stellvertreter/in wahrgenommen. Darüber hinaus benannte Delegierte der Mitglieder sowie die Vertreter/innen der Ständigen Gäste gem. § 2 Abs. 2 des Statuts wirken nur beratend mit.
- (3) Die Vollversammlung entscheidet über den nächsten thematischen Schwerpunkt des Bundesforums Familie und beschließt über die sonstigen ihr in diesen Statuten zugewiesenen Angelegenheiten. Vorbereitung, Durchführung und Leitung der Vollversammlung ist Aufgabe der Steuerungsgruppe.
- (4) Die Vollversammlung ist beschlussfähig, wenn sie ordnungsgemäß mindestens sechs Wochen vor dem Termin schriftlich eingeladen wurde. Für die Beschlussfassung genügt die Stimmenmehrheit der in der Anwesenheitsliste eingetragenen stimmberechtigten Mitglieder, soweit in den Statuten nichts anderes bestimmt ist. Über den Verlauf wird ein Protokoll gefertigt, das von zwei Mitgliedern der Steuerungsgruppe und dem/der Schriftführer/in zu unterzeichnen ist.

§ 4

Steuerungsgruppe

- (1) Die Steuerungsgruppe koordiniert die fachliche Bearbeitung des Schwerpunktthemas und stellt die Organisation und den Ablauf der Vollversammlung sowie der sonstigen Aktivitäten sicher.
- (2) Die Steuerungsgruppe kann dazu zeitlich befristete Arbeitsgruppen und Kommissionen einrichten und stellt die regelmäßige Information zwischen Arbeitsgruppen und Kommissionsleitung und Steuerungsgruppe sicher.

- (3) Die Steuerungsgruppe besteht aus mindestens sieben, höchstens elf gewählten Mitgliedern. Der Rechtsträger benennt darüber hinaus ein bis zwei Vertreter/innen als Mitglieder für die Steuerungsgruppe. Die Geschäftsstelle ist bei Sitzungen der Steuerungsgruppe mit einem beratenden Sitz vertreten.
- (4) Die Mitglieder der Steuerungsgruppe gem. § 4 Abs. 2 Satz 1 des Statuts werden auf Vorschlag der stimmberechtigten Mitglieder des Bundesforums sowie der Vertreter/innen der ständigen Gäste von der Vollversammlung gewählt. Die Amtszeit beträgt vier Jahre; Wiederwahl ist zulässig. Nachwahlen sind für die laufende Amtszeit möglich.
- (5) Die Steuerungsgruppe verteilt die Geschäfte unter ihren Mitgliedern und wählt eine Sprecherin / einen Sprecher; sie kann sich eine Geschäftsordnung geben.
- (6) Die Steuerungsgruppe muss einberufen werden, wenn mindestens drei ihrer Mitglieder dies schriftlich beantragen. Die Steuerungsgruppe ist beschlussfähig, wenn mindestens die Hälfte der Mitglieder einschließlich eines Vertreters / einer Vertreterin des Rechtsträgers gem. § 4 Abs. 3 Satz 2 des Statuts anwesend ist. Beschlüsse werden mit einfacher Mehrheit der abgegebenen Stimmen gefasst, sofern in den Statuten nichts anderes bestimmt ist.

§ 5

Rechtsträgerschaft

- (1) Die Arbeitsgemeinschaft der deutschen Familienorganisationen e.V. (AGF e.V.) übernimmt die Rechts- und Vermögenssträgerschaft des Bundesforums Familie.
- (2) Der Rechtsträger ist für die Stellung der Projektanträge gegenüber den Zuwendungsgebern verantwortlich. Das Nähere - insbesondere die Bereitstellung von Geschäftsstellenkapazitäten durch den Rechtsträger - regelt eine Kooperationsvereinbarung.
- (3) Die Gründung eines eigenständigen Rechtsträgers ist durch diese Vereinbarung nicht ausgeschlossen.

§ 6

Statutenänderungen

- (1) Über Annahme und Änderung dieser Statuten beschließt die Vollversammlung mit Zweidrittelmehrheit der in der Anwesenheitsliste eingetragenen stimmberechtigten Mitglieder; dabei muss die Anwesenheitsliste mindestens die Hälfte der Mitglieder aufweisen.
- (2) Anträge auf Statutenänderungen müssen mindestens vier Wochen vor Beginn der Vollversammlung schriftlich bei der Geschäftsstelle bzw. Steuerungsgruppe eingehen. Diese Anträge sind den Mitgliedern spätestens drei Wochen vor Beginn der Vollversammlung schriftlich mitzuteilen.

Die vernetzte Familie

Dokumentation der Impulsreferate aus der Eröffnungsveranstaltung des Bundesforums Familie am 11./12. September 2000, Berlin

Medien und ihr Einfluss auf die Familie

Prof. Dr. Bernd Schorb

Zentrum für Medien und Kommunikation
Universität Leipzig

In den letzten zwei Jahrzehnten sind die Medien, insbesondere die digitalen Medien, in alle Lebensbereiche vorgedrungen und haben dafür gesorgt, dass es eigentlich keinen Sektor des Sozialen oder Gesellschaftlichen mehr gibt, der nicht von den Medien beeinflusst ist. Daher kann mich ich in der folgenden Darstellung der Zusammenhänge von Medien und Familie nur auf einige wichtige und auch offensichtliche Zusammenhänge beschränken auf der Grundlage von Ergebnissen der Forschungen, die ich in den letzten Jahren durchführen konnte.

Der Familie in Deutschland begegnen die Medien auf drei Arten. Sie sind zum ersten Helfer. Sie bringen Neues und sie geben Informationen, manche Informationen sogar exklusiv. Insbesondere die digitalen Medien erleichtern das Leben. Sie helfen miteinander Kontakt aufzunehmen, zu lesen, zu schreiben, zu malen usw. Diese Helferefunktion haben die Medien sowohl für die Erwachsenen als auch für die Kinder in der Familie. Zum Zweiten sind die Medien Begleiter der Familie. Besonders deutlich wird das am Fernsehen. Das Fernsehen wird häufig als Familienmitglied bezeichnet. Mit dieser Bezeichnung wird verdeutlicht, dass sich das Familienleben mit, um und nur manchmal neben dem Fernsehen abspielt. Auch die Erziehungsmaßnahmen der Eltern sind eng mit Medien verknüpft, Medienentzug beispielsweise ist eine der häufigsten von Erziehenden angewandten Strafen. In ihrer dritten Funktion schließlich werden die Medien als Gefährdung gesehen. Die Gefährdung durch die Medien bezieht sich in erster Linie auf die Medieninhalte. Die exzessiven Gewaltdarstellungen in allen möglichen Unterhaltungsmedien sind ein Thema, das seit dem Aufkommen der Massenmedien, also seit knapp 150 Jahren, die Familien beschäftigt, und sie sind darüber hinaus ein Thema, das zu Auseinandersetzungen zwischen Eltern und Kindern führt, nämlich dann, wenn die Eltern von ihrer Erziehungspflicht Gebrauch machen.

Dieser kurze Abriss zeigt, dass Medien und Familie eine Symbiose bilden. Diese Symbiose ist sogar frei gewählt, denn die Eltern haben sich für die Medien entschieden, allein den Familien auffindbaren Geräte sind schließlich in einem willentlichen Kaufakt erworben worden. Ob die Familien eine Alternative gehabt hätten, ob es in unserer Gesellschaft überhaupt möglich ist, ohne Medien zu leben, das sei dahingestellt. Aber es ist sicher so, dass sich die Medien nicht selbst in die Familie begeben, sondern von den Familienmitgliedern hineingeholt werden, möglicherweise hineingeholt werden müssen.

1. Medien als Helfer der Familie

Ein Medium wird heutzutage durchgängig positiv beurteilt. Die Familien nehmen an, es helfe den Kindern, sich Kultur anzueignen und außerdem die wichtigsten Kulturtechniken, nämlich das Lesen und Schreiben, zu verbessern. Das Medium Buch hat einen sehr guten Ruf. Diesen guten Ruf hat es insofern auch verdient, als die Schrift sicher die abstrakteste Form ist, in der Sachverhalte, aber auch Gefühle dargestellt werden können. Darüber hinaus ist die Schrift hoch komplex und wer über gute Lese- und Schreibkenntnisse verfügt und diese gar noch selbst ausüben kann, hat die Grundlage, innerhalb unserer Gesellschaft eine exponierte Position einzunehmen. Allerdings gibt es eben nicht nur gute Bücher. Der Ruf des Buches bezieht sich primär auf die Literatur. Vergessen wird dabei leicht, dass es auch den sogenannten Schundroman gibt und ein Gutteil der Buchproduktionen sich zwar der Sprache bedient, aber welcher Sprache und welcher Inhalte? Vergessen wird auch, dass historisch der Jugendmedienschutz am Beispiel des Buches entstanden ist. Schon die Gebrüder Grimm sahen sich vor fast 200 Jahren, nämlich 1825 gezwungen, ihre Märchensammlung neu zu fassen und eine gesonderte Ausgabe, die sie ‚Kinder- und Hausmärchen‘ nannten, herauszugeben, „wobei zugleich die Bedenklichkeit derer berücksichtigt ist, welche nicht jedes Stück der größeren Sammlung für Kinder angemessen halten“ (Grimm 1941, Vorwort).

Trotz der genannten Einschränkungen ist das Buch sicher ein Medium das der Familie hilft, sich über anspruchsvolle Sachverhalte, und auch über grundsätzliche Fragen des Zusammenlebens zu verständigen.

Unter ganz anderen Aspekten ist auch der Computer ein in den Familien hoch geschätztes Medium. Die veröffentlichte Meinung zum Computer hat in den Köpfen von Eltern die feste Überzeugung entstehen lassen, eine berufliche Zukunft für ihre Kinder sei nur durch die Beherrschung des Computers möglich. Wenn Eltern und auch die meisten anderen Menschen in dieser Gesellschaft von Medienkompetenz sprechen, so meinen sie damit in der Regel die Fähigkeit, Computer zu bedienen, mit Programmen umzugehen usw. Der Effekt der Wertschätzung des Computers ist beispielsweise, dass heute zwei Drittel aller Haushalte in der Bundesrepublik Deutschland mit Computern ausgestattet sind. Interessant ist, dass es hier eine Ost-West-Differenzierung gibt. Im Osten Deutschlands steht in mehr Familien ein Computer, aber mit wenig Software; im Westen ist dies genau umgekehrt. Eng verbunden mit der Wertschätzung des Computers als Hardware ist die der Computer-Software. In aller Stille hat sich ein großer Softwaremarkt in der Bundesrepublik Deutschland entwickelt. Auf diesem Markt ist Nachhilfe für die Schule zu kaufen. Der sogenannte Nachmittagsmarkt besteht aus vielen Lehrangeboten, die behaupten, das Lernen der jungen Menschen unterstützen zu können. Diese Behauptung zielt direkt auf die Eltern ab und veranlasst sie, die Programme zu kaufen, damit ihre Kinder in der Schule mitkommen bzw. gute Noten erhalten. Es ist müßig zu sagen, dass zwischen Anspruch und Wirklichkeit in der Regel eine tiefe Kluft klafft, aber dennoch sind die Eltern, die meistens die Software erwerben und damit ihr Gewissen beruhigt haben, ohne anzusehen, was damit gemacht wird, zufrieden und kaufen weiter. Das positive Image der Computer ist da, es wird nur selten in den Familien kritisch hinterfragt.

Die anderen Medien werden nicht so positiv eingeschätzt, insbesondere das Medium Fernsehen. Aber das gilt nur für die älteren Familienmitglieder. Heranwachsende haben zu allen Medien einen positiven Bezug, vor allem weil sie sie nahezu ausschließlich unter dem Aspekt des je subjektiven Nutzens bewerten und in fast jedem Medium etwas finden, das ihnen gefällt.

2. Die Medien als Begleiter der Familie

In fast jeder bundesdeutschen Familie, nämlich in 99 % aller Haushalte stehen mindestens ein Fernseh- und ein Radiogerät. Die Innenarchitektur unserer Haushalte ist außerdem so angelegt, dass man in der Regel im Wohn- und Esszimmer im Halbkreis um das Fernsehgerät herum sitzt. Wenn sich die Familie trifft, dann trifft sie sich zum Essen und sie trifft sich dabei meistens vor dem Fernseher und zu Zeiten in denen der Fernseher auch läuft. In den 70er und 80er Jahren konnte man als Ritual im Westen Deutschlands festhalten, dass um 20 Uhr sich die gesamte Familie vor dem Fernsehapparat versammelte um die Tagesschau zu sehen und das Abendbrot einzunehmen. In der Zwischenzeit ist die familienstiftende Funktion des Fernsehens allerdings nicht mehr so klar festzumachen. Familienstiftend ist in diesem Zusammenhang rein phänomenologisch gemeint, nämlich bezogen auf die Beobachtung, dass das Fernsehgerät die Familie um sich versammelt und ihr zugleich ihren Gesprächsstoff bietet. Heute haben sowohl im Westen als auch im Osten Deutschlands fast zwei Drittel aller Familien mindestens ein Zweitgerät, ein Drittel hat sogar ein drittes oder viertes Gerät. Dies bedeutet, dass die Familie sich nicht mehr unbedingt um den gemeinsamen Fernseher schart, sondern dass Eltern und Kinder getrennt fernsehen. Es gibt hier die verschiedensten Koalitionen. In unseren Untersuchungen wurde uns erzählt, dass beispielsweise die nachmittäglichen Talkshows in der Regel von den Kindern alleine und parallel dazu von den Müttern ebenfalls alleine gesehen wurden. Eine andere Kombination war das Ansehen von Fußball gemeinsam von Vater und Sohn und parallel dazu der Genuss einer Unterhaltungssendung von Mutter und Tochter. Insbesondere das nächtliche Fernsehen der Kinder, das meist verhindert wird, wenn in der Familie nur einen Apparat vorhanden ist, hat durch das Vorhandensein mehrerer Apparate zugenommen. Die Kinder sehen trotz Mahnung der Eltern bis spät in die Nacht hinein auf ihrem eigenen Apparat Sendungen, die in der Regel für sie nicht geeignet sind.

Eine in dieser Intensität familienstiftende, vielleicht aber auch -auseinanderreißende Funktion wie das Fernsehen hat kein anderes Medium. Die anderen Medien sind so wie das Radio Begleitmedien oder so wie die Zeitung Minderheitenmedien. Allerdings haben die Medien, wenn sie zusammen genutzt werden, eine weitere wichtige familienstiftende Funktion; über sogenannte große Fernsehereignisse wird miteinander geredet. Und schon seit Jahren steht an erster Stelle der Sendungen, die von der ganzen Familie angesehen werden, „Wetten dass?“, eine Sendung, die auch Sechsjährige als ihre meistgesehene Sendung aufführen. Die Gesprächsfunktion des Fernsehens hat auch ihre negativen Seiten in der Weise, als das Fernsehen gleichzeitig Gesprächsverhinderer sein kann.

Mit dem Hinweis auf eine interessante Sendung wird häufig die Diskussion um ein Familienproblem weggeschoben. In den 70er Jahren des letzten Jahrhunderts waren einige Familien zu einem Experiment „Vier Wochen ohne Fernsehen“ bereit. Das Ergebnis zeigte deutlich, dass das Fernsehen das Familienleben so weit strukturiert, dass die Familien im besten Fall gezwungen waren, Verhaltensweisen wieder aufzubauen, die sie lange hatte fallen lassen. Aber wenn diese Verhaltensweisen beispielsweise sich darauf bezogen, dass man Freunde aufsuchte oder besuchte, um sich mit ihnen zu unterhalten, so war man dort keineswegs mehr selbstverständlich willkommen, weil ja auch hier der Fernsehapparat das Familienleben das Zusammensein diktierte, so dass die Besuchten keine Zeit für Gespräche hatten (Bauer/Baur/Kungel 1976). Ein solches Experiment ließe sich heute wahrscheinlich nicht mehr durchführen, die Massen von Medien, die in den Familien herumstehen, lassen sich nicht beseitigen und ob eine Familie zustimmen würde, ihren Fernseher für vier Wochen zu verbannen, ist höchst fraglich.

Besonders wichtig sind die Medien und insbesondere das Medium Fernsehen für die Erziehung. Zum einen sind sie Bestandteil der Erziehung, wenn beispielsweise Lernen am Computer erfolgt. Zum anderen wird Medienzugang als Erziehungsmittel genutzt. Fernsehverbot ist noch immer das wichtigste Mittel deutscher erziehender Eltern. Zum Dritten hat das Fernsehen einen direkten Einfluss auf die Erziehung, als es Normen und Wertevorstellungen vermittelt, die mit denen der Eltern konkurrieren und häufig sogar kollidieren. In einer Untersuchung, die wir im Jahre 1998 durchgeführt haben (Schorb/Theunert 2000), haben wir festgestellt, dass die damaligen Nachmittagstalks mit zu den wichtigsten Informationssendungen der heranwachsenden Jugendlichen, insbesondere der Mädchen gehörten. Aus diesen Nachmittagstalks holten sich die jungen Menschen ihre Informationen darüber, wie man sich in der Welt zu bewegen hat, wie man gekleidet sein muss, wie man sich in sexuellen Dingen verhält und ähnliches. Ein Gutteil der Normen und Werte, die hier vermittelt werden, sind denen verantwortungsbewusster Eltern entgegengesetzt. Die Jugendlichen waren sich auch häufig dessen bewusst, dass sie sich mit den vom Fernsehen übernommenen Normen gegen die ihrer Eltern stellen. Nun gehört es zwar zum Heranwachsen, dass man sich mit Normen und Werten der Eltern auseinandersetzt, allerdings sind die Alternativen, die Medien dazu zu bieten haben, höchst fraglich. Wenn die untersuchten Jugendlichen von den Sendungen, an denen sie sich orientieren, dabei Themen nannten wie „Mein Freund schlägt mich ... Warum bin ich zu dick?... Ich bin zu jung für eine Schwangerschaft“ (Schorb/Theunert 2000, S. 109), dann handelt es sich bei solchen Themen selten um Orientierungen, die auf eine selbständige Persönlichkeit hinauslaufen.

Exkurs: Wie Familie und Fernsehen das Weltbild der Kinder prägen.

Wie tief das Fernsehen gerade in die Persönlichkeitsbildung eingreifen kann und wie eng hier familiäre Erziehung und Medienvorbild verzahnt sind, möchte ich an den Ergebnissen einer Untersuchung illustrieren, die als Vorgängerstudie zu der oben zitierten, die Frage gestellt hat, wie 8-13Jährige mit Fernsehinformation umgehen (ausführlich in: Theunert/Schorb 1995). Fernsehen ist ja das Hauptinformationsmedium für Familien wie auch für den Rest der Bevölkerung. Die Information des Fernsehens wird hoch geschätzt, sie wird sogar für objektiv gehalten, ja mehr noch sie wird auch als Richtschnur für eigenes Verhalten angesehen. Wie die Kinder mit den vom Fernsehen angebotenen Informationen umgehen, dafür ist der elterliche Einfluss entscheidend, wie eine Zusammenfassung der Untersuchung „Mordsbilder“ zeigt:

- * Der Konsum von Informationsangeboten in der Familie stimmt mit dem Konsum und den Interessen der Kinder überein

Die meisten Kinder kommen über ihre Eltern mit Fernsehinformation in Berührung. Das gilt besonders für die Nachrichten, die offenbar in vielen Familien gemeinsam gesehen werden. Die Kinder sehen mit, aber nur die älteren und die aus höherem Milieu zeigen daran ein generelleres Interesse, andere Kinder beachten nur bestimmte Themen.

Eigenständiges Interesse zeigen die Kinder, und zwar vorwiegend die aus niedrigen Milieus, am Reality-TV und an Infotainment-Magazinen wie 'Explosiv'. Diese Genres sind in Familien aus niedrigen Milieus besonders präsent und werden von Eltern und Kindern gleichermaßen konsumiert.

- * Die Wertschätzung der unterschiedlichen Informationsangebote stimmt bei Kindern und Eltern weitgehend überein

Besonders auffällig ist die Übereinstimmung der Urteile von Kindern und Eltern beim Reality-TV unter dem Aspekt des Lerneffekts. Kinder wie Eltern aus niedrigeren Milieus äußern, dass in Sendungen wie 'Notruf' Nützliches zu lernen ist, nämlich, nach Angabe der Kinder: „dass man nicht auf das Eis geht, wenn es einkracht ... dass man bei Gewitter nicht aus dem Haus gehen soll und sich nicht unter einen Baum stellen soll, da kann ich lernen, was ich nicht machen soll, ertrinken oder Feuer.“ (Theunert/Schorb 1995, S. 59).

Die Einschätzung dieses Genres ist im höheren Anregungsmilieu gegenteilig: Eltern wie Kinder sprechen sich gegen diese Sendungen aus und kritisieren Inhalt und Machart.

Im hohen Milieu zeigt sich der Einfluss der Eltern auf die Urteile der Kinder auch noch an den Nachrichten recht deutlich. Die Argumente für und gegen die Art und Weise der Informationsdarbietung stimmen weitgehend überein. Allerdings beurteilen die Kinder im Gegensatz zu den Eltern die Nachrichten auch aufgrund der angesprochenen Themen, und von den wenigsten Kindern wird der Informationswert und die Wichtigkeit von Nachrichten so hoch eingeschätzt wie von den Eltern.

* Die Weltsicht und das Menschenbild der Kinder wird vom Elternhaus entscheidend geprägt. Die Kinder gehen mit Wissen über die Welt und Maßstäben für menschliches Verhalten an Fernsehinformation heran. Beides haben sie in ihrer Sozialisation bereits erworben und beides leitet ihren Zugang zu, sowie ihre Interessen an und ihre Beurteilung von Fernsehinformation. Da die Eltern für die Ausformung von Weltsichten und normativen Gefügen in der Sozialisation von Kindern eine wichtige Rolle spielen, zeigen sich auch hier Kongruenzen zwischen Eltern und Kindern.

Bei keinem anderen Fernsehgenre, so lässt sich festhalten, ist die Bedeutung des Elternhauses so deutlich und wichtig. Während es bei den fiktionalen Genres klare Unterschiede in der Nutzung und den Vorlieben von Eltern und Kindern gibt, und der Einfluss der Eltern relativ gering ist, bilden sich in bezug auf die Angebote der Fernsehinformation die Präferenzen, Gewohnheiten und Bewertungen der Eltern bei ihren Kindern ab. In Schlagworten ausgedrückt:

- Wie die Eltern Welt sehen, beurteilen und bewältigen, spiegelt sich in der Weltsicht, dem Menschenbild und den Verarbeitungsfähigkeiten der Kinder.
- Die Angebote, die die Eltern als Information werten und sehen, sehen auch die Kinder.
- Soviel Bedeutung die Eltern der Fernsehinformation für ihre Sicht von der Welt und des Lebens in ihr zumessen, soviel hat sie auch für die Kinder.

Die Frage, ob das Informationsangebot der Medien in den Elternhäusern als ein hilfreiches und bereicherndes genutzt werden kann ist von den Familien abhängig, da wir davon ausgehen müssen, dass sich die Medienangebote in absehbarer Zeit nicht verbessern werden. Hier weist die Untersuchung „Mordsbilder“ auf einen engen Zusammenhang zwischen dem intellektuellen Anregungsmilieu sowie der Mediennutzung des Elternhauses und der Fernsehrezeption der Kinder hin.

* Eltern mit einem reflektierten Zugang zu Fernsehinformation vermitteln diesen ihren Kindern, lassen ihnen aber auch Entscheidungsspielräume und unterstützen so einen differenzierten Umgang mit Informationssendungen.

Diese Eltern und in der Folge auch die Kinder nutzen Fernsehinformation gezielt und diskriminieren die verschiedenen Angebote und Sender. Nachrichten werden für wichtig erachtet, aber auch kritisiert, und zwar u.a. ob der Art und Weise, wie sie Information präsentieren. Das Infotainment und besonders das Reality-TV werden hingegen abgelehnt, u.a. wegen der Irrelevanz der Themen, der pseudorealistischen Inszenierung sowie die sensationslüsternen und angstauslösenden Darstellungen.

Eltern wie Kinder halten es für notwendig, über das, was in der Welt geschieht, informiert zu sein, aber sie haben Maßstäbe, anhand derer sie die Geschehnisse und ihre Darbietung in Informationssendungen beurteilen. Die Eltern setzen sich mit den Kindern sowohl über aktuell diskutierte Themen, als auch über die belastenden Eindrücke, die die Darstellung von Realität den Kindern oft verschafft, auseinander. Sie sind der Auffassung, Kinder müssen und sollen sich mit der Realität, in die sie hineinwachsen, beschäftigen; und sie trauen ihnen zu, diese Realität zu begreifen und mit zunehmendem Alter auch selbständiger urteilen und handeln zu können.

Die Sensibilität für die Fragen und Probleme der Kinder, das Ernstnehmen und Auseinandersetzen mit ihnen findet sich auch bei Eltern, die keinen ausgeprägten intellektuellen Hintergrund haben, aber einen wachen Blick für das, was in ihren Kindern vorgeht.

* Eltern, die die Informationsangebote des Fernsehens undifferenziert rezipieren, aber die Gewaltdarstellungen ablehnen, schotten ihre Kinder ab, verstärken aber zugleich deren ängstliche Weltsicht.

Diese Eltern nutzen alle Informationsangebote, bevorzugen jedoch das Infotainment und das Reality-TV. Ihre Kinder halten sie für zu klein, um die Nachrichten zu begreifen. Dem Reality-TV hingegen bescheinigen sie ob der als lehrreich eingestuftten Inhalte auch für Kinder einen gewissen Wert. Da jedoch auch hier Brutales gezeigt wird, und sie ihren Kindern so etwas generell ersparen wollen, versuchen sie, sie davon fernzuhalten.

Die Ablehnung der Informationssendungen wegen deren Gewaltdarstellungen wird von den Kindern mitgetragen, was ihre Neugier auf das Infotainment und das Reality-TV allerdings nicht mindert. Diese Eltern schaffen ihren Kindern einen Schonraum und setzen sich mit ihnen nicht über die Realität auseinander. Die Folge ist, dass die Kinder auf sich selbst und ihren Nahraum beschränkt bleiben und ihren Horizont nur schwer auf die Welt und die Menschheit erweitern können. Das bei den Eltern schon eingeschränkte Welt- und Menschenbild wird bei den Kindern noch enger. Was sich außerhalb ihrer kleinen Kinderwelt zuträgt, ist undurchschaubar, steckt voller Gefahren, vor denen die Eltern sie behüten. Möglichkeiten der intellektuellen Bearbeitung können die Kinder kaum entwickeln; durch das Fenster Fernsehen drängen jedoch, wenn sie zufällig auf Informationssendungen stoßen, die Gefahren der Außenwelt immer wieder auf sie ein.

* Eltern, die selbst einen unkritischen und undifferenzierten Zugang zur Fernsehinformation haben, können auch ihren Kindern keine reflektierten Umgangsweisen vermitteln.

Diese Eltern nehmen die Angebote der Fernsehinformation unterschiedslos als Abbildung der realen Welt wahr. Unabhängig von den Genres sehen sie hier die Gefährlichkeit und Gewalttätigkeit der Wirklichkeit widergespiegelt, in den Nachrichten bezogen auf die große und undurchschaubare Welt, im Infotainment und im Reality-TV bezogen auf die kleine Welt, deren Elemente sie auch in ihrem eigenen Umfeld vermeintlich wiedererkennen. Nachrichten werden von diesen Familien eher abgelehnt wegen ihrer Unverständlichkeit und der Abbildung der Gräueltaten, die in unserer Welt geschehen. Dem Infotainment und Reality-TV hingegen begegnen Eltern wie Kinder mit Interesse. Beide Genres werden grundsätzlich akzeptiert und, weil sie (Über)Lebenshilfe bieten, meist für lehrreich gehalten. U.a. wegen des Lerneffekts sehen sich die Eltern entsprechende Sendungen gemeinsam mit ihren Kindern oder lassen sie sie alleine anschauen. Im Extremfall werden sie sogar aufgezeichnet, damit den Kindern das Lerngeschehen nicht zu Schlafenszeiten offeriert werden muss.

Kinder aus solchen Elternhäusern erhalten kaum Anregungen, ihren Horizont zu erweitern.

Die Eltern bestätigen ihnen, was sie aus dem Fernsehen schon kennen, und umgekehrt, das Fernsehen bestätigt ihnen, was die Eltern ihnen schon beigebracht haben. Das eingeschränkte, und oft ängstliche Welt- und Menschenbild der Eltern findet sich bei den Kindern in verschärfter Form. Sie sehen primär sich selbst und ihre unmittelbare Umgebung. Um mit der Welt, die sie selbst erleben oder im Fernsehen sehen, umgehen zu können, steht ihnen bestenfalls ein von den Eltern übernommenes, und damit äußerliches Regelsystem zur Verfügung. So stehen die Kinder der Welt und der Fernsehinformation gleich hilflos gegenüber, ohne Möglichkeiten der Wahl, der Reflexion und der Verarbeitung.

3. Medien als Gefährdung

Am häufigsten sind die Medien als Problemauslöser im Gespräch. Nicht nur, wenn Jugendliche andere Menschen erschießen und man vermutet, dass Medientypen hierzu beigetragen haben, sondern schon, wenn man sich mit der Fernbedienung durch das Fernsehangebot bewegt und auf Kinofilme US-amerikanischer Provenienz stößt, die Gewalt geradezu abfeiern, werden die Medien als Gefährdungspotential identifiziert. Es wird die Frage gestellt, ob die Gewaltdarstellungen in den Medien nicht Auslöser von Gewalthandlungen der Heranwachsenden sein können.

Aber nicht allein bei offensichtlichen Gewaltdarstellungen wird das Gefährdungspotential der Medien diskutiert. Es wurde bereits darauf verwiesen, Medieninhalte oft in Konkurrenz stehen zu den Normen und Werten, die innerhalb der Familie vermittelt und gelebt werden. Eltern werden von den Kindern mit dem Argument konfrontiert, was richtig und falsch sei, werde im Fernsehen ganz anders dargestellt. Überall dort, wo Eltern den medialen Sichtweisen keine guten Argumente entgegenstellen können oder wollen, besteht die Gefahr, dass die vereinfachten Weltbilder, die vor allen Dingen in der Unterhaltung, aber auch in Pseudoinformationssendungen wie Gerichtsshows oder Nachmittagstalks vermittelt werden, einen prägenden Einfluss auf die Kinder haben. Wenn die Kinder von den Medien in dieser Weise geprägt werden, so bedeutet dies auch, dass die Familie davon beeinflusst wird und Tatsache ist, auch die Eltern lassen sich von den Medientypen beeinflussen. Sie konsumieren, wie die hohen Quoten zeigen, lieber noch als ihre Kinder problematische Sendungen.

Können unter diesen Voraussetzungen Medien als Gefährder so weit gehen, dass sie tatsächlich abweichendes, möglicherweise sogar kriminelles Verhalten bei Kindern auslösen? Knapp zusammengefasst ist der Stand der Wissenschaft zu dieser Frage, dass Medien eine unterstützende Wirkung haben. Ein Kind, das in einer gesunden Umgebung aufwächst in dem Sinne, als sich seine Eltern um es kümmern und sich ständig mit ihm in liebevoller und verständiger Weise auseinandersetzen, ist durch Medieninhalte nur bedingt beeinflussbar. Die moderierende Funktion der Eltern geht weit über die direkte Wirkung von Medien hinaus.

Wenn aber die moderierende Funktion der Eltern fehlt, wenn Eltern, und das sind nicht wenige, immer weniger ihre Erziehungsaufgabe wahrnehmen, dann können Medien an deren Stelle treten und dies kann gerade bei Heranwachsenden zur Folge haben, dass Medienbilder und Realität ineinander fließen und dass labile Heranwachsende Medien Vorbilder in Realität umsetzen.

Glücklicherweise zeigt sich diese Wirkung nur bei einer Minderheit der Heranwachsenden. Glücklicherweise findet in den meisten Familien zumindest ein Zurechtrücken der medialen Wirklichkeit statt bzw. die Zuwendung der Kinder zu den Eltern wird in der Intensität vermittelt, dass die Kinder nicht alternativ auf Medien zurückgreifen müssen. Aber immer dann, wenn Kinder den Medien ausgeliefert sind, seien es digitale Medien, also problematische Computerspiele oder problematische Inhalte des Internets oder die audiovisuellen Medien Fernsehen und Film, kommen problematische Medien Vorbilder hinzu.

Unabhängig vom Inhalt jedoch gefährden die Medien dann die Erziehung, wenn sie an die Stelle des familiären Zusammenseins treten. Die Zunahme der Medien, die Aufrüstung der Kinderzimmer mit immer neuen Medien führt in immer mehr Fällen auch dazu, dass die Familien separiert voneinander leben, sich nur noch zur Nahrungsaufnahme treffen. Hier werden die Möglichkeiten der elterlichen Einflussnahme sehr gering. Die Medien gefährden durch ihre Allgegenwart und die daraus folgernde Allmacht die Kommunikation in der Familie. Da gerade Eltern die mit ihrem Erziehungsauftrag Schwierigkeiten haben, sich häufig durch die Medien entlastet fühlen, entsteht ein negativer Kreislauf, der besagt, dass zum einen die familiäre Kommunikation durch Medien gefährdet wird, aber natürlich auch die Inhalte, die in den Köpfen der Kinder entstehen, nicht mehr dem Einfluss der Eltern unterliegen, also durch einen Gegenpart relativiert werden können, sondern für sich und in unkontrollierter Weise wirken.

Wenn wir uns nun diese Formen der Einflussnahmen der Medien auf die Familien ansehen, so stellt sich die Frage, was zu tun ist. Bislang erhalten die Eltern, ob sie wollen oder nicht, von Seiten des Staates Unterstützung durch den Jugendmedienschutz. Das Elternprivileg, nämlich exklusiv Einfluss auf die eigenen Nachkommen zu nehmen, ist in der Verfassung unter bestimmten Voraussetzungen eingeschränkt, nämlich dann, wenn das körperliche und geistige Wohl der Kinder gefährdet wird. Der Jugendmedienschutz ist eine solche Form der Einschränkung, die in allen Medien auf unterschiedliche Weise greift. Kann der Jugendmedienschutz aber seine unterstützende Wirkung entfalten? Findet er bei den Eltern die Resonanz, die er braucht, um wirksam zu werden? Staatliche Maßnahmen bzw. Kontrollen durch unabhängige Organe und Einflussnahme auf das familiäre Verhalten haben ja nur dann eine Wirkung, wenn sie auf der anderen Seite von den Eltern selbst mitgetragen werden.

Exkurs: Die Akzeptanz des Jugendmedienschutzes

Ein kurzer Blick in eine Untersuchung, die nach der Akzeptanz des Jugendmedienschutzes in Deutschland fragte (ausführlich in Schorb/Theunert 2001), kann die Frage nach dessen Resonanz in Familien beantworten. Zielgruppe der Untersuchung war einerseits die gesamte Bevölkerung der Bundesrepublik Deutschland, und andererseits eine Gruppe von Menschen, die mit der Vorsperre eine neue technische Form des Jugendmedienschutzes erprobt, nämlich die Abonnenten von Premiere. Premiere, der einzige zur Zeit bestehende digitale Abonnementanbieter in der Bundesrepublik Deutschland hat zu Zwecken des Jugendmedienschutzes eine Vorsperre eingerichtet. Diese Vorsperre hat zur Folge, dass Sendungen, die unter Jugendmedienschutzaspekten problematisch sind, verschlüsselt ausgestrahlt werden, und nur durch die Eingabe eines Pin-codes entschlüsselt und damit gesehen werden können. Diejenigen Ergebnisse der genannten Untersuchung, die die Frage nach der Akzeptanz des Jugendmedienschutzes beantworten können, möchte ich hier knapp vorstellen.

* Der Jugendmedienschutz wird von der deutschen Bevölkerung befürwortet.

86 % der Gesamtbevölkerung und sogar 90 % der Abonnenten von Premiere meinen, dass Jugendmedienschutz generell notwendig ist. Die gegenteilige Meinung wird so gut wie gar nicht vertreten. Besonders hoch ist die Befürwortung des Jugendmedienschutzes mit 94 % in den Abonnentenhaushalten von Premiere, in denen Kinder leben. Aber auch in den kinderlosen Abonnentenhaushalten liegt die Befürwortung noch bei 85 %, also weit mehr als drei Viertel der Bevölkerung. Dass vor allem Eltern für den Jugendmedienschutz sind, belegen die Ergebnisse der parallel durchgeführten Familienstudie. Fast ausnahmslos votieren die dort befragten Eltern für den Jugendmedienschutz. Selbst diejenigen Eltern, die den Jugendmedienschutz als für die eigene Familie unnötig ansehen und meinen, sie könnten ihn am besten selbst gewährleisten, halten ihn generell, und vor allen Dingen im Hinblick auf andere Familien für unverzichtbar.

Mit der jetzigen Form des Jugendmedienschutzes ist ebenfalls die Bevölkerung in hohem Maße einverstanden. Die generelle Akzeptanz des Jugendmedienschutzes bedeutet ja noch nicht unbedingt, dass man mit der aktuellen Ausprägung einverstanden ist. Aber 90 % der Bevölkerung und 88 % der Abonnenten sind mit dem Jugendmedienschutz in seiner jetzigen Form einverstanden oder wollen ihn sogar noch verschärft wissen. Diejenigen, die für einen strengeren Jugendmedienschutz votieren, machen in der Gesamtbevölkerung weit mehr als die Hälfte, nämlich 59 % aus, und unter den Abonnenten immerhin die Hälfte, nämlich 49 %. Die Befürworter einer Verschärfung des Jugendmedienschutzes sind vor allen Dingen Frauen, und hier 66 % in der Bevölkerung und 57 % bei den Abonnenten.

- * Die positive Bewertung des Jugendschutzes bezieht sich auch auf die einzelnen Jugendschutzmaßnahmen.

Als erstes zeigt sich, dass die Jugendmedienschutzmaßnahmen, die sinnlich wahrnehmbar sind, bei den Befragten besonders gut wegkommen: Die hörbare Ungeeignetheitsansage des Free-TV und die sichtbare Vorsperre des Pay-TV werden als sehr sinnvoll bewertet, von den Abonnenten, die mit der sichtbaren Vorsperre konfrontiert sind noch deutlicher als von der Gesamtbevölkerung. Das ist in sofern ein interessantes Ergebnis, als es zeigt, dass diejenigen, die einer Jugendschutzmaßnahme direkt unterworfen sind, diese noch positiver sehen als diejenigen die sie nur vom Hörensagen und von Beschreibungen kennen.

Verglichen mit den sinnlich wahrnehmbaren Maßnahmen des Jugendmedienschutzes sinkt die Zustimmung zu einer weiteren Form des Jugendmedienschutzes, den Sendezeitgrenzen, etwas ab. Ungefähr zwei Drittel der Bevölkerung und der Abonnenten bewerten die Sendezeitgrenzen, also das bekannteste Jugendschutzinstrument positiv.

Besonders interessant ist, wie das technische Instrument des Jugendmedienschutzes, die Vorsperre von denjenigen gesehen wird, die täglich damit umgehen, nämlich von den Abonnenten. Die Antwort ist eindeutig: Die Vorsperre genießt bei den Abonnenten hohes Ansehen. Sie findet von allen Jugendschutzmaßnahmen des Fernsehens die höchste Zustimmung. 86 % der Befragten Abonnenten bewerten sie als sinnvollen Jugendschutz. Bevor die hier zitierte Untersuchung durchgeführt wurde, war immer wieder eingewandt worden, dass die Vorsperre die Abonnenten des digitalen Fernsehens zumindest störe, weil diese sich vor allen Dingen zusammen setzten aus Singles, die nun durch die Vorsperre behindert würden oder sich fühlten. Nun hat unsere Untersuchung ergeben, dass nur in 32 % aller Haushalte der Gesamtbevölkerung Kinder leben, jedoch in 41 % aller Haushalte, die Premiere abonniert haben. Premiere ist also eher ein Familiensender als einer für Singles. Darüber hinaus gibt es aber überhaupt nur eine kleine Gruppe von Abonnenten gibt, nämlich nur 9 %, die den Jugendschutz für übertrieben hält. Jedoch selbst diese kleine Gruppe beurteilt zu zwei Drittel die Vorsperre als ein sinnvolles Instrument.

- * Die Balance, die Verantwortung für den Jugendmedienschutz auf mehrere Schultern zu verteilen, wird geschätzt.

Abschließend soll am Beispiel dieser Untersuchung noch ein Blick auf die Frage geworfen werden, wer denn nun für den Jugendmedienschutz in Deutschland Verantwortung tragen sollte. Hauptverantwortung für den Jugendmedienschutz wird von der einen Hälfte der Befragten sowohl unter der Bevölkerung als auch den Abonnenten den Eltern zugesprochen, Mitverantwortung von der anderen Hälfte ebenfalls den Eltern. Aber die Verantwortung wollen die Eltern geteilt sehen. Über 90 % der Befragten wollen, dass die Sender ebenfalls Verantwortung tragen und ihre Verantwortung auch deutlich machen. Ein Drittel aller Befragten sehen die Sender sogar in der Hauptverantwortung. Die dritte Gruppe der Verantwortungsträger, die Kontrollorgane des Staat bzw. die unabhängigen Kontrollorgane werden von ungefähr drei Viertel der Befragten in der Haupt- oder Mitverantwortung gesehen. Festzuhalten ist hier allerdings, dass die meisten Befragten nicht zwischen öffentlichen unabhängigen Organen und dem Staat unterscheiden können, sondern sie beide zusammen sehen. Immerhin ein Viertel Bevölkerung und der Abonnenten wollen keine Verantwortung der öffentlichen Kontrollorgane.

Dies sind, so zeigt die Familienstudie, vor allem die Eltern, die im Fernsehgang ihrer Kinder auf das Elternprivileg pochen, und die Eltern, die die eigenen Jugendschutzkompetenz höher einschätzen als jede professionelle Kompetenz. Es schwingt bei diesem Viertel auch ein Stück weit das Misstrauen gegenüber dem Staat und staatlicher Zensur mit, was im Rückblick auf die deutsche Geschichte wohl verständlich ist.

Wenngleich die Eltern den Jugendmedienschutz höchst positiv bewerten sind sie doch nicht mit allem zufrieden. Probleme liegen für sie vor allem in der Transparenz. Schwierigkeiten haben sie mit dem Deutlich- und Verständlich-Machen der Regeln des Jugendmedienschutzes. Die Eltern wollen vom Jugendmedienschutz Hilfen für die Erziehung. Aber diese Hilfen können sie nur dann nutzen und gebrauchen, wenn sie diese auch verstehen. Unverständlich ist beispielsweise für viele, warum es für 16- und 18-Jährige altersdifferenzierende Regelungen im Fernsehen gibt, für die Kleinen unter 12 jedoch, die besonders schützenswert sind, keine solchen Differenzierungen vorhanden sind.

Zusammenfassend

ist als Resümee dieses Überblicks über Medien und Familie zu konstatieren, dass trotz der Allgegenwart und Allmacht der Medien der wichtigste Einflussfaktor für unsere Kinder die Familie ist. Dort wo die Familie funktioniert, wo sie ihre Erziehungsfunktion wahrnimmt, wo sie den Kindern Hilfen und Orientierungen bietet, kann sie die Medien in den Schatten stellen, ohne deren Einfluss jedoch völlig beseitigen zu können. Familien mit einer lebendigen Erziehungspraxis sind Familien, in denen die Diskussion einen hohen Stellenwert hat. Die guten Argumente der Eltern gegen Medien und Medienmissbrauch werden um so mehr anerkannt, je mehr Eltern selbst in der Lage sind, mit ihrem Medienkonsum umzugehen. In jedem Fall, so zeigen unsere Untersuchungen, werden die Argumente der Eltern für seriöser gehalten als die Argumente der Medien. Problematisch wird es also überall dort, wo die Eltern, aus welchen Gründen auch immer, ihren Erziehungsauftrag nicht oder nicht ausreichend wahrnehmen. Der Medieneinfluss wird um so stärker, als er den elterlichen Einfluss ersetzt oder ersetzen muss. Wo die Heranwachsenden statt mit den Familienmitgliedern mit den Medien interagieren, wo das Märchen von interaktiven Medien geglaubt wird und sei es auch nur aus Bequemlichkeit der Annahme gefrönt wird, die Medien böten alles, auch Erziehungshilfe, dort können die Medien ihren Einfluss in voller Breite entfalten. Dabei ist nicht zu verkennen, dass problematische Angebote, nämlich alle die Angebote, die beispielsweise primitive Lösungen mit Gewalt, Krieg oder ähnlichem propagieren, eine sehr starke Dominanz im Unterhaltungsbereich haben und auch von daher dominant in der Wahrnehmung sind.

Eine ideale Form, sich mit den Medien auseinander zu setzen ist es, die Medien aktiv zu nutzen. In einer Familie könnten beispielsweise die Möglichkeiten genutzt werden, die der Computer bietet. Hier lassen sich eigene Dinge herstellen, die dem früheren Basteln ganz ähnlich sind. Jugendliche produzieren ja Glückwunschkarten, sie stellen sich Fotoserien zusammen, sie schneiden Filme, sie machen Hörbeispiele, sie versuchen interaktive Kommunikation weltweit zu betreiben, sie basteln eigenen Homepages und vieles mehr. Wenn die Interessen der Kinder und die Interessen der Eltern hier zusammen fallen, können beide voneinander lernen. Man muss nicht unbedingt den gemeinsamen Laubsägen nachweinen, sondern kann die eigentlichen Möglichkeiten, die in dem früheren gemeinsamen Basteln lagen, auch mit Medien nutzen. Schließlich sind Medien nichts anderes als Mittler und Werkzeuge. Wenn man sich den Werkzeugen nicht mehr unterwirft, sondern sie auch selbst in die Hand nimmt, dann ist man auch ein Stück weit gegen deren Dominanz gefeit. Hier könnte eine der Aufgaben für die Familienbildung sein. Es wird immer wieder und zu recht konstatiert, dass gerade problematische Familien einer Fortbildung über Medien und Medienprobleme nicht zugänglich sind. Vielleicht könnte die Aktivierung der Eltern dadurch gelingen, dass man den aktiven Teil der Medienarbeit betont und hierüber ihnen selbst Kompetenzen vermittelt und die Realisierung dieser Kompetenzen gemeinsam mit den Kindern dazu führt, dass die Medien in den Familienalltag integriert werden, aber nicht als Diktatoren, sondern als Begleiter, die man im Griff hat.

Bauer, W., Baur, E., & Kungel, B. (Hrsg.). (1976). 4 Wochen ohne Fernsehen. Berlin:

Grimm, B. (1941 (5te)). Kinder- und Hausmärchen. 2 Bände. Marburg: Eiwert'sche

Schorb, B., & Theunert, H. (Hrsg.). (2000). "Ein bisschen wählen dürfen." Jugend-Politik - Fernsehen. Eine Untersuchung zur Rezeption von Fernsehinformation durch 12- bis 17-Jährige. München

Schorb, B., & Theunert, H. (2001). Jugendmedienschutz - Praxis und Akzeptanz. Eine Untersuchung von Bevölkerung und Abonnenten des digitalen Fernsehens zum Jugendmedienschutz, zur Fernseherziehung und zum Jugendschutzinstrument Vorsperre. Berlin

Theunert, H., & Schorb, B. (1995). "Mordsbilder"- Kinder und Fernsehinformation. Berlin

Neue Herausforderungen im Spannungsfeld von Familie und Erwerbsarbeit

Prof. Dr. Uta Meier

Lehrstuhl Wirtschaftslehre des Privathaushalts und Familienwissenschaft
Justus-Liebig-Universität Giessen

1. Vorbemerkung

Der Strukturwandel moderner Gesellschaften vollzieht sich in einem beeindruckenden Tempo. Schon Anfang der 50er des vergangenen Jahrhunderts hatte Jean Fourastie¹ vorausgesagt, dass der Dienstleistungsbereich (tertiärer Sektor) enorm expandieren und zu neuen Arbeitsplätzen führen würde, wohingegen die Beschäftigungschancen in Landwirtschaft (primärer Sektor) und Industrie (sekundärer Sektor) mehr und mehr zurückgehen.

In der Tat sind heute in der Bundesrepublik Deutschland bereits 60 % aller Beschäftigten im Dienstleistungsbereich tätig; lediglich 24 % arbeiten noch im produzierenden Gewerbe. Die Prognosen für das Jahr 2010 besagen, dass dann ca. 72 % dienstleistende Berufe aller Art ausüben werden. An dieser Entwicklung haben Frauen überdurchschnittlich teil: Schon heute sind sie in Ost- und Westdeutschland zu beinahe 80 % im tertiären Sektor tätig.

Offensichtlich befinden wir uns auf dem Weg in eine interaktive Dienstleistungsgesellschaft, wenngleich gerade Deutschland im internationalen Vergleich öfter eher als eine „Dienstleistungswüste“ charakterisiert wird.

Aufgrund einer relativ homogenen Lohnentwicklung in den industriellen Kernsektoren und der familienpolitischen Konzeption des „starken Brotverdienermodells“ in Westdeutschland (Hausfrauenehe) sah sich - anders als beispielsweise in den USA oder in Nordeuropa - der Staat bis in die 90er Jahre des 20. Jahrhunderts kaum veranlasst, den öffentlichen Dienstleistungsbereich zu fördern. Man setzte auf die Privatisierung von Haus- und Familienarbeit, unterstützt durch moderne Haushaltstechnik. So erklärt sich die bis heute zurückhaltende offizielle Nachfrage nach arbeitsintensiven sach- und personenbezogenen Dienstleistungen der Privathaushalte bzw. die große Zahl der dort illegal beschäftigten Personen.

Diese weit verbreitete deutsche Alltagspraxis verdichtete sich gewissermaßen zu einer kulturellen Barriere: So stimmten in einer repräsentativen EMNID-Umfrage 1996 immerhin 71 % der Probanden der Aussage zu, dass viele Dienstleistungen nicht notwendig seien, da man (frau) sie selbst erledigen könne. 58 % der Befragten war es peinlich, wenn andere Leute für sie putzen.

2. Hoffnungsträger Haushaltstechnik

Repräsentative Zeitbudgetuntersuchungen belegen in diesem Zusammenhang sehr eindrücklich, dass das Gesamtvolumen an unbezahlter Arbeit im privaten Haushalt deutlich größer ausfällt als die Gesamtstundenzahl, die hierzulande insgesamt für Erwerbsarbeit aufgewendet wird. 95,5 Mrd. Stunden unbezahlte Arbeit stehen lediglich 60 Mrd. Stunden Erwerbsarbeit gegenüber.

Die im privaten Haushalt anfallende unbezahlte Arbeit wird dabei zu ca. 80 % durch Frauen geleistet; oft als „Arbeit aus Liebe“ apostrophiert.

Was die verlässliche „Mithilfe des Mannes“ im Haushalt angeht, so belegen verschiedene Studien seit Jahren, dass sich hier sehr wenig tut im Sinne einer partnerschaftlichen Arbeitsteilung. Wenn Männer Väter geworden sind, investieren sie lediglich 6 Minuten pro Tag mehr in die Haus- und Fürsorgearbeit, als zu der Zeit, wo sie mit ihrer Partnerin einen Zwei-Personen-Haushalt führten. Dabei fällt ihre „vornehme Distanz gegenüber dem feuchten Textil“ (Putztuch, Windel, Wäsche) auf und das, was Ulrich Beck „die verbale Aufgeschlossenheit bei weitgehender Verhaltensstarre“ genannt hat. Das heisst, ein vollmundiges Bekenntnis zur gemeinsamen Verantwortung für Haushalt und Familie der Männer, aber keine gleichberechtigte Arbeitsteilung in der Praxis gelebter Elternschaft.

Vor diesem Hintergrund überrascht es kaum, dass Frauen seit Generationen eher auf Haushaltstechnik setzen. Allerdings haben sich die Hoffnungen auf eine Minderung der kräftezehrenden und zeitraubenden Hausarbeit durch moderne Haushaltsgeräte bisher nicht erfüllt. Zwar wurde mit der Einführung der Waschmaschine und anderer diverser Haushaltstechnik der Kraftaufwand reduziert; die zur Bewältigung der Haus- und Fürsorgearbeit benötigte Zeit ist allerdings seit Jahrzehnten konstant hoch. Das hat zum Beispiel mit den höheren Hygienestandards zu tun, aber auch mit den neuen Anforderungen an das moderne Haushaltsmanagement, um die Tagesabläufe von Männern, Frauen und Kindern zwischen Familie, Betreuungseinrichtungen, kommunaler Infrastruktur und Berufswelt zu synchronisieren. Hinzu kommt ein erhöhter Zeitbedarf, der daraus resultiert, sich über das Angebot an bedarfsgerechten Gütern und sach- wie personenbezogenen Dienstleistungen am Markt zu informieren. In Fachkreisen wird hier von „neuer Hausarbeit“ (M. Thiele-Wittig) gesprochen.

Ein erneuter Hoffnungsschub zur Reduzierung von Hausarbeit wird seit einigen Jahren durch das Potential an vernetzter interaktiver Technik von einschlägigen Anbietern in Aussicht gestellt.

Wie auch immer wir uns in den technischen Strukturen unseres Privatbereichs eingerichtet haben und unabhängig davon, wie wir den gegenwärtigen Stand der Haushaltstechnik einschätzen, wird die „informationstechnologische Dauerrevolution“ (U. Beck) - zumal wegen der wachsenden Entgrenzung von Wohn- und Arbeitsort - auch unser Privatleben tangieren.

Es geht aus Sicht der Hersteller und Anbieter von vernetzter Technik um eine möglichst umfangreiche Einbindung der Haushalte in die interaktive Dienstleistungs- und Informationsgesellschaft, das heißt in eine Gesellschaft, die ihr Selbstverständnis aus dem Austausch von Informationen und einer computergestützten Kommunikation bezieht. Private Haushalte werden in dieser Perspektive als großer Absatzmarkt für elektronisch geleitete Güter und Dienstleistungen begriffen.

Wenngleich im Prinzip jeder häusliche Lebensbereich elektronifizierbar ist, so geht es hier nicht nur um Arbeitserleichterungen beim Kochen, Waschen oder Putzen, sondern stärker um die Nutzung neuer Technik für die Beziehungsgestaltung, für die Kommunikation zwischen den Menschen.

Neue Infrastrukturnetze werden als Voraussetzung für die Sammlung, Speicherung, Übertragung und Vervielfältigung von Informationen in haushaltstechnischen Geräten geschaffen und dienen auch der Individualkommunikation und -unterhaltung.

Die Visionen von „smart“ oder „intelligent home“ klingen jedenfalls allesamt vielversprechend und künden vom „Ende der Hausarbeit“.

Ein Beispiel:

„Wer kennt das nicht: Das Meeting im Büro dauerte doch wieder länger als erwartet, die Supermärkte haben schon zu, und der Partner hat auch nichts zum Abendessen eingekauft, weil einer sich auf den anderen verlassen hat...Solche Szenen wird es wohl in ein paar Jahren nicht mehr geben. Stattdessen sieht der Ablauf etwa so aus: Ein kurzer Check aus dem Büro per notebook zeigt, dass der Kühlschrank gut gefüllt ist - er hat die zur Neige gehenden Lebensmittel automatisch nachbestellt. Auf Nachfrage stellt er ein zum Vorrat passendes Rezept vor. Während der Fahrtzeit für den Heimweg stellt sich der Backofen schon einmal chipgesteuert auf das richtige Garprogramm ein, und schon kurz nach dem Heimkommen dampft das fertige Essen auf dem Tisch.“ („Vernetzter Haushalt“, ein Workbook von Elektrolux 2000, S. 51)

Was bislang allerdings kaum thematisiert wird, ist der Umstand, dass Geschlechterverhältnisse sowohl in den Entstehungs- als auch Anwendungszusammenhängen moderner Netztechnologien maßgeblich zum Tragen kommen, das heißt, vernetzte Technologien und Geschlechterverhältnisse bedingen sich wechselseitig.

3. Wer nutzt vernetzte Technik, wer surft im Internet?

Noch eröffnet sich der Zugang zum World Wide Web vor allem über die Erwerbswelt. Dabei gilt: Je höher die Berufsposition, desto häufiger verfügen die betreffenden Personen über einen Internet-Anschluss. In der Konsequenz heißt das, Frauen haben hier bei weitem nicht die gleichen Zugangschancen wie Männer. Damit verlängert sich die schon bei herkömmlicher Technik bekannte Ungleichheitsdimension gewissermaßen ins Informationszeitalter hinein. Eine österreichische Untersuchung belegt zudem, dass sich die Abstände im Zugang zu vernetzter Technik in den vergangenen Jahren nicht verringert haben. Das gilt für die Nutzungsparitäten zwischen Männern und Frauen im Zeitraum von Anfang 1997 bis zum Ende des 3. Quartals 1999. Im Vergleich der Bildungsklassen vertiefte sich der Abstand sogar von 24 % auf 41 % zwischen der obersten und untersten Bildungsklasse – ein eindeutiger Befund für eine sozialstrukturelle Ungleichheitsentwicklung in diesem Bereich (Eichmann 2000, S. 271f.)

Im Privatbereich ist der Computer ebenso den Ehemännern und Vätern zugeordnet wie diverse Fernbedienungen oder Heimwerkergeräte. Aus diesem Grund gilt es, öffentlich Internetpools (Cafés etc.) oder Initiativen wie "Frauen ans Netz" unter professioneller Anleitung zu fördern, wo Frauen das notwendige Know how erlangen können bzw. vorhandene Schwellenängste überwinden lernen.

Ein weiterer Ursachenkomplex für die vergleichsweise geringe Präsenz von Frauen im Internet liegt in der Dominanz von männlich geprägten Netzangeboten. Diese Angebote haben in der Regel wenig zu tun mit den Interessenlagen und Arbeitsbereichen von Frauen. Das erschwert es ihnen, sich den Zugang zur Netztechnik offensiv zu erschließen.

Gabriele Winker hat im Ergebnis ihrer Recherchen die Fixierung von Netzinhalten auf den Erwerbs- und Freizeitbereich konstatiert. Demgegenüber bleiben Angebote, die die Alltagsarbeit und Erfahrungsbereiche von Frauen erleichtern könnten, die Ausnahme (Winker 1999). Durchaus bezeichnend ist, dass Internetangebote von Betreibern und Anbietern erstellt werden, die zu 83,3 % angeben, dass der Computer ihr zentrales Interessengebiet ist.

Aber auch in den öffentlichen WWW-Seiten fehlen Informationen weitgehend, die speziell für Frauen interessant sein könnten. Stadtinformationssysteme enthalten bislang kaum Hinweise auf die politische und kulturelle Frauenarbeit und auf frauenspezifische Beratungsangebote (ebd. S. 14).

Als Indiz für die Alltagsvergessenheit von Netzanbietern kann darüber hinaus angesehen werden, dass es bei den größten Kataloganbietern keine eigene Kategorie "Haushalt" gibt. In traditioneller Manier werden lediglich "Hausfrauenseiten" eingerichtet, die bezeichnenderweise unter dem Pfad "Freizeit - Essen und Trinken - Rezepte" oder "Freizeit - Unterhaltung - Humor" firmieren. Mit der Alltagsarbeit von Frauen hat das relativ wenig zu tun. Es tut sich demnach ein erheblicher frauenpolitischer Handlungsbedarf auf, und zwar sowohl bei der Gestaltung von Katalogseiten als auch Suchmaschinen.

Wir haben es dabei mit folgendem Tatbestand zu tun: Vernetzte Techniken sind ebenso wie herkömmliche Haushaltstechnologien fast ausschließlich von Männern in ihren Berufspositionen als Wissenschaftler oder Ingenieure entwickelt worden und Resultate der Industrie- und Militärforschung. Erst über einen Technologietransfer finden sie Eingang in die informelle Ökonomie privater Haushalte. Mag die technische Kompetenz von Ingenieuren und Konstrukteuren dabei noch so beeindruckend sein, mit dem häuslichen Aufgabenspektrum und den Bedürfnissen von Frauen, Eltern, Kindern, Kranken und Alten nach emotionaler Unterstützung und einem kulturvollen Zusammenleben sind sie in der ganz überwältigenden Mehrheit nicht vertraut. Davon zeugen - wie eingangs gezeigt - einschlägige Untersuchungen über innerfamiliäre Zeitverwendungsmuster: Nach wie vor ist ihre Beteiligung an den häuslichen Aufgaben verschwindend gering.

Nach wie vor wird das männliche Vorurteil gepflegt, dass Frauen eine ausgeprägte Technikdistanz aufweisen. Demgegenüber ist richtig, dass weibliche Technikakzeptanz in den vergangenen Jahren im Vergleich zu der der Männer überproportional gestiegen ist. Frauen sind sehr wohl im Stande, konkrete Anforderungen an neue Technologien zu formulieren. Ihre Erwartungen richten sich auf sinnvolle technische Möglichkeiten zur Erleichterung bzw. besseren Koordinierung von Verpflichtungen im Erwerbs- und Privatbereich. Die Anschaffung von Technik im Haushalt auch in ihrer vernetzten Variante wird von ihnen zunehmend kompetent und nüchtern unter dem Aspekt erwartbarer Zeitersparnisse und von sich erschließenden Kommunikationsmöglichkeiten erwogen. Auch ökologische Aspekte gewinnen zunehmend an Bedeutung.

Es ist begründet davon auszugehen, dass sich die gegenwärtige Dominanz von männlichen Technik- und Freizeitinteressen im World Wide Web erst abbauen lässt, wenn Frauen nicht nur als anspruchsvolle Netzanwender/-innen auftreten, sondern auch in entsprechenden Berufen (Systementwicklerinnen, Softwarespezialistinnen, Fachinformatikerinnen) präsent und aktiv sind. Das ist derzeit allerdings nicht der Fall. Der Frauenanteil am Informatikstudium beträgt weniger als 10 %, den Ausbildungsberuf "Fachinformatiker(in)" ergreifen lediglich 12 % der weiblichen Auszubildenden. Außerdem sind bisher nur 23 % der Computerfachleute weiblich (Dostal 1996).

Teleshopping könnte für unterschiedliche soziale Gruppen durchaus attraktiv werden, aber auch hier ist charakteristisch, dass die gegenwärtigen Angebote für das Online-Einkaufen die Dinge des täglichen Bedarfs derzeit noch fast völlig aussparen. Bezeichnend ist in diesem Zusammenhang, dass von 454 Eintragungen unter der Rubrik "Nahrungs- und Genussmittel" allein 330 die Online-Getränkebestellungen betreffen; eine der wenigen Tätigkeiten, also die Männer im Haushalt übernehmen.

Moderne Multimediatechnik führt demnach keineswegs folgerichtig zur Reduzierung traditioneller Rollenbilder. Eher bestätigt sich eine Erkenntnis aus der industriesoziologischen Forschung: Neue Technik wird oft zur Verfestigung herkömmlicher Arbeitsteilungsmuster genutzt. Mädchen und Frauen werden im Internet sehr oft als modifiziert und als Hausfrau angesprochen, Jungen und Männer als künftige Ernährer ihrer Familien, fit in Sachen Wechselkurs und Bankgeschäft. Unbeachtet bleibt bislang, dass sich Mädchen und Frauen durchaus auf die neuen Möglichkeiten im Internet einlassen, allerdings geht es ihnen nichts um Bits und Bytes, sondern um die Verknüpfung von elektronischen und sozialen Netzen. Wir brauchen aktive Netzanwender/-innen, aber auch die Präsenz von Frauen in den neuen IKT-Berufen.

4. Die Zukunft der Arbeit: Teleheimarbeit - die große Chance für Frauen?

Im Zuge der Einführung von vernetzten Informations- und Kommunikationstechnologien ist zu beobachten, dass insbesondere den Frauen die Teleheimarbeit als eine besonders vereinbarkeitsfreundliche Arbeitsform nahe gelegt wird. Wenngleich prinzipiell die Möglichkeit der "freien Zeiteinteilung" Frauen attraktiv erscheint, so sind verschiedene Fallstricke zu beachten, die bei der Diskussion um die Teleheimarbeit Beachtung finden müssen.

Die Einrichtung von Teleheimarbeitsplätzen wird primär aus betriebswirtschaftlichen Erwägungen vollzogen, um die Wettbewerbsfähigkeit der betreffenden Unternehmen zu erhalten und zu verbessern.

Die Einrichtung von Telearbeitsplätzen ist aus der Sicht des Unternehmens eine durchaus kostengünstige Variante, insofern Büroräume nicht angemietet werden müssen oder sich zumindest mehrere Personen einen Arbeitsplatz teilen können.

Die Einrichtung von Telearbeitsplätzen birgt angesichts der nach wie vor traditionellen Rollenzuweisungen an Frauen die Gefahr, dass sie im digitalisierten Zeitalter erneut auf die Reproduktionsarbeit festgelegt werden und sämtliche Anforderungen zur Koordinierung zwischen Familien- und Erwerbsarbeit wiederum Frauen abverlangt werden, sodass neue Mehrfachbelastungen, etwa durch Nacht- oder Wochenendarbeit, entstehen. Allenfalls kann eine Entwicklung aus frauenpolitischer Perspektive als chancenreich betrachtet werden, wenn Telearbeit als ein alternierendes Beschäftigungsverhältnis eingerichtet wird, das heißt, wenn flexibel zwischen dem Büro in einem Unternehmen und dem Arbeitsplatz zuhause gewechselt wird. Allerdings verliert sich das Potenzial an Zeitsouveränität angesichts der gerade Frauen auf Teleheimarbeitsplätzen zugewiesenen Routinearbeit bei sehr engen Zeitvorgaben durch das Unternehmen.

Demgegenüber ist zu beobachten, dass die alternierende Telearbeit lediglich bei hoch qualifizierten Berufen in Forschung und Entwicklung, im Management oder bei der Programmierung angeboten wird und sich die zunehmende Zeit- und Ortsouveränität insbesondere für Männer als eine neue Form der Anerkennung ihrer Arbeit durchsetzt. Insgesamt jedoch werden Geschlechterarrangements auch hier nicht außer Kraft gesetzt, im Gegenteil. Waren die Ehepartner und Väter vormals mittags durch Kantinenessen versorgt und gab es professionelle Reinigungskräfte im Büro, so erfolgt jetzt gewissermaßen eine Rückverlagerung dieser Dienstleistungen in den privaten Haushalt. Wiederum wird von Müttern erwartet, dass sie dem programmierenden Vater als Haupternährer der Familie den Rücken freihalten. Allein diese Beispiele zeigen, dass die neuen Netztechnologien und die spezifischen Formen ihrer Anwendung keineswegs automatisch zum Abbau geschlechtshierarchischer Strukturen führen, sondern im Gegenteil die Gefahr ihrer Reproduktion und Verfestigung besteht.

5. Konsequenzen und Herausforderungen

Die Bestandsaufnahme der vorliegenden Wirkungen vernetzter Technologien zeigt, dass derzeit bestehende Geschlechterhierarchien eher abgestützt als reduziert werden. Der androzentrische Zuschnitt der neuen Informations- und Kommunikationstechnologien zeigt sich **erstens** im ungleichen Zugang von Männern und Frauen im Netz; **zweitens** im bislang einseitigen an männlichen Interessen und an der männlichen Normalbiografie ausgerichteten Netzangebote und **drittens** im Fortbestehen der geschlechtsspezifisch geprägten Arbeitsorganisation auf der Basis von vernetzter Technik (Stichwort: Teleheimarbeit). Insofern zeigt sich, dass die Anwendung moderner Computertechnologien in vorfindlichen geschlechtshierarchischen Strukturen eingebunden ist - Technik demnach nicht per se zur Veränderung dieser Strukturen beiträgt. Wer sich eine Veränderung dieser Geschlechterverhältnisse durch die neuen Informations- und Kommunikationstechnologien im Selbstlauf erhofft, wird enttäuscht werden.

Gleichwohl ist diese nüchterne Bestandsaufnahme kein Grund, alles weiter so laufen zu lassen wie bisher. Auch ein resignativer Technikpessimismus ist fehl am Platz, denn die Zukunft der vernetzten Technik ist prinzipiell offen. Sie kann und muss gestaltet werden, wobei es darum geht, mehr und mehr den Bedürfnis- und Interessenlagen von Frauen unterschiedlicher Herkunft, Berufspositionen, unterschiedlichen Alters und unterschiedlichen Familienstandes Rechnung zu tragen. Vernetzte Technik, die die programmierbare Abstimmung technischer Geräte in Haus und Wohnung auf die Bedürfnisse der Bewohner/-innen sowie die Kommunikation mit haushaltsexternen Diensten eröffnet, kann sich beispielsweise als durchaus attraktive Perspektive für eine alternde Gesellschaft erweisen. Dazu ist es allerdings erforderlich, Vorurteile über die vermeintliche Technikfeindlichkeit der älteren Menschen abzubauen. Wenn vernetzte Technik dazu geeignet ist, eine selbständige Lebensführung im Alter und damit Lebensqualität trotz körperlicher oder geistiger Beeinträchtigungen zu erhalten, sind Senior/-innen durchaus offen für technische Lösungen. Es ist allerdings unangebracht, in einen blauäugigen Technikoptimismus zu verfallen, wie das in futuristischen Beschreibungen von „Smart home“ eben häufig geschieht. Es gibt gute Gründe, sich gleichermaßen mit den latenten Gefahren dieser technischen Entwicklungen auseinander zu setzen. Wird das Problem sozialer Kontrolle und Isolation älterer Menschen durch vernetzte Systeme im Haushalt nicht möglicherweise noch verstärkt? So hilfreich die Vernetzung von Senior/-innenhaushalten mit Einrichtungen des kommunalen Gesundheitssystems auch sein kann, wenn dadurch vormals bestehende Sozialkontakte mit dem Pflegepersonal im Zuge einer „kostengünstigen Professionalisierung“ gekappt werden, ginge das an den Bedürfnissen der Betroffenen vorbei. Jedenfalls wird sich ihre soziale Isolation erhöhen, wenn die Anwendung vernetzter Technik dominiert und nicht in Verbindung mit kommunikativen und sozialen Aspekten der Lebensgestaltung im fortgeschrittenen Lebensalter gebracht wird.

Das können Wohnprojekte sein, in denen Angehörige verschiedener Generationen zusammen leben und vernetzte Technik als probates Mittel einsetzen, um die Selbständigkeit im Alter möglichst zu erhalten und zugleich zwischenmenschliche Kontakte - nicht nur via Bildschirm - zu pflegen.

Wenn wir über frauenpolitische Strategien nachdenken, dann kann es folglich nicht nur allein um die Fragen gehen, mehr Frauen ans Netz zu bringen, wiewohl die Resonanz auf entsprechende Initiativen (Brigitte-Initiative" Frauen ans Netz") überwältigend war und die These von der vermeintlichen Technikdistanz von Frauen ad absurdum führt. Es braucht also durchaus aktive Anwendungen der Multimedia-technik. Gleichwohl ist es im Sinne von mehr Chancengleichheit unverzichtbar, dass die vernetzte Technik auch von fachkundigen Frauen selbst entwickelt wird, z. B. durch Systemspezialistinnen, Informatikerinnen oder Multimedia-Assistentinnen. Frauen müssen an der Erstellung von Informationssangeboten ebenso beteiligt werden wie an der Veränderung heutiger Arbeitsformen, die mit vernetzter Technik arbeiten. Denn die Chancenpotenziale z. B. von Teleheimarbeit im Sinne einer höheren Orts- und Koordinierungssouveränität sind durchaus vorhanden.

Historisch gesehen haben wir es seit Mitte des 19. Jahrhunderts mit einer gesellschaftsweiten Trennung von Öffentlichkeit (Beruf) und Privatheit zu tun, die mit einer klaren Geschlechterrollenzuschreibung einhergeht. Diese Trennung bei gleichzeitiger Geschlechterrollenzuschreibung hat verschiedene offene wie subtile Formen von weiblicher Diskriminierung hervorgebracht.

Deshalb kommt es heute und in Zukunft darauf an, die Diskussion um den Einsatz und die Perspektiven vernetzter Technik in einer interaktiven Dienstleistungsgesellschaft zu verbinden mit Handlungsstrategien, die auf eine Überwindung dieser Spaltung zwischen Erwerbssphäre auf der einen Seite und Privatsphäre auf der anderen Seite hinauslaufen. Die Einführung neuer Informations- und Kommunikationstechnologien muss folglich mit einer Diskussion um die Neubewertung und Neuverteilung von Erwerbs- und Fürsorgearbeit verbunden werden. Wir müssen uns alles in allem fragen, wie die Dienstleistungs- und Informationsgesellschaft im Sinne einer geschlechterdemokratischen Gesellschaft umgestaltet werden kann: Die Diskussion um die Zukunft der Informations- und Wissensgesellschaft muss demnach untrennbar mit der Frage verbunden werden, wie wir leben wollen, welche Lebensqualität wir anstreben, und welchen Stellenwert wir dabei der Netztechnik diesseits und jenseits der Familie zuordnen wollen. Es geht - mit anderen Worten - um die aktive Einbindung von Frauen in den Prozess der sozialen Gestaltung und Kontrolle von Technikgenese, Technikbewertung und um den Zuschnitt von vernetzter Technik in verschiedenen Anwendungsfeldern.

Ein zentrales Anliegen bei der Anwendung von Netzwerktechnik im familialen Lebensbereich muss die Anerkennung von häuslichem Management- und Expertinnenwissen von Frauen und Müttern sein. Sie können mit detailliertem Sachverstand über Alltagsprobleme und Aufgaben in modernen Dienstleistungshaushalten Auskunft geben und formulieren, inwiefern moderne Technik zur Arbeitserleichterung oder für die Umsetzung bestimmter Lebensweisekonzepte sinnvoll eingesetzt werden kann. Konstrukteure und Techniker wären folglich gut beraten, diesem Know How nicht länger geringschätzig zu begegnen, sondern es für eine zeitgemäße soziale und umweltverträgliche Technikanwendung zu nutzen. Fragt man allerdings die mit der Technikgenese und -implementierung befassten Männer nach möglicherweise auftretenden sozialen, gesundheitlichen oder politischen Gefährdungen vernetzter Technik, so stößt man häufig auf Abwehr oder Unverständnis. Gleiches gilt, wenn Auskunft über deren Notwendigkeit oder ihrer Alltagstauglichkeit eingeholt wird. Während in der Industrie über den zunehmenden Technikeinsatz große Forschungsvorhaben durchgeführt werden, überwiegt im privaten Bereich eher das „try - and error“-Prinzip, getreu dem Motto, dass das Wachstum aus den verberuflichten Sektoren allmählich auf den privaten Bereich ausstrahlen wird. Mit anderen Worten: bei vielen Herstellern existieren bisher keine gesicherten Erkenntnisse über den tatsächlichen Bedarf einer Informatisierung des Alltagslebens. Oft, so scheint es, werden persönliche Vorlieben auf die breite Bevölkerung übertragen. Man spielt mit dem Angebot, etwas zu verkaufen, und findet elektronisch einen Interessenten. Sollte der Spieltrieb des Ingenieurs Antrieb für die technische Umwälzung des privaten Alltags sein? Gerade weil private Haushalte viel eher auf die Grenzen einer technisch-rationalen Organisation treffen als betriebliche Abläufe und Lebensqualität nicht nur und auch nicht in erster Linie durch technische Kompetenzen hergestellt werden, braucht es einen intensiven Diskussionsprozess mit den potentiellen Nutzer/-innengruppen. Bei vernetzter Technik ist die Entwicklung einer partizipativen Kultur besonders wichtig. Ansonsten nämlich werden sich ungerichtete Botschaften im interaktiven Raum verlieren oder aber vernetzte Systeme fungieren lediglich als Herrschafts- und Arbeitsinstrument der neuen Info-Eliten. Es gilt, gesellschaftsweit zu begreifen, dass ein von den Interessenlagen und alltäglichen Versorgungsbedürfnissen von Frauen, Kindern und alten Menschen abgekoppeltes Technikverständnis folgerichtig zu Technopolen (N. Postman) führt.

Deshalb sind Strategien zur Anwendung von vernetzter Technik vonnöten, die sich dem Ziel von Chancengleichheit zwischen den Geschlechtern und Generationen verpflichtet fühlen.

Verwendete Literatur

- Dostal, W. (1996): Arbeitsmarkt für Computerberufe leicht erholt. In: Materialien aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, MAB Nr. 2
- Eichmann, H. (2000): Medienlebensstile zwischen Informationselite und Unterhaltungsproletariat, Frankfurt a. M.
- Elektrolux (2000): Vernetzter Haushalt. Einblick.Ausblick.Hintergründe. Siegen
- Gorz, A.(1991): Ökonomische Rationalität und Lebenswelt. In: Honneth, A. (Hg.): Pathologien des sozialen. die Aufgaben der Sozialphilosophie, Frankfurt, S. 235-259
- Hansen, U.; Raabe, T. (1991): Konsumbeteiligung an der Produktentwicklung von Konsumgütern. Ergebnisse einer empirischen Untersuchung. In: Zeitschrift für Betriebswirtschaft 61, 2, S. 171-194
- Meyer, S. ; Schulze, E.; Müller, P. (1997): Das intelligente Haus - selbständige Lebensführung im Alter, Frankfurt/New York
- Roether, D.; Niemeyer, A. (1995): Netz oder Nie. Von der Frauenbewegung zum Technofeminismus: Warum Frauen den Spring in virtuelle Welten wagen. In: Freitag, 8.12.1995
- Ropohl, G. (1987): Neue Wege, die Technik zu verantworten. In: Lenk, H.; Ropohl, G. (Hg.): Technik und Ethik, Stuttgart, S. 149-176
- Sackmann, R. (1995): Technischer Wandel und Generationsunterschiede. In: WSI-Mitteilungen 8, S. 520-525
- Schindler, B. (1991): Technikfolgenabschätzung als Gegenstand der Ingenieurausbildung: Diskussionsstand und Realisierung. In: Beiträge zur Hochschulforschung, 1, S. 35-365
- Schweitzer, R. von (1991): Der Privathaushalt als Privathaushalt in der wissenschaftlichen Forschung. In: Verbraucherpolitische Hefte, 12, S. 7-17
- Spaß für die ganze Familie (1995), Com, November 1995, S. 28 f.
- Wajcman, J. (1994): Technik und Geschlecht. Die feministischer Technikdebatte. Frankfurt/M., New York
- Weizenbaum, J. (1995): Anpassung, die plötzlich Freiheit genannt wird. Gespräch mit Joseph Weizenbaum. In: Freitag, 1.9.1995, Nr. 36, S. 6
- Winker, G. (1999): Geschlechterverhältnis und vernetzte Systeme. In: Zeitschrift für Frauenforschung, 1+2, S. 9-25

MEDIEN, GEWALT UND VERANTWORTUNG ²⁴

Prof. Dr. Jo Groebel

Generaldirektor des Europäischen Medieninstituts Düsseldorf/Paris
Lehrstuhlinhaber an der Universität Utrecht

"Amoklauf in Erfurt", „Der Mörder mit der Totenkopfmaske“. Die Schlagzeilen und Bilder scheinen eher Horrorfilmen oder amerikanischen Sensationsnachrichten zu entstammen als deutscher Wirklichkeit. Aber sie geben echte Ereignisse wieder, geschehen im Jahr 2002.

Und wieder glauben wir, dass unsere Jugend immer mehr verroht, dass schlechte Mediovorbilder alle Werte verschwinden lassen und stattdessen zahlreiche Kriminelle hervorbringen. Tatsächlich spielen die Medien im heutigen Leben und eben auch bei Gewalt und Verbrechen eine wichtige Rolle. Nur: diese Rolle heißt nicht zwangsläufig, dass nach jeder Gewaltdarstellung gleich jemand loszieht und einen anderen erschießt oder wenigstens zusammenschlägt.

²⁴ Aus aktuellem Anlass hat sich Prof. Groebel dazu entschieden, anstelle seines Impulsreferates (Aufgabenfelder von Institutionen im Medienzeitalter) einen aktuellen Beitrag für die Dokumentation zur Verfügung zu stellen.

Nein, zunächst einmal sorgt die Bilderflut auf allen Kanälen mit ihren aufregenden und eben auch gewaltsamen Szenen für eine „Besetzung“ unseres Gehirns, bei der wir irgendwann die Grenzen zwischen Wirklichkeit und Fiktion vermischen. Und dann glauben wir auch, dass das Leben immer bedrohlicher wird und selbst hinter jedem harmlosen Gesicht eines Jugendlichen ein potenzieller Angreifer lauert.

Wer dabei glaubt, dass er jederzeit genau zwischen Fernsehbildern und eigenen Erfahrungen trennen kann, soll einmal ein einfaches Selbstexperiment machen. Spazieren Sie über die Münchner Maximilianstraße und früher oder später begegnen Sie einem Menschen, der Ihnen irgendwie bekannt vorkommt. War das jemand vom Fernsehen oder doch nur ein flüchtiger Bekannter, den wir mal von weitem auf einer Party gesehen haben? Unser Hirn hat eben nicht eine Medienregion und eine davon getrennte Realitätsecke. Längerfristig verwischen sich unsere Eindrücke, und so erscheint eben auch durch die Bilderflut vielen das Leben gefährlicher als es wirklich ist.

Besonders so spektakuläre Fälle wie der Amoklauf und der Totenkopf-Mord scheinen die Verrohung unserer Gesellschaft zu belegen. Tatsache ist aber, dass zumindest die Anzahl von Morden seit Jahrzehnten kaum gestiegen ist. Allerdings scheinen Kinder und Jugendliche, die gewalttätig werden, immer früher damit anzufangen. Und da dürfen wir uns eben doch nicht entspannt zurücklehnen. Jeder einzelne Gewaltfall ist einer zuviel.

Was bringt denn nun einen jungen Menschen dazu, einen anderen umzubringen? Und spielen die Medien nicht doch eine Rolle dabei? Selten hat eine extreme Tat nur eine einzige Ursache. Meist kommen mehrere Faktoren auf tragische Art und Weise zusammen. Da ist zunächst die Familie. Wir kommen nicht daran vorbei: Gewalt gebiert Gewalt. Wer bei seinen Eltern, wer in seiner Umgebung ständig mitbekommen hat, dass Schläge und Beschimpfungen normal sind, hat auch selbst eine viel geringere Hemmschwelle, sich genauso zu verhalten. Die Eltern, Vater, Mutter sind die ersten „Vorbilder“, da hat selbst Arnold Schwarzenegger zunächst keine Chance.

Aber manche Eltern entziehen sich ganz, sind zu beschäftigt, sind desinteressiert am Leben ihrer Kinder. Und so machen die sich auf den Weg, um andere Vorbilder zu suchen. Denn kein einziger Mensch, zumal in jungen Jahren, kommt ganz ohne Orientierungspersonen aus. Wer könnte da attraktiver sein als starke Film- und Fernsehhelden, die alle Schwierigkeiten im Leben mit links meistern? Und auch noch berühmt dabei sind. Ein Medienheld ist eine sichere Bank, enttäuscht nie, weil er immer nach dem gleichen Muster handelt. Das macht auf der Positivseite für Erwachsene ja auch einen Günter Jauch so anziehend. Leider wahr: Bei der Gewalt gibt es sogar den Verdoppelungseffekt, wir haben das in einigen Krisenregionen dieser Welt untersucht. In Angola, Tadschikistan, den Favelas Brasiliens, Kroatien kurz nach den Angriffen schauen sich Kinder, die durch Krieg oder Kriminalität Schlimmes erlebt hatten, noch begeisterter Gewaltdarstellungen an. Haben sie etwa nicht genug von der echten Gewalt? Vielleicht, aber sie suchen bei den aggressiven Helden den Trost, dass man alle Probleme lösen kann, wenn man nur stark genug ist.

Wie bringt nun eine Gesellschaft in unseren doch recht braven Breitengraden junge Leute sogar dazu, Amok zu laufen oder Kinder zu ermorden? Wie gesagt, es gibt nur selten eine einzelne Ursache. Und häufig ist unser Versuch, durch eine halbwegs plausible Erklärung etwas so Ungeheuerliches und Endgültiges wie die Tötung eines Menschen fassbar zu machen und uns damit ein wenig zu beruhigen, nicht erfolgreich. Es gibt einfach „Ausraster“, einen kurzen Moment, bei dem ein Mensch die Kontrolle verliert und es eine verhängnisvolle Kettenreaktion gibt.

Eine Ferndiagnose zu den Fällen ist letztlich unmöglich, aber sie tragen die Muster einer „Situationspathologie“ und einer „Personenpathologie“. Normalerweise hat jeder Mensch als Mischung aus biologischen Vernunftgründen und jahrtausendealter Zivilisation eine Tötungshemmung. Aber, das haben viele Experimente gezeigt (siehe auch den gleichnamigen Film), sie kann durchaus unterbrochen werden. Wenn wir uns nämlich extrem bedroht fühlen, unter höchstem Druck, wenn wir in einer anonymen hysterischen Masse mitgerissen werden oder wenn ein plötzlicher Absturz im Leben uns jeden Boden unter den Füßen verlieren lässt. Ein Hollywoodmuster in vielen Filmen, in den amerikanischen Nachrichten leider regelmäßig Thema und eben auch hin und wieder in Deutschland vorkommend, wie jetzt beim Amoklauf in Bayern: Ein eigentlich meist friedlicher Mensch flippt plötzlich aus, sieht keine Lebensperspektive mehr, versteift sich immer mehr auf einige „Schuldige“, die zum Hassobjekt werden. Das kann der verlassende Ehepartner sein, das kann der Chef sein, der einen feuerte.

Keine Hauptschuld dabei den Medien, außer, dass die vielen Gewaltbilder, an die man sich gewöhnt, bei anfälligen Menschen eben auch Mord als eine in unserer Gesellschaft "normale" Option erscheinen lassen und sogar eine Art Verhaltensmuster, eine Art Rezept für den sowieso schon Gewaltbereiten darstellen können. Insgesamt ist es aber eher die extreme Ausnahmesituation, die das Geschehen auslöst. Noch klarer auch, dass es in jedem Zusammenleben die statistischen Einzelfälle von Personen gibt, die anders "ticken", eine Psychopathie aufweisen oder im Wahn Freund und Feind nicht mehr unterscheiden können. Die meisten Morde von Einzeltätern, die nicht kalt berechnenden Verbrechern zuzuschreiben sind, dürften einer dieser beiden Kategorien zuzuordnen sein.

Was bleibt, ist eine Gesellschaft, die sich beunruhigt fühlt. Die Orientierungslosigkeit wird viel beklagt und ist kein neues Thema. Aber sie trifft eben für viele Kinder, Jugendliche und Erwachsene auch zu. Da spannt sich sogar ein Bogen von der Arbeitslosigkeit über den 11. September 2001 bis hin zu Uschi Glas und Erfurt. Wirtschaftlich und existentiell stehen wir unter Druck, so richtig sicher mag man sich auch im Westen nicht mehr fühlen, und selbst die letzten Säulen für Harmonie und funktionierende Familien stürzen ein. Und dann auch noch die Extremmorde mitten in unserem eigentlich friedlichen Zusammenleben. Das alles macht uns ziemlich nervös. Es lässt die einen immer ängstlicher werden, die anderen immer gereizter und aggressiver, dies wieder mal eher die Männer. Manche resignieren, und einige wenige werden zu Gewalttätern.

Was können wir tun? Es ist eine Aufgabe für die "fünf Ps", Politiker, Pädagogen, Produzenten, Parentes (lateinisch für Eltern) und die sogenannten Prosumenten, die Kinder und Jugendlichen nämlich, die aktiv Internet, Spiele, aber auch die herkömmlichen Medien nutzen.

Von der Politik dürfen wir erwarten, dass sie uns menschliche Vorbilder bietet und Werte auch dadurch, dass, nicht viele Sachthemen den parteilichen Auseinandersetzungen und dem Wahlkampf geopfert werden. Darüber hinaus ist sie natürlich für die Rahmenbedingungen des Jugendschutzes verantwortlich. Hier leisten die Landesmedienanstalten gute Arbeit.

In der Pädagogik muss der Vermittlung von Ethik und Medienkompetenz noch mehr Raum gegeben werden. Lehrer brauchen nicht nur umfangreiche Verordnungen, sondern müssen auch als individuelle Persönlichkeiten selbst zum Vorbild werden können. Trotz PISA ist Schule nicht nur ein Wissensort, sondern auch die wichtigste Basis, vernünftige Formen friedlichen Zusammenlebens zu lernen.

Die "Produzenten" der Film- und Fernsehbilder müssen sich eigenverantwortlich über die möglichen Risiken mancher Inhalte im Klaren sein. Sie sind keinesfalls Sündenböcke, aber manchmal tut die Frage ganz gut: Würde ich so etwas meinen eigenen Kindern zumuten? Nicht alle Bilder sind automatisch unschuldig, extreme Propagandafilme totalitärer Regimes belegen es.

Vielleicht haben viele ja genug mit sich selbst und ihren Problemen zu tun, aber die Eltern tragen nun mal die Hauptverantwortung: Ihr Verhalten prägt Kinder am meisten. Und wie wär's, wenn sie heute mal ihr Geburtstagskind nicht nur zu McDonalds schicken würden, sondern sich ein originelles gemeinsames Erlebnis einfallen lassen würden, auch Kinder sind so für Überraschungen empfänglich wie die Frau für Rosen.

Schließlich die Kinder selbst. Die meisten Menschen, und eben auch junge, haben durchaus ein angeborenes Empfinden für Anstand und Menschenwürde. Seien wir auch nicht zu verkrampt und glauben, alles regeln zu müssen. Heutige Generationen sind im Zweifel sogar verantwortungsvoller als frühere.

Kein Grund zur Panik also trotz der schlimmen Vorfälle. Sie bleiben Einzelfälle. Aber es ist an uns allen, auch weiter an der friedlichen Gesellschaft zu bauen. Unter Druck erst bewährt sie sich!